

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Korrespondent: Amt I, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 17. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Warenhaussteuer.

Eine eigenartigere Begründung wie die des neuesten preussischen „Entwurfes eines Gesetzes betr. die Warenhaussteuer“ läßt sich kaum erdenken. Aus jeder Zeile leuchtet die tödliche Verlegenheit des armen Geheimrats heraus, der den quersüßigen, interessenbeschränkten Mittelstandspolitikern wider seinen Willen und sein besseres Wissen eine tiefe Reberenz machen muß, um nur endlich Ruhe vor dem Drängen und Drohen im Landtage und in Kleinhandelskreisen zu haben.

In der Session 1896 warnte der Regierungsvertreter noch vor der „Erdröselungssteuer“, auf die man durch die unausgesehnen Agitationen gegen die Warenhäuser und Filialgeschäfte hinarbeite. Das einzige, wozu sich die Regierung verstand, war, daß sie den Gemeinden durch eine Denkschrift zeigte, wie man innerhalb des Rahmens der preussischen Gewerbesteuerung gewisse progressive Steuern schaffen könne, abgestuft nicht nur nach der Gewerbesteuerklasse, sondern auch nach der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals, durch Zuschläge nach der Zahl der beschäftigten Personen und nach dem Miets- oder Nutzungswert der dem Betrieb gewidmeten Räume.

Die Gemeinden zeigten jedoch — im Gegensatz zum Königreich Sachsen — im allgemeinen ebensowenig Lust zu einem derartigen Vorgehen, wie damals die Regierung selber. Vor allem sträubte sich die Regierung dagegen, den Umsatz zum Maßstab der Steuerleistung zu machen, wie das die Mittelstandsführer von jeher und mit der Zeit immer lauter und unnachgiebiger verlangt hatten. Die Regierung wiederholt sogar heute noch, in einem geschichtlichen Rückblick auf ihre bessere Vergangenheit, ihre „mammisch-fachen, auch in sachverständigen (!) Kreisen geteilten Bedenken gegen die Umsatzsteuer“. Der Umsatz sei kein Maßstab für den Gewinn, denn je nach der Art der Ware müsse man mit ganz verschiedenen Verdienst-Prozentsätzen rechnen, deren Forderung durchaus nicht vom Willen des besteuerten Gewerbetreibenden selber abhängt. Auch der kleinere und mittlere Detaillist führe häufig Waren, bei denen Nutzen und Umsatz ein ganz außergewöhnliches Mißverhältnis aufweisen. „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ sei ferner auch das Prinzip bei großen Specialgeschäften einer Branche, und die Absicht der Bekämpfung solcher Geschäfte will die Regierung selbst bei den Ladenzünftlern damals noch nicht bemerkt haben:

„Dazu kommt, daß gerade die weniger soliden Betriebe leichter als die soliden Specialgeschäfte in der Lage sind geneigt sein dürften, vermöge Ausdehnung auf immer mehr Warengruppen oder durch noch weitere Herabdrückung der Preise die Umsatzsteuer wieder einzubringen.“

Andererseits können die betroffenen Geschäfte zum Schaden der Konsumenten und der für den Zwischenhandel arbeitenden Produzenten und dazu übergehen, mit geringem Umsatz einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Und hierin würden ihnen die umsatzsteuerfreien Betriebe folgen, so daß den Schaden die konsumierende Mehrheit der Bevölkerung in Gestalt von Preissteigerungen hätte.“

Und was für durchschlagende Gründe haben von diesem durchaus vernünftigen Standpunkt abgebrängt? Man höre: Die kleinen Gewerbetreibenden leisten nun einmal jedem andern Vorschlag „überwiegenden Widerpruch“, sie halten ihn „für nicht genügend weitgehend“ — „eine auf einer andern Grundlage als der des Umsatzes aufgebaute Warenhaussteuer hat kaum Aussicht, eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus auf sich zu vereinigen!“ Dazu hätten bereits eine hohe königlich-sächsische Regierung und nicht minder die Regierung in Bayern Umsatzsteuern zugelassen oder unmittelbar angeordnet. Darum könne und müsse auch Preußen den Schritt wagen, um nicht die Zustände aller andernwärts geschahriegelten Unternehmungen zu werden! Das sind Erwägungen, mit denen man allenfalls bei genügendem Wurstigkeitsgefühl ein schlechtes Gewissen ein wenig einlullen kann, aber es sind wahrhaftig keine Gründe, welche mit einem Male den Unsinn zur Vernunft werden lassen.

Indes, die Thatsache bleibt: auch die preussische Regierung leistet der Umsatzsteuer keinen Widerstand mehr. Nur zwei Vorbehalte macht sie noch.

Einmal sollen die großen, sich nur auf eine Warengruppe beschränkenden Specialgeschäfte von der neuen Auflage frei bleiben. Hier werde eine Umsatzsteuer die verschiedenen Branchen ganz ungleich treffen, je nachdem in der einen ein größerer, in der andern ein geringerer Prozentsatz des Umsatzes als Ertrag bleibt. Statt nun konsequent zu sein und den Umsatz überhaupt als Besteuerungsgrundlage zu verwerfen, tröstet sich der Entwurf mit dem sehr zweifelhaften Troste, daß in Bazarren immer eine Gruppe mit geringem Kuprozentsatz gegenüberstehe eine andre Gruppe, an der um so mehr verdient werde! Diese dilettantische Oberflächlichkeit ist im vorliegenden Fall um so bössartiger, als gerade große Specialgeschäfte wie Rudolph Herzog und Gerson mit sehr ansehnlichem Gewinnjahre und mit sehr zahlungsfähiger, gutsitulter Kundschaft arbeiten, während im Gegenseit dazu die Bazarre meist gerade die Einkaufsstätten für die große, ärmere Masse bilden.

Ferner wird eine zweiprozentige Steuer vom Umsatz (oder 20 Proz. vom Ertrage) als unübersteigbare höchste Grenze bezeichnet, während zwischen 500 000 M. und einer Million Umsatz der Steuerfuß langsam von 1 1/2 auf 2 Proz. steigen soll. Der Geheimrat geberdet sich hier mit einem Male tapfer und bis zum äußersten entschlossen.

„Eine Steuer von mehr als 2 Proz. des Umsatzes oder 20 Proz. des Ertrages würde mindestens gegenüber manchen Betrieben den Charakter einer unstatthafter Prohibitivsteuer annehmen können. Wenn Bayern mit seiner Steuer bis zu 3 Proz. des Umsatzes geht und sie auf einen gewissen Prozentsatz des Ertrages nicht beschränkt, so ist dafür dort die Bemessung des Steuerfußes zwischen 1/2 und 3 Proz. des Umsatzes ganz in das Ermessen der Veranlagungsorgane gestellt — eine Maßnahme, deren Nachahmung in Preußen nach den herkömmlichen Anschauungen und im Interesse eines Rechtsfußes gegen Ueberbürdungen nicht angängig ist. Wenn man den in den verschiedenen Branchen üblichen Nutzen am Umsatz berücksichtigt, über den leider statistisches Material fehlt, so wird man zugeben müssen, daß die Grenze bei 2 Proz. des Umsatzes und 20 Proz. des Ertrages schon reichlich hoch gegriffen ist und eine weitere Erhöhung nicht verträglich.“

Da in Preußen alle Konsumvereine mit offenem Laden der Gewerbesteuer unterliegen und nur gewerbesteuerfreie Vereine, Genossenschaften, Korporationen auch von der Warenhaussteuer frei bleiben sollen, so würden also in Zukunft auch alle Konsumvereine mit über 500 000 M. Jahresumsatz 1 1/2 Proz., von einer Million Umsatz an sogar 2 Proz. Umsatzsteuer zu zahlen haben — Filialen sogar unter fast allen Umständen 2 Proz., da der § 3 die Filialen besonders behandelt, allerdings unter der Voraussetzung, daß das Gesamtunternehmen mindestens 500 000 M. oder eine Million jährlich umsetzt.

Auf diese Stellung des Entwurfs zu den Genossenschaften und Konsumvereinen kommen wir später nochmals kurz zurück. Heute können wir unser Urteil dahin zusammen fassen, daß eine so willkürlich abgegrenzte, eine so ungerecht wirkende, schließlich gerade die ärmeren Konsumenten so unbillig belastende Besteuerung kaum jemals einem preussischen Landtage vorgeschlagen worden ist.

Niemand wird etwas dagegen haben, die besondere Leistungsfähigkeit großer kapitalistischer Verkaufsorganisationen auch in der Steuer zu berücksichtigen. Aber diese Steuer ist ein wahres Muster von einem Mißbrauch des Besteuerungsrechts, um rückständigen Wählermassen eine wohlfeile und doch für andre recht kostspielige Freude zu bereiten.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Februar.

Der Reichstag

hatte am Freitag eine sehr gemütliche und ganz und gar nicht aufregende Sitzung. Der Etat für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen führte zu einer längeren Besprechung über die Vorzugspreise für Kohlentransporte, die in das Ausland gehen. Diese Bevorzugung des Auslandes wird den deutschen Unternehmern durch den Streit der Bergarbeiter und den herrschenden Kohlenmangel besonders unangenehm fühlbar. Der preussische Eisenbahnminister v. Tzielen sah sich durch die hitzigen Beschwerden der Vertreter fast aller Parteien schwer bedrängt und konnte nur mit Mühe und durch das Versprechen, allmählich Abhilfe zu schaffen, dem Ansturm der Unternehmerinteressen widerstehen. Und gewiß ist der Zustand überaus tadelswert, daß § 2. in der Schweiz ein Waggon Kohle aus dem Saarrevier 135 M. kostet, während eine Ladung von gleicher Qualität bei gleicher Entfernung innerhalb des Reiches um 50 M. teurer zu stehen kommt. Rebele wies aber mit Recht darauf hin, daß die Unternehmerrreise, die über Bevorzugung des Auslandes durch billige Kohlentarife klagen, dann doch auch die Zucker- und Branntweinprämiere beurteilen müßten, vermittelt deren das Ausland billigere Ware erhält als der deutsche Konsument. Rebel fragte ferner mit gutem Recht, warum denn die Herren Industriellen, die jetzt so arg über Kohlennot jammern, nicht bei Zeiten ihren Einfluß geltend gemacht hätten, daß den armen Kohlenräubern etwas bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden müßten. Schließlich stimmt das Haus einer Resolution zu, in der die Regierung um Aufhebung der die Ausfuhr von Kohlen ins Ausland begünstigenden Tarifermäßigungen ersucht wird.

Sodann befuhrwortete Abg. Münch-Ferber einen nationalliberalen Antrag auf Errichtung deutscher Handelskammern im Ausland. Verschiedene Redner anderer Parteien stimmten diesem Antrage bei, der dann wegen seiner finanziellen Tragweite der Budgetkommission überwiesen wurde. Eine kleine amüsante Episode bereitete Herr Paasche. Münch-Ferber hatte zur Begründung seines Antrages sich nicht sehr günstig über die Konjunktur ausgesprochen, die nicht genügend vertraut seien mit den Verhältnissen des Handels und den Kaufmann etwas von oben herab ansahen. Herr Paasche konnte diesen Vorwurf an den Konsultsbeamten nicht hängen lassen und wandte sich zu ihrem Schutze gegen den eigenen Parteigenossen. Herr Paasche fühlt sich bereits durchaus als Milderungskommissarius und Regierungsvertreter.

Bis nächsten Mittwoch fallen die Sitzungen des Reichstags aus, damit die Kommissionen derweilen Veratematerial herbeischaffen; eine andere Lesart sagt, der Ausfall erfolge wegen Krankheit des Kriegsministers, dessen Etat zur Beratung kommen würde. Am Mittwoch ist Schwerinstag mit der Tagesordnung: Anträge betr. Verwaltung und Verfassung Elsaß-Lothringens (Diktaturparagrah 11.).

Im preussischen Abgeordnetenhaus

wurde am Freitag der Etat des Ministeriums des Innern erledigt. Die Debatte erstreckte sich auf die Beschäftigung von Strafgefangenen. Die Agrarier, die aus jeder Blume Honig zu saugen verstehen, möchten die entlassenen Strafgefangenen zur Milderung der Leutenot benutzt sehen. Herr v. Redlich sprach offen aus, daß die Staatsregierung die Pflicht hätte, für die Beschäftigung dieser Leute in der staatlichen Forstwirtschaft, beim Wegebau usw. zu sorgen, um die Konkurrenz der Staatsarbeit mit der Privatarbeit und die Arbeitskräfte zu mildern. Herr v. Rheinbaben sagte für das nächste Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf zu, falls Herr von Miquel das notwendige Geld bewilligt. Auf Herrn von Miquel sind die Blicke aller preussischen Minister gerichtet. Sie hüten sich wohl, irgend ein Versprechen zu machen, das mit irgend welchen Staatsausgaben verbunden ist, ohne hinzuzufügen: Es kommt natürlich auf den Herrn Finanzminister an.

Lang- und langsam wurde die Erhöhung der geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei von 200 000 M. auf 300 000 M. bewilligt. Die Begründung ist sehr lakonisch, sie lautet: Der gegenwärtige Betrag reicht für die erheblich gesteigerten Anforderungen nicht aus. Keiner der freisinnigen war so indiskret, sich nach den erheblich gesteigerten Anforderungen zu erkundigen. Sie sind wirklich sehr bescheiden unsere freisinnigen Volksparteiler.

Der Schluß der Sitzung wurde mit der Verhandlung des Antrags Langershausen auf Einführung der fakultativen Feuerbestattung ausgefüllt. Die Debatte stand auf sehr tiefem Niveau. Neben Herrn Zinner war Herr Schall der Hauptredner der Konservativen. Er leistete sich das Diktum, daß niemand mit seinen sterblichen Ueberresten machen dürfe, was er wolle; daß es wider natürlich sei, den Zerfall des menschlichen Leibes, dieses wunderbaren göttlichen Gebildes in der Erde durch die Feuerbestattung zu erleben.

Herr Schaller von der freisinnigen Vereinigung machte sich über Herrn Schall lustig und meinte, niemand werde den Herrn Pastor verhindern wollen, sich begraben zu lassen. Auch das Centrum wettete gegen den Antrag. Der Prälat Dietrich sah in der Agitation für die Feuerbestattung eine Begleitercheinung des Abfalls vom Gottesglauben. Dieser Ansicht war die Majorität. Wegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und einzelner Konservativer wurde der Antrag abgelehnt. In Preußen bleibt es also bei der Beerdigung.

Am Sonnabend steht die Sekundärbahn-Vorlage zur Beratung.

Rede Nach.

Naive Leute, die, weil sie von der Politik nichts verstehen, sich gern der weltpolitischen Vogelschau ergeben, hatten aus dem Gelegenheitswort von der „vorübergehenden Erscheinung“ überschwängliche Erwartungen geschöpft. Daß mit dieser Aeußerung eine neue Aera anhebe, das war die mindeste Versicherung. Man gab uns den Rat, hoffnungsvoll der Zukunft entgegen zu sehen und bei Leibe nicht es mit dem Kaiser durch fortgesetzte Mörgelei weiter zu verderben. Würden die Arbeiter dann weiter so liebenswürdig sein, die marxistischen Neigungen Wilhelms II. zu fördern, so würden sie in Gnaden ausgenommen, und die Zeiten der Zuchthausvorlage wären für immer vorüber. Wir lachten über die Thoren und warteten.

Die letzten Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus werden nun vielleicht einzelne belehrt haben, daß jener zufälligen Aeußerung keinerlei politische Bedeutung beizumessen. Des preussischen Ministers Rede Nachfolger, Herr v. Rheinbaben, dem bei seinem Amtsantritt ein vortrefflicher national-socialer Führer alle möglichen Tugenden und Fähigkeiten nachrühnte, hat bei diesen Landtagsverhandlungen sogar noch seinen Vorgänger zu übertreffen verstanden. Es verlohnt sich, diese Zeugnisse aus der Zeit der „vorübergehenden Erscheinung“ im stenographischen Wortlaut festzuhalten. Herr v. Rheinbaben verteidigte zunächst die amtliche Agitation für reaktionäre Preherzeugnisse wie folgt:

„Es handelt sich darum, daß in Ostpreußen der Friede zwischen den Bevölkerungsklassen systematisch durch die Socialdemokratie untergraben wird, und daß die Behörden nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, diesem Bestreben entgegenzutreten. Und wenn der Präsident Hegel, die Landräte und die Kreis-Schulinspektoren in dieser Beziehung ihre Pflicht thun, so, glaube ich, verdient das die Anerkennung des hohen Hauses und der Staatsregierung.“

Bemerkenswerter ist die weitere Aeußerung dieses Ministers:

„Auf den Schieberlah und die Frage der Verfestigung des Herrn Oberbürgermeisters von Berlin einzugehen, lehne ich ab.“

„Die Rede für die Socialdemokratie, die der Herr Abgeordnete hier gehalten hat, war eigentlich wohl für ein andres Haus oder für eine Volksversammlung bestimmt. Aber vor das Abgeordnetenhaus gehört sie, glaube ich, nicht. Ich lehne es ab, darauf einzugehen.“

Der Herr Abgeordnete hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte das Verloren der Beamten in Ostpreußen nicht gemißbilligt und damit die Agitation für ein konservatives Blatt gebilligt. Es handelt sich nicht um eine Agitation für ein konservatives Blatt, sondern um ein zielbewusstes Gegenübertreten gegen die verheerende Thätigkeit der Socialdemokratie in Ostpreußen. Das habe ich gebilligt und werde es nach wie vor billigen.

Dann hat der Abgeordnete gesagt, im Fehlermachen gegen die Socialdemokratie habe die Regierung stets obenan gestanden. (Zurück links: Sehr richtig!) — Ja, nach Ihrer Auffassung! Meine Auffassung ist eine andre, und nach meiner Auffassung haben hier die Parteien obenan gestanden, die der Regierung die Hilfe in diesem Kampfe verweigert haben.

Dann hat der Herr Abgeordnete in der Mitte seiner Rede noch angeführt, durch die Befriedigung sei die Sozialdemokratie geworden. Meine Herren, das kann ich ihm bestätigen, durch seine heutige Rede wird sie nicht wachsen.

Auch mit dem schärfsten Vergrößerungsglas lassen sich keine Unterschiede zwischen der Rede des Herrn Abgeordneten und der Rede des Herrn Abgeordneten erkennen. Höchstens gefällt sich Herr Abgeordnete noch mehr im absolutistischen Kommando. Nur in einer Dreiklassenkammer, in einem Scheinparlament, wie es das preussische Abgeordnetenhaus ist, darf es ein Minister wagen, den Vertretern des Volkes gegenüber die pflichtgemäße Antwort auf Fragen, die an ihn aus dem Hause gestellt werden, „glatz abzulernen“. Das sind die Manieren der kleinen Bismarck-Epigonen, die geistig noch in der Zeit des beschränkten Unterthanenverstandes leben.

Ob jetzt die Freisinnigen, die durch ihren Flottenneifer politischen Macht zu gewinnen suchen, einsehen werden, wie sehr sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht haben? —

Deutsches Reich.

Aktive direkte Einladungen erhalten die Fürstlichkeiten zur Pariser Weltausstellung.

Das geht aus einer Mitteilung des Pariser „Figaro“ hervor, in der es heißt, mehrere fremde Ausstellungs-Kommissionen hätten ihr Erkennen darüber ausgesprochen, daß die Regierung an die Souveräne, deren Länder auf der Ausstellung offiziell vertreten sein würden, noch keine Einladungen geschickt habe. Es liegt hier ein Mißverständnis vor, das ausgeräumt werden müsse. Fünfzig Staaten hätten die Einladungen zur Teilnahme an der Weltausstellung angenommen. Diese Einladungen sei in doppelter Weise aufzufassen; sie bezögen sich nicht allein auf die Ausstellung, sondern sei auch an die Staatschefs gerichtet, welcher Brand auch von andern Staaten befolgt sei, die in den letzten Jahren Ausstellungen veranstalteten. Die französische Regierung werde sich deshalb wahrscheinlich darauf beschränken, diesen Brand gleichfalls zu beobachten.

Die Souveräne werden also nun ohne besondere Einladung nach Paris reisen müssen. —

Die Papierkiste. Die von uns angekündigte Massenverbreitung von Flottenbrochüren ist nunmehr erfolgt. In welcher Weise und mit welchen Mitteln diese Verbreitung geschehen ist, darüber wird uns aus Kreise berichtet:

Der Portier am hiesigen Staatsbahnhof hatte am 15. Februar einen strammem Dienst. Denn außer seiner gewöhnlichen Arbeit mußte er noch in den Briefkästen und in den Kisten von einer kleineren Klasse die Broschüren mit dem Titel: „Warum hat jedermann im Volke ein Interesse an einer starken deutschen Flotte?“ verteilen. Die Arbeiter, welche die Arbeiterzüge besetzten, an solche Involuntarität gar nicht gewöhnt, nahmen erlitten die Broschüren an. Nachdem sie einen Blick hineingeworfen, lachten sie und wollten dem geplagten Portier sie zurückgeben. — Auch in einigen Zügen wurde die Broschüre verteilt. Schade um das Papier und die Druckerschwarze. Der Versuch war in Dresden nicht lohnend.

Auch in andern Städten wurden die Hefte auf Bahnhöfen, Plätzen und in Wirtschaften massenhaft und, trotz des aufgedruckten Preises, gratis verbreitet.

Der Papierkiste hat aber nirgends Personen ins Wasser geworfen. —

Neuz jüngere Linie ist wasserfreundlicher als die ältere Linie. Das Land hat denn auch sein kaiserliches Danktelegramm erhalten:

Erzherzog Heinrich XXVII. Neuz, Gern Neuz. Deine Meldung von der Begründung eines Landes-Ausschusses des Deutschen Flottenvereins für das Deiner Regierung anvertraute, getreue Reichsamt ist ein neuer ehrenvoller Beweis für das im Volke unaufhaltbare Bestreben nach der Verwirklichung von der Notwendigkeit einer Seeleitung. Von Deinem Protektorat erhoffe ich wesentliche Unterstützung für die Bestrebungen des Flottenvereins und jende die mit meinem Gruß anerkennend dank für Deine Nachricht.

Der Kaiser ist über die Flottenangelegenheit im Volke nicht genügend von seinen Ratgebern unterrichtet worden. —

Wespolitische Tendenzen. In dem Berliner Organ der Sozialdemokraten finden wir folgenden interessanten Hinweis: Gebildete, patriotische und redgewandte Männer,

die über ihre Zeit voll verlegen können und geneigt wären, aufklärerische Vorträge für eine starke Flotte zu übernehmen, werden ersucht, unter Beifügung von Nachweisen ihre Adressen anzugeben unter:

Treu der großen Mittel, die dem Flottenverein zu Gebote stehen, finden sich ausnehmend die redgewandtesten Wasserfreier nicht in der erforderlichen Zahl. Der Flottenverein hat offenbar selbst die „gebildeten“ Kreise noch nicht allzu fest und tief gepackt.

Die Gründung eines Arbeitsnachweises für Wespolitiker ist eine dringende Notwendigkeit. —

Rebel! In einer Flottenversammlung zu Eger wurde beschlossen, daß alle Industriellen einen einmaligen Beitrag von 50 Pf. für den Kopf ihrer Arbeiter an den Deutschen Flottenverein abzugeben.

Wie viel Mehrwert arbeiten die Industriellen für den Kopf der Arbeiter aus dem Marinelieferungsprozent? —

Schnurrutter. Die „Post“ bemüht sich zu zeigen, daß es falsch sei, das System der indirekten Steuern als eine Belastung des Proletariats zu bezeichnen.

Der z. B. dem schlichteren Mann vorhält, wenn eine Salzsteuer beschreibe, so zähle er den gleichen Betrag, wie der reichere Mann im Staate, so wird er ihn sofort davon überzeugt haben, obgleich es an sich nichts Beschriebenes und klarer Dargestelltes geben kann, als eine solche Gewerbesteuer. Man entsetzt den wahren Sachverhalt, wenn man Person mit Person gegenüberstellt, wo doch nur die Abwägung der verschiedenen Haushaltslagen gegen einander einer gerechten Maßstab geben kann.

Als Maßstab ist zwar nicht mehr Salz als ein Tagelöhner, aber die Familie Rothschild verfügt mehr Salz als die Familie des Tagelöhners.

Häufiger kommen noch die Dienstboten in Betracht, und endlich, daß in vielen Familien Getreide an die Hüner verfüttert wird. Die Kollegen der „Post“, die plücker das gefährliche Verbrechen zeigt, zu betonen, daß der Konsum der besten Getreide im wesentlichen auf die Besitzenden entfällt, eine noch kräftigere Rechnung vor. Sie wolle darauf hin, daß die Lohnarbeiter nicht nur ihren Hüner füttern, sondern auch ihren Arbeiter — nach Stimulierung nachkommen. — „Vrat geben“, daß also folglich die ganze Last der indirekten Steuern ausschließlich auf dem Unternehmertum ruht. —

Centrum-Verlegenheiten. Die „Köln. Volksztg.“, welche auf dem linken Flügel des Centrum steht und sich immer mehr gegen die Flottenforderungen sträubt, ist in seiner letzten Lage. In den flottenpolitischen Stimmungen in manchen Kreisen der Centrumswahlkreise und ihrer Reichstags-Delegation kommen nun römische Ermahnungen. Das offizielle Organ des päpstlichen Stuhles, der „Osservatore Romano“ bemerkt sich eifrig für die Flottenverträge der deutschen Regierung. Das päpstliche Blatt hat die ganze Klänge unserer Flottenkammer übernommen, das oberste Blatt erklärt die Vermehrung der Kriegsschiffe für durchaus notwendig und spricht die Meinung aus, daß das Centrum sich gewiß in der Kommission leicht mit der Regierung verständigen werde, falls diese befriedigende Anträge über die finanzielle Seite der Flotte abgebe.

Je richtiger der „Oss. Romano“ die Umfassungen der Centrum beabsichtigt, um so unangenehmer ist der „Köln. Volksztg.“ die offene Aussprache des für die katholische Welt so einflussreichen Organs. Denn je mehr schon jetzt die Flottenbewilligungslust in eifersüchtigen Kreisen des Centrum offenbar wird, um so schwieriger wird die Lage derjenigen Centrummitglieder, welche das marinebegeisterte Aussehen ihrer Partei wenigstens einigermaßen im Auge zu halten wünschen. Die „Köln. Volksztg.“ ist daher sehr entrüstet über das römische Organ. Sie erklärt, der „Oss. Rom.“ habe der „deutschen Centrumspartei“ wiederholt die größten Schwierigkeiten bereitet. „Kann ein ausländisches Organ so wenig geeignet, in seinen politischen Willen dem Centrum mit Erfolg Rathschläge zu erteilen? Centrum und Centrumspartei würden fortfahren, die Flottenfrage lediglich nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen zu behandeln, möge der „Oss. Rom.“ dazu sagen, was er will.“

So kehrt jetzt die Enttäuschung des römischen Blattes ist, der „Oss. Rom.“ wird es erleben, daß seine Rathschläge beim deutschen Centrum doch nicht auf unglücklichen Boden fallen. Vielleicht weniger aus Ehracht vor Rom und mehr aus weltlichen Gründen wächst die Flottenbewegung des Centrum, aber sie wächst. Und dies genügt schließlich auch der römischen Kurie, der weltlicher Erfolg ihrer deutschen Anhänger nicht religionswidrig gilt, sofern sie davon den Nutzen empfängt. —

Dr. Siebers befindet sich nach der „Germania“ zwar noch immer im hohen Grade besorgniserregend, aber es sei noch lebhaft, wegen der Hoffnung auf eine Wiederherstellung gesunden, so lange der Heilungsprozess durch den natürlichen Ablauf der kleinen Kolik, die sich durch das Gallenstau-Verhalten in der Leber gebildet haben, erleichtert wird, und die Kräfte des Patienten in befriedigender Weise erhalten werden können. Herz und Lungen sind gesund und nach wie vor in ihren Funktionen nicht gestört. —

Kritiken contra lex Henze. Man teilt uns mit: In einer am Mittwoch, den 14. Februar, stattgefundenen außerordentlichen Sitzung der „Internationalen Künstler-Gesellschaft“, in welcher die Direktoren und Vizepräsidenten des gesamten Künstlerverbandes vertreten waren, wurde beschlossen, den Rechtszustand der Gesellschaft mit der Abfassung der Protest-Ungabe gegen die in erster Instanz angenommenen Paragraphen der lex Henze zu beantragen. Das weitere wird in den demnächst zu veranstaltenden Kreis-Versammlungen beschlossen und veranlaßt werden. —

Ausweisung von Zuländern.

Die Dresdener Polizei hat die Ausweisungsvorschriften gegen den Genossen Falkenberg auf seine Beschwerde hin zurückgenommen. Als Grund der Zurücknahme hat man dem Betroffenen eröffnet, man habe sich jetzt aus den Akten überzeugt, daß er auf Grund eines Antagsverfahrens verurteilt worden sei.

Auf diesen Umstand hatte Genosse Falkenberg seine Beschwerde mit gestützt, weil das betreffende Gesetz die Ausweisung ausdrücklich auf solche Fälle beschränkt, wo die Verurteilung auf Grund einer von Amtswegen zu verhängenden Handlung erfolgt ist.

Das ist recht unglücklich für das Verfahren der Dresdener Polizei. Es ist doch die selbstverständliche Pflicht einer Behörde, wenn sie jemand bestrafen will, vorher die Akten zu prüfen, ob sie ein Recht zur Bestrafung hat. Wäre diese nachträgliche Feststellung der formellen Unzulässigkeit der Ausweisung auch erfolgt, wenn Falkenberg das Gesetz nicht gekannt hätte und keine geeignete Beschwerde hätte abgeben können? Doch hiergens noch ein formeller Grund die Ausweisung unzulässig erachten läßt, der langjährige Wohnsitz Falkenbergs, davon scheint die Polizei bei der Zurücknahme der Vorschrift nicht erst geredet zu haben.

Wenn schon mit der gar keiner Auslegung fähigen Formvorschriften in solcher Weise umgesprungen wird, dann ist es allerdings nicht zu verwundern, daß man mit dem Geiste eines Gesetzes noch weniger Federlesen macht. Denn wie wir schon in der vorigen Notiz erwähnten: das Gesetz ist gegen Vagabunden und Gewohnheitsverbrecher gemacht und der damalige sächsische Minister v. Köstlich-Sallowitz spielte gar sehr den Entzückten, als Vebel bei der Beratung im sächsischen Landtag die Vermutung aussprach, daß das Gesetz zu politischen Maßregelungen bestimmt sei.

So, wie das national-liberale „Leipziger Tageblatt“ seiner Zeit beim Halse Rotenow der sächsischen Polizei empfahl, so handelt sie in der That:

Die Behörde muß eine Handhabe besitzen, um solche Persönlichkeiten, wie Rotenow, deren Thätigkeit nur darauf abzielt, den Frieden der Bevölkerung zu untergraben, den Massenhaß zu schüren, von den Orten fernzuhalten, für die sie gefährlich geworden sind.

Sie muß eine Handhabe haben und bedrohen mag sie sich eine; über juristische Jwitschaden stolpert sie dabei nicht.

Der „Mittelstand“ ist schon jetzt sehr unglücklich mit dem vorgelegten Gesetzentwurf für eine Latentsteuer. An eine nennenswerte Wirkung der Steuer glaubt auch die „Kreuz-Ztg.“ nicht, selbst wenn der Steuerfuß für die Großgüter, die Waren aller Gattungen führen, auf 3 Proz. erhöht würde. Das konservative Blatt meint:

Auch in Zukunft werden neue Unternehmungen dieser Art genügt entstehen, die vielleicht etwas vorübergehender, dann aber nicht minder gefährlich sein werden. Die Steuer kann nur die Wirkung eines Anspieles in den Konsumaktionen haben. Zur Sicherung des Standes der kleinen Kaufleute bedarf es durchgreifender, positiver Maßnahmen, namentlich auf dem Gebiete der Kreditorganisation.

Der Finanzminister scheint sich übrigens sehr für den Gesetzentwurf einzusetzen zu wollen. Wie in parlamentarischen Kreisen erzählt wurde, hat Dr. v. Riquel den Wunsch ausgesprochen, daß die erste Lesung des Gesetzes über die Besteuerung der Warenhäuser im Abgeordnetenhaus bis auf das Ende der nächsten Woche verschoben werde, weil er persönlich daran teilnehmen wolle. —

Geistige Waffen. Das Straßburger E. wird uns geschrieben: Durch die gesamte Presse des Reichs lief vor einigen Monaten ein Brocken von der Redaktionskammer, in welcher die von zwei katholischen Geistlichen geleitete „Oberbayerische Landeszeitung“ in München gegen politische Ueberdenkende zu polemisieren pflegt. Ganz besonders war reichsständisches Parteiorgan, die „Straßburger Freie Presse“, unter es, die sich den Stoff der beiden Proklamen in Talar zugezogen hatte. Aus dem sozialdemokratischen Wälderwald schallte es begrifflichweise in kräftigen Ausdrücken zurück, von denen besonders einer zum Stolz des Künstlers wurde, weil er die Redactoren der „Oberbayerischen Landeszeitung“ mit Beziehung auf die Antisepharie, der sie ihre Schreiber zu entnehmen pflegten, zu „Antisepharer Kosmos“ stempelte. Die beiden geistlichen Herren, Krebs Dr. Haegh und Mira, setzten also den Apparat eines Beleidigungsprozesses gegen einen Genossen Deinhart von der „Freien Presse“ in Bewegung, offenbar in der sichern Voraussetzung, daß auch das Gericht die persönliche Vermögensprüfung des politischen Gegners als ein unzulässiges Verfahren der von Predigern der arbeitslosen Klassen geleiteten kirchlichen Propaganda erklären würde. Das Schlichtgänger Schlichtgänger, welches dieser Tage in der Sache zu entscheiden hatte, verurteilte Deinhart zwar wegen Beleidigung der Kläger zu einer Geldstrafe von 50 Mark, gab aber nichts ab, daß eine der Vorlage des Urtheils gegen die beiden „Eben-Deinen“ Folge, die jeden von ihnen ebenfalls 50 Mark Buße, der kaiserlichen Redaction als zusammen 100 Mark Geldstrafe eintrug. Die „geistliche“ Proklamation, auf die sich die Liberale stützte, war folgende: Im Anschluß an einen Aufsatz der „Freien Presse“ über den im Sommer vorigen Jahres verstorbenen liberalen Reichstags-Abgeordneten Spies in Salsbrunn ließ sich der Redakteur Dr. Haegh, der berufene Seelenhirte und Jugend-erzieher, in seinem Blatte also vernehmen:

„Die „Freie Presse“ hatte zum Tode des allverehrten Abgeordneten Spies sich vorerst einige Anstandsbedürfnisse anerkennend zum Schluß gesagt, aber die... Schweinerei kommen. Man

ist eben nicht vergebens berufsmäßiger Schweinepelz. Das Gejammer der roten Kloake ist häßlicher als die Schmierereien eines Stallknecht oder Latrinenspußer.

Der Ehrenmann, der unter der einstimmigen Subjigation des ganzen Volkes dort drinnen in Schiffsstadt ins Grab gesenkt wurde, liegt zu hoch in aller Achtung, als daß der Jammer-mensch aus der roten Kloake ihn mit seinen schmierigen Pfoten und seiner Strohhüte erreichen könnte. Lassen wir dem das Sinken in seinem Wust liegen und an seiner sauberen Arbeit sich vergnügen, nach würdiger Verwandten Art. Beehren wir ihn nur so oberhalb mit einem kräftigen Verachtungsblick nach seinem schmucktriefenden Affengesicht — und reuigen wir nachher unsere Schube.“

Herr Dr. Haegh zeigt sich jetzt in der „Oberbayerischen Landeszeitung“ sehr unglücklich über den Mißfall, den er sich mit seiner Klage bei Gericht zugezogen. Er erklärt, nach einem derartigen Urtheil sei „jede jährliche Polemik unmöglich gemacht“.

Vom heiligen Vorkantismus erzählt die „Köln. Ztg.“ ein nettes Stückchen aus der zweiten Beratung des Staats der Oberrechnungskammer:

Ein Hofbeamter hatte unter seiner Gehaltsquittung seinen Namen gleich mit dem Zusatz: „Strominspektor“. Die Oberrechnungskammer schloß die Quittung zurück und verlangte die Unterzeichnung als „Strominspektor“. Der Beamte machte alsbald darauf aufmerksam, daß das an seinem Amte angebrachte Dienstschild ihn als „Strominspektor“ anführe. Daraufhin wurde er beauftragt, das Schild ummalen zu lassen, und später, als sich die Unmöglichkeit dazu erwies, wurde weiter beantragt, ein neues Schild als „Strominspektor“ zu malen zu lassen. Das kostete 15 M. Die Quittung, welche die Frau des Hofbeamten unterzeichnet hatte, wurde zurückgeschickt, der Hofbeamte habe selbst zu unterzeichnen. Das geschah. Dann wurde aber noch Vorstich halber die Befähigung der früheren Quittung der Frau Hofbeamterin gefordert und schließlich, als sich nun noch die Behörden darüber stritten, wer denn nun eigentlich von ihnen die 15 M. zu bezahlen habe, wurde gar erwidert, daß der betreffende Beamte überhaupt „Strominspektor“ heiße. Damals war das betreffende Aktenstück bereits zwei Finger breit geworden. Seit einem Jahre aber heißt der Strominspektor jetzt „Hafeninspektor“.

Nach alledem soll die Existenz des Staates nun gesichert sein. —

Die „Norddeutsche Allgemeine“ und ihr Kunstgewissen. „In freien Stunden“, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene illustrierte Romanbibliothek hat u. a. auch den Willenskräftigen Bauernkrieg, Roman „Der Jäger von Klauen“ mit prächtigen Illustrationen von G. W. Lillien gebracht. Nun lesen wir in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 36, Beilage, in einem längeren Kunstbericht:

„Lillien hat sich auch als Illustrator vorzüglich bewährt. Seine Illustrationen zur Geschichte des Bauernkriegs haben vielen Beifall gefunden.“

Eine „Geschichte des Bauernkriegs“ hat Lillien nie illustriert, sondern eben nur obigen Bauernkrieg-Roman. Aber dieser Roman ist seiner Tendenz nach freilich geklärt, und zweitens ist der Roman im Verlag der Buchhandlung Vorwärts mit den besten Illustrationen sogar in einer Separat-Ausgabe auf Velinpapier erschienen, gerade um jene künstlerischen Zeichnungen zur Geltung zu bringen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ scheint aber soviel Juchz vor der Tendenz des Romans und dem sozialdemokratischen Charakter unserer Parteibuchhandlung zu haben, daß sie diesen Thatsachendurch ihren Lesern unterläßt und mit der Lauerer-Geschicklichkeit nur von einer „Geschichte des Bauernkriegs“ fabuliert. Damit ist man dem Künstler annehmend gerecht geworden und hat doch zugleich schlaunweise verhittelt, daß einer ihrer loyalen Leser des Künstlers Werke zu Gesicht bekommt. Es lebe die Kunst und die Freiheit — der Kritik!

Karlruhe, 15. Februar. Zwei Kapläne, die sich aufreizender konfessioneller Handlungen an den Schulen schuldig machten, wurden vom Religionsunterricht suspendiert. —

Der Reichstags-Tag in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

München, 15. Februar. Abgeordnetenkammer. Seit der sozialdemokratischen Interpellation über die Buchhausvorlage haben in bayerischen Landtage keine so interessanten und lebhaften Debatten stattgefunden, als in den letzten drei Tagen, wo es sich um die Reform des Vergütungshandels handelte. In 13 Sitzungen beschäftigte sich ein aus 14 Mitgliedern bestehender Ausschuss mit der Kommission zum Vergütung vom 20. März 1890 und es ist unierem Vertreter in der Kommission, dem Genossen Segitz, mit Hilfe der Centrumsmittglieder gelungen, eine Anzahl von Anträgen zum Beschluß zu erheben, die eine sehr wesentliche Verbesserung der Vergütungsvorlage enthalten. Darunter war auch die Bestimmung, daß die Arbeitszeit für die in unterirdischen Gruben beschäftigten Arbeiter täglich, einschließlich Ein- und Ausfahrt, nicht mehr als acht Stunden betragen dürfe und jährlich nicht mehr als 80 Ueberstunden von je zwei Stunden, verfahren werden dürfen. In zweiter Lesung schränkte der Ausschuss diese Reform insofern ein, als die Arbeit unter Tage vor Ort um acht Stunden begrenzt wurde — also ohne Ein- und Ausfahrt — und 50 Ueberstunden zugelassen wurden. Auch in dieser abgeschwächten Form bekämpfte die Regierung die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit mit aller Entschiedenheit. Sie wollte derartige Bestimmungen der Arbeits-Ordnung vorbehalten wissen. Im Plenum erneuerten unsere Abgeordneten ihren Antrag: acht Stunden Arbeit täglich, einschließlich Ein- und Ausfahrt. Die Centrumspartei stellte einen Antrag, der gleichfalls die Arbeit in der Grube auf acht Stunden gesetzlich beschränken wollte, der aber die Möglichkeit gewährte, die acht Stunden in der Grube beschäftigten Arbeiter am gleichen Tage noch außerhalb der Grube zu beschäftigen. Die Liberalen beantragten, die Bestimmungen über die Arbeitszeit überhaupt aus dem Gesetzentwurf zu entfernen und die Regierung verlangte in ihrem Antrag für die Vergütung die Bestimmung, in besonders gefährlichen Betrieben anzunehmen, daß die Arbeitszeit einschränkende Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. Die Debatte eröffnete Genosse Segitz, der in ausführlicher Rede den sozialdemokratischen Antrag begründete. Den Antrag der Centrumspartei vertrat Arbeitersekretär Schürmer, der liberalen Vertreter beizugab sich auf die folgende kurze Erklärung. Die Regierung verbatte bei ihrem Standpunkt, widerstehe dem Antrag, erklärte Minister v. Heilmann; wir möchten die Konsequenzen, den Sozialdemokraten ist es nur darum zu thun, die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit zu erlangen, nach den Vergütungen können die andern Arbeiter, nach acht Stunden sechs Stunden, schließlich will man gar nichts mehr arbeiten, kein Staat in Deutschland hat sich darauf eingelassen. Bayern mit seiner kleinen Bevölkerung kann nicht vorgeben, der bayerische Vergütung würde die Konkurrenzfähigkeit verlieren und die Arbeiter große Lohnminderungen erleiden. Ganz in diesem Geiste bewegten sich die liberalen Diskussionsführer, sie schützten die Verhältnisse der in unterirdischen Gruben beschäftigten Arbeiter so sehr, als ob die Gruben-Perikulationen wären. Fast jeder Redner der Centrumspartei bekämpfte mehr sozialpolitischen Verstand als die Liberalen und die Regierung, dabei riefen aber die Herren vom Centrum immer mehr von dem Reichstags-Tag ab. So beantragte der Centrumsabgeordnete Dr. Jäger für alle Vertriebe, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, ferner wenn die geologischen Verhältnisse es erfordern, bis zum Jahre 1904 Ausnahmen zuzulassen. Genosse Segitz bekämpfte am zweiten Tage die sozialpolitische Minderheitspolitik der Regierung und griff namentlich die Vergütung in schärfster

Welle an, worauf wieder eine lange Reihe des Ministers folgte. Das Centrum setzte am dritten Tage seine Klagen fort, Abg. Frank erklärte in lebhaftester Weise, daß das Centrum keinen gesetzlichen Maximal-Arbeitstag fordere, sondern den gestellten Antrag nur ausnahmsweise, durch die besonderen Verhältnisse geboten, als Schlußbestimmung für die Vergleiche betreibe. Das Centrum verwarf sich dagegen, eine gesetzliche Festlegung des Arbeitsvertrages zu wollen. Genosse v. Volkmar hielt zunächst gründliche Abrechnung mit dem Minister v. Zeiliger und nagelte dann das Centrum fest, das sich mit den Forderungen der katholischen Arbeitervereine, besonders des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter in direktem Widerspruch gefeiert habe. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen die Stimmen unserer Vertreter abgelehnt, der Centruns Antrag mit Hilfe unserer Abgeordneten und des Dr. Häck zum Beschluß erhoben, der Antrag Dr. Jägers durch eine aus Liberalen, Bauernbündlern, Sozialdemokraten und einigen Centrunsabgeordneten bestehende Majorität abgelehnt. Damit fielen die Anträge der Liberalen und der Regierung. Wir haben nun den gesetzlichen Achtstundentag für in unterirdischen Gruben beschäftigte Bergarbeiter im Gesetz, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß diese Arbeiter außer den acht Stunden in der Grube auch noch über Tag mit Herrichten von Grubenholz usw. beschäftigt werden können. Freitag werden die Beratungen des Vergleiches zu Ende gehen, die übrigen auf den Arbeiterkongress bezüglichen Bestimmungen werden wir noch nachtragen.

Wissenschaftliche Exzesse. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde eine Angelegenheit verhandelt, die seiner Zeit außerordentliches Aufsehen erregt hat. Bekanntlich hat der Universitätsprofessor Dr. Reisser in Breslau Syphilidserum gegen den Staat in der staatlichen Klinik eingekauft und 1898 in einer wissenschaftlichen Zeitschrift über die Ergebnisse dieser Impfung berichtet. Bereits im vorigen Jahre wurde die Angelegenheit im Abgeordnetenhause berührt, und nun erklärte der Vertreter der Staatsregierung, es schwebte zur Zeit gegen den Professor ein Disziplinarverfahren, dessen Beendigung demnächst zu erwarten sei. Dieses Verfahren sei sofort nach der Veröffentlichung der Impfung in der Zeitschrift im Jahre 1898 eingeleitet worden. — Dieses Verfahren dauert aber etwas lange. Auch ist nicht einzusehen, warum hier nicht der Staatsanwalt einschreitet.

Ueber die Anstellung der Militärärzte

bei den Kommunen und Kommunalverbänden, bei den Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten sowie bei städtischen oder solchen Instituten, welche ganz oder zum Teil aus Mitteln des Reichs, des Staats oder Gemeinden unterhalten werden (ausschließlich des Postdienstes) sind seitens der verbündeten Regierungen neue Bestimmungen erlassen worden, welche in dem „Marine-Verordnungsblatt“ veröffentlicht werden. Aus diesen Bestimmungen, welche am 1. April 1900 in Kraft treten, ist folgendes hervorzuheben:

Ausschließlich mit Militärärzten sind zu besetzen, sofern die Besetzung der Stellen einschließlich der Nebenbezüge mindestens 600 M. beträgt: 1. die Stellen im Krankendienst, einschließlich derjeniger der Wohnschreiber, soweit deren Zustehen die Verorgung des Schriftwesens und der damit zusammenhängenden Dienstverrichtungen obliegt, 2. sämtliche Stellen, deren Obliegenheiten im wesentlichen in medizinischen Dienstleistungen bestehen und keine technischen Kenntnisse erfordern. Die Landesregierungen sind befugt, den Anteil der Militärärzte an den Stellen unter Ziffer 1 auf die Hälfte, an den Stellen unter Ziffer 2 auf zwei Drittel zu begrenzen, falls die Eigenart der Landesverhältnisse oder der dienstlichen Anforderungen oder die Organisation der einzelnen Verwaltungen den ausschließlichen Vorbehalt unmöglich macht.

Mindestens zur Hälfte mit Militärärzten sind zu besetzen die Stellen der Subalternbeamten im Bureau- und Dienst-Journal, Registratur, Expeditions-, Kalkulations-, Kassendienst und dergleichen, jedoch mit Ausnahme 1. derjenigen Stellen, für welche eine besondere wissenschaftliche oder technische Vorbildung erforderlich wird, 2. der Stellen derjenigen Kassenvorsteher, welche eigene Rechnung zu legen haben sowie derjenigen Kassentanten, welche Kassengelder einzunehmen, zu verwahren oder auszugeben haben, und ferner derjenigen Beamten, welchen die selbständige Kontrolle des Kassen- und Rechnungswesens obliegt, 3. der Stellen der Bureauvorsteher bei den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten und bei der Verwaltung von Städten mit mehr als 40 000 Einwohnern, 4. der Stellen der Subalternbeamten, welche bei Behörden, denen nach landesgesetzlicher Vorschrift Verrichtungen des Vormundschaftsgerichts, des Nachlassgerichts oder des Grundbuchamts obliegen, in diesen Dienststellen als Bureaubeamte beschäftigt werden oder welche nach landesgesetzlicher Vorschrift als kommunale Hilfsbeamte staatlicher Grundbuchämter bestellt sind.

Bei der Besetzung erledigter Stellen sind unter sonst gleichen Verhältnissen unterzuziehen, welche mindestens acht Jahre im Heere oder in der Marine aktiv gedient haben, in erster Linie zu berücksichtigen. Bewerbungen um noch nicht frei gewordene Stellen sind spätestens zum 1. Dezember zu erneuern, widrigenfalls dieselben als erledigt gelten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Die Marburger Strafkammer hat, wie uns von dort geschrieben wird, einen Dienstrechtshahn aus Holzburg wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Hahn hatte bei der vorjährigen Generalinspektion in Hagenbain allerlei Unfug getrieben, wurde deshalb in das Rathaus eingesperrt und tobte dort wie ein Wilder. Bei dieser Gelegenheit beging er das fahrgewöhnliche Verbrechen der Majestätsbeleidigung.

Samoa-Abkommen. Die deutschen Ratifikations-Urkunden zu den Samoa-Abkommen mit der amerikanischen und englischen Regierung sind am Freitag im Auswärtigen Amt den Berliner Vertretern dieser Regierungen ausgereicht worden.

Grenzstreitigkeiten mit dem Kongo-Kaaf. Die „Etoile Belge“ versichert, daß in dem bekannten Streite um den Kivu-See, der sich zwischen Deutschland und dem Kongo-Kaaf erhoben hat, die Verhandlungen einen günstigen Fortgang nehmen und „der Abschluß eines Kompromisses unmittelbar bevorsteht“. Deutschland forderte die Ausdehnung der Grenzen seiner Besitzungen mindestens bis zur Transversale des Äquators gelegen zwischen 1° 30' und 2° 38' nördlicher Breite und den 29. und 30. Grad östlicher Länge von Greenwich. Deutschland war zu nichts bereit. Die Verwirklichung der kongoischen Grenzbestimmung vom Kongo nach Medschaf am Nil zu untersuchen. Der Kongo-Kaaf will „keine Vermittlung“ seines Gebietes zulassen und hält an der Berliner Generalakte wie an der bei der Neutralitätsdeklaration des Kongo-Kaafs 1895 in Berlin eingeleiteten und von dem deutschen auswärtigen Kante genehmigten Karte, die den Kivu-See dem Kongo-Kaaf zuteilt, fest.

Ausland.

Große Kriegsdebatten

Haben am Donnerstag noch einmal in beiden englischen Parlamenten stattgefunden. Im Oberhaus wurden besonders die jüngsten Kriegspläne der Regierung und die geplante Armeeorganisation angegriffen. Der Liberaler frühere Premierminister Lord Salisbury führte aus, der Kriegsminister habe auf dem Papier eine in Großbritannien bereit stehende Macht von 400 000 Mann gezeigt, doch zweifelte er, ob diese Mächte vor einer genauen Prüfung stand halten würden. Reichliche Kontingente nicht eigenartige Soldaten genannt worden. Wenn man noch weitere 50000 Mann brauche, so wisse er nicht, wo sie hergenommen werden sollten. Man könnte einwenden, daß es nicht wolle sei, die Schwäche des Landes so vor aller Augen zu enthüllen,

aber die anderen Nationen hätten die Lage Englands besser gekannt, als die Engländer selbst. Die Kritik sei drohend, die Gefahr nahe bevorstehend gewesen; England hätte nicht auf Südafrika allein seine Wunde gerichtet, sondern in allen Weltteilen Interessen zu vertreten gehabt, als es jeden verfügbaren Mann nach Südafrika geschickt habe. England habe nicht auf die freundschaftlichen Gesinnungen fremder Nationen rechnen können. Im verflossenen Dezember habe die englische Regierung lebhaftest Vorschläge, betreffend eine Allianz mit Deutschland und den Vereinigten Staaten gemacht. Diese Vorschläge seien indessen nicht mit der Herzlichkeit aufgenommen worden, welche die Regierung ermutigen könnte, ihre Vorschläge weiter zu verfolgen. Es sei nicht zu Tage getreten, daß die Freundschaft Frankreichs irgend eine bedeutende Anforderung vertragen könne und was Rußland betreffe, so hätte man längst von Borkommissen in Persien erfahren, bei denen in früherer Zeit England ein Wort mitzureden gehabt hätte, die jetzt aber ohne jede Mitteilung sich vollzogen hätten. Die Regierung habe nicht den geringsten Begriff von den Empfindungen, welche angefaßt der Gefahr auf der öffentlichen Meinung lassen. Wenn England Südafrika verliere, so verliere es seine wichtigste Basis außerhalb der eigenen Inseln. Es verliere den Rückhalt bei den Kolonien, welcher sich herleite aus der Abhängigkeit der Kolonien, daß sie angegliedert seien an ein starkes Reich und dann werde das Kolonialreich von England sich trennen. Wenn das nicht eine kritische Frage sei, seine Frage um Leben und Tod, so wisse er nicht, was eine solche sei. (Beifall.)

Der Kriegsminister Lord Lansdowne erwiderte, diejenigen, welche den Vorschlägen der Regierung gegenüber einzuwenden, sie seien experimenteller Art, möchten sich dazu entschließen, die einzige andere Alternative anzunehmen, nämlich irgend eine Form der Militärpflicht. Die Regierung fürchte sich nicht vor der Prüfung alles dessen, was geschehen sei, wenn eine solche Unternehmung durchgeführt werden könne ohne Störung der Aktion derjenigen, welche für die Führung des Kriegs verantwortlich seien. Lord Roberts habe nicht mehr Truppen verlangt, aber es würden weitere Truppen in Bereitschaft, wenn er solche verlange. Es sei keine Grundlage für die Beschuldigung vorhanden, daß England in Bezug auf die Feldartillerie und die schweren Geschütze hinter andern Ländern zurückbliebe.

Der Premierminister Lord Salisbury ging ebenfalls auf die Frage der jetzigen militärischen Stärke Englands ein und sagte unter anderem: Es sei unmöglich, über die mutmaßlichen Hilfsquellen des Reichs zu sprechen, ohne sich zum großen Teil Vermutungen hinzugeben. Alle andern Nationen hätten seit einiger Zeit die Dienstpflicht, während England allein nicht darauf eingegangen sei. Es werde nicht bestritten, daß der Volkswille hiermit übereinstimme; aber so lange England sich auf das System der Ueberhebung und Anwerbung stütze, um die Reiben seines Heers zu füllen, müsse das Resultat ein unzulänglicheres sein. Er glaube, so schließt Salisbury, daß die Vorschläge dem Bedürfnis entspreche. Es könnten Ereignisse eintreten, die voraussetzen es keine Mittel gäbe; aber wenn sie eintreten, werde man ihnen mit festem Herzen entgegenzutreten. Die Regierung sei gewillt, auf dem eingeschlagenen Weg zu verharren, indem sie auf den Patriotismus und die Tapferkeit des Volks baue. Sie sehe keinen Vorteil darin, die Lage trübe anzusehen und zu einem Experiment seine Zukunft zu nehmen, das niemals früher gemacht worden sei. (Beifall.)

London, 16. Februar. Robertes Rede bildet das Tagesereignis. Die konservativen Wähler sind entzückt davon. „Daily Mail“ sagt: Es war eine Rede, auf die Chamberlain oder Palmerston stolz gewesen sein dürften. Roberte sagte der Nation und der Regierung die volle Wahrheit. Die Regierung sollte ihm dankbar dafür sein. Wir haben uns nach einem Führer umgesehen, er hat sich uns endlich gezeigt. Würde es nicht weise von der Regierung sein, Roberte einen Sitz im Kabinett anzubieten? Die „Times“ rügen Robertes Antwort; es genüge nicht, wenn die Minister sagen: „Wir haben gehört, was wir können“, das Land wolle wissen, ob das, was sie thun, hinreichend sei; wenn, wie das Land argwöhne, es nicht hinreichend sei, dann erwarte es von den Regierenden eine klare entschlossene Initiative in den für die vollkommene Sicherheit erforderlichen Maßnahmen. —

Frankreich.

Paris, 16. Februar. Depntiertenkammer. Bei der Beratung des Budgets des Kriegsministeriums führt Kriegsminister Galliffet aus, er werde auf die von dem Berichterstatter Belleau vorgebrachten Kritiken gelegentlich der Beratung der betreffenden Kapitel antworten. Er erhebe jedoch Einspruch gegen gewisse Behauptungen betreffend Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung eines Regiments. (Beifall; vereinzelter Widerspruch auf der äußersten Linken.) Belleau erwidert, er habe verschiedene wichtige Mängel hervorgehoben; der Minister hätte sich bei seiner Antwort an diese Thatsachen halten müssen, anstatt zu versichern, in die Debatte Einlegung einer Untersuchungskommission, um festzustellen, wer die Verantwortung für die von dem Berichterstatter Belleau vorgebrachten Thatsachen trage. Ministerpräsident Waldeck-Rousselle spricht sich gegen eine Untersuchung aus und sagt, es stehe allein der Regierung zu, eine Untersuchung anzustellen. „Ist denn“, schließt der Ministerpräsident seine Rede, „an der Armer alles zu tadeln? Nicht wahr, kein! Weshalb selbst verwarfen sich dagegen. Wieviel Bewunderungswürde hingebung finden wir im Heere gegenüber einigen Mängeln!“ (Beifall.) Darauf lehnt die Kammer die Forderung einer Untersuchung mit 440 gegen 68 Stimmen ab.

Paris, 16. Februar. Aus Anlaß der Wiederkehr des Todes-tages des Präsidenten Carnot fand heute in der dicht gefüllten, mit Trauerabzeichen und Blumen geschmückten Madeleine-Kirche eine Gedächtnisfeier statt. An derselben nahmen Präsident Combes, die Vorkämpfer, die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer, die Mehrzahl der Minister, sowie zahlreiche Senatoren, Deputierte und Generale teil.

Holland.

Englands Werbung um die holländische Freundschaft. Die „Times“ schreiben im Anschluß an einen Artikel der „Gegenwart“: Durch Gesandte, die wir versichern, ist die öffentliche Meinung in Holland jetzt unserm Lande unfreundlich gesinnt. Die Holländer wissen aber so gut wie wir, daß die Forderung und Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit, sowie der Unabhängigkeit ihrer belgischen Nachbarn zu den grundlegenden Aufgaben unserer Politik gehören, seitdem die Niederlande zuerst sich von dem spanischen Joch loszumachen suchten. Wir sind für diese ihre Unabhängigkeit gegen die Spanier und gegen die Franzosen in langen, blutigen Kämpfen eingetreten und werden bereit sein, für sie wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft gegen alle Angreifer einzutreten. —

Italien.

Der Protektanditat Bataochi. Man schreibt uns aus Mailand: Die italienischen Sozialisten und Republikaner haben vor einiger Zeit gemeinsam den Beschluß gefaßt, bei jeder Erziehung für das Parlament den im Vagnu imarantenden Solare Bataochi als Protektanditaten aufzustellen. Bataochi wurde zu Justizhaus auf Lebenszeit verurteilt, weil er in Florenz bei einer monarchischen Kundgebung, die nach dem Attentat Boccanerato auf den König stattfand, eine Bombe geworfen haben soll. Obwohl selbst monarchisch gesinnte Blätter wiederholt erklärt haben, daß Bataochi wahrscheinlich unschuldig im Justizhaus sitzt, und obwohl fast das ganze Volk von seiner Unschuld festhalten überzeugt ist, weigert sich die Regierung doch, die Revision seines Prozeßes anzunehmen, weil kein Revisionsgrund vorhanden sein soll. Man hat aber den vermeintlichen Bombenwerfer die Begnadigung in Aussicht gestellt, und Bataochi, der seiner bestimmten Partei angehört, hat sich bereit finden lassen, ein Gnadengebet an den König zu richten. Trotzdem und obwohl sie nicht auf Dank zu rechnen haben,

beschlossen die Sozialisten und Republikaner, als Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit, bei jeder Gelegenheit mit der Protektanditatur Bataochi hervorzutreten, um auf diese Weise die Revision des Prozeßes zu erzwingen. Der erste Versuch wurde Sonntag, den 11. d. Mts., bei den Erziehungswahlen in Turin und in Pietrasanta gemacht. In Turin konnte Bataochi, der 900 Stimmen erhalten hat, in die Stichwahl; sein Gegenkandidat ist ein Monarchist. In Pietrasanta wäre Bataochi beinahe gewählt worden; er erhielt 1100 Stimmen, sein Gegenkandidat nur einige mehr. Man kann über den praktischen Wert solcher Protektanditaturen verschiedener Meinung sein, die bloße Thatsache aber, daß ein gänzlich unbekannter Vagnofürstling 1000 Wählerstimmen erhalten konnte, weil die wahren Freunde des Volks seinen Namen gewissermaßen als Symbol des mit ihnen getretenen Rechts auf die Wahlgelüste setzten, beweist, daß es auch in Italien zu tagen beginnt, und daß das Volk sich gegen die Willkür der Regierenden und der von ihnen kommandierten Justiz auflehnt.

Portugal.

Lissabon, 15. Februar. Marineminister Billaça erklärte heute in der Deputiertenkammer, die Regierung werde den portugiesischen kolonialen Besitz unverändert aufrecht erhalten. Ein Antrag betreffend den Verkauf gewisser Kolonien wird abgelehnt.

Asien.

Singapur, 14. Febr. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) 300 Schiffe der Eisenbahn-Jungenure und des Eigentums sind 180 Mann mit 2 Geschützen von Kian-tschou abgegangen worden. Man befürchtet einen Angriff seitens Aufständischer von Kiamti. —

Der Streik der Bergarbeiter.

Neben den Ausstand in Böhmen liegen nur wenige Nachrichten vor, in allen beschäftigt sich die unveränderte Fortdauer des Streiks. Im Revier Ostrau-Karwin fehlen in 14 Schächten zum Teil die Maschinen, die fortwährend in größerer Zahl sich dem Ausstand anschließen. In den vielen geschickten Schiedsgerichts-Verhandlungen hat sich nun auch das böhmische Einigungsamt gestellt. Auch hier verlangen die Grubenbesitzer, daß die Arbeiter erst zur Beschäftigung zurückkehren, dann sei man bereit, über die Arbeitszeit und Lohn-erhöhung zu verhandeln. Doch unter solchen unwürdigen Bedingungen die Arbeiter zur Grube nicht zurückzuführen, ist klar, weshalb die weiteren Verhandlungen aufgegeben wurden.

Brann, 16. Februar. Unter den Arbeitern der Koffinger Kohlenbergwerke bereitet sich eine Ausstandsbewegung vor. Der Streik dürfte Montag proklamiert werden.

Der Ausstand in Sachsen zeigt heute ein anderes Gepräge. Der Hoffnung der Grubenbesitzer, daß durch ihre scharfe ablehnende Antwort die Arbeiter eingeschüchtert würden und die Bewegung keinen großen Umfang annehmen könnte, ist eine Täuschung gefolgt. So wie in Böhmen ist auch hier das hochmütige Benehmen der Grubenbesitzer der Kampf in entschiedener Weise aufzunehmen. Die jetzt einlaufenden Berichte melden allgemein eine Ausdehnung des Ausstandes. Im Zwickauer Revier schätzt man die Zahl der Ausständigen auf 5000 und es erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß in einigen Tagen der Streik allgemein wird.

Der Kohlenmangel kommt jetzt zum Ausdruck, die angeforderte Einschränkung des Betriebs der sächsischen Staatsbahnen ist nunmehr amtlich bekannt gegeben. Wochentag haben die sächsischen Werke Kohlenlieferungen nach Böhmen gesandt, um ihre bedrängten böhmisches Kollegen zu unterstützen und Bestreuer zu fördern. Kaum daß der Streik angekündigt ist, so hört auch der Verkauf von Kohlen fast gänzlich auf, wahrscheinlich sollen die Bestände erst zu mäßigen Preisen losgeschlagen werden. Das Fehlen der Kohle macht sich in Dresden am ehesten für den Bedarf an Hausbrandholz unangenehm bemerkbar. Der Anbruch zu den Verkaufsstätten war an den letzten Tagen ein ganz gewaltiger. Fortgesetzt wird von Einschränkungen oder gänzlichen Stillstand industrieller Betriebe berichtet. Der Verband der Textilindustriellen in Genua hat beschlossen, von dem Nord- und Ostschiffen Kohle einzuführen. In Auerbach wird voraussichtlich die Heizung der Schulzimmer unterbrochen und die Schulen geschlossen werden müssen. In mehreren Fabriken Kiebs-berg und von Sappersdorf mußte die Arbeit teilweise eingestellt werden. In Kohnen haben mehrere Fabriken die Arbeitzeit um einige Stunden täglich verkürzt. Der Stadtrat hat das Stadtbüro bis auf weiteres schließen lassen, um die Kohlenvorräte für die Schulen und städtischen Gebäude aufzusparen. Die Gasanstalt Papierfabrik in Heidenau hat ihren Betrieb fast ganz, die Dierlische Holzstofffabrik gänzlich eingestellt. Aus Pirna wird bürgerlichen Kreisen geschrieben: Der andauernde Kohlenmangel macht sich für die großen industriellen Betriebe des Pirnaer Bezirks immer mehr fühlbar. Ins Gewicht fällt dabei namentlich die notwendig gewordenen Betriebsmaterialien absolut nicht beschafft werden konnte. Zu Einschränkungen genötigt sind außerdem viele andere Betriebe, so namentlich die große Papierfabrik zu Rötowitz, von deren Arbeiterschaft ein nicht unbeträchtlicher Teil zum unfreiwilligen Feiern gezwungen ist.

Rosenthal stellt auch in diesem Streik nicht der Vorwurf bürgerlicher Wähler, daß der Streik ein Werk der Sozialdemokraten sei. Nach der Richtung demüht sich die „Kreuz-Zeitung“. Sie unterstellt dem Reichstags-Abgeordneten Sasse, daß er die Bergarbeiter in den Ausstand gedrängt habe. Das sind die ständig wiederkehrenden albernen Reden von dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei oder einiger Vertreter derselben auf die Kohlämpfer. Die Partei hat weder Einfluß noch Bestimmung auf diesen Kampf. Wer die Dinge beobachtet hat, weiß, daß unser Parteigenosse Sasse erst in den Streik eintritt, als die Bewegung in vollem Gange war und daß er seine der Verhandlung der Berg- und Hüttenarbeiter alles gekonnt hat, um die Bewegung zu einem glücklichen Ende zu führen. Wenn ein Schuldiger gefaßt werden soll, der die Arbeiter in den Streik drängte, dann kann dieser Vorwurf gegen die Grubenbesitzer erhoben werden. Die Art, wie die Arbeiter abgewiesen wurden, ohne daß man sie anhörte, war so provozierend, daß der Streik unvermeidlich wurde. So lassen sich die Arbeiter nicht gebieten, daß sie sich wie Sklaven, die nur dem Befehl ihres Herrn zu folgen haben, die alles von seiner Güte erwarten, behandeln lassen. Das werden die Arbeiter verlangen können, daß sie gehört werden. Allerdings behandelt wurden die sächsischen Grubenarbeiter nie anders, aber der Zustand ist für die Dauer unhaltbar, er drängt zu Konflikten, die vermieden werden, wenn die Grubenbesitzer sich zu einer höheren Einschätzung ihrer Arbeiter bequemen könnten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Kleber (Tapetzer).

Der Stand des Streiks ist, nach dem Bericht der Lohnkommission, den derselbe gestern in einer öffentlichen, stark besuchten Versammlung bei Paster, Inselstraße Nr. 10, erörtert, ein recht guter. Kleber haben von 88 Firmen, denen die Forderungen unterbreitet worden sind, insgesamt 62 Firmen, darunter die namhaftesten, vollständig bewilligt. Von den 21 Firmen, welche bis jetzt die Anerkennung verweigert haben, wird erwartet, daß sie in nächster Zeit schon gezwungen sein werden, die Forderungen zu bewilligen. An der Lohnbewegung sind gegenwärtig etwa 400 Kleber beteiligt, wovon beinahe 170 zu den neuen Techniken arbeiten, während die übrigen sich noch im Auslande befinden. Etwa 100 Kleber haben sich der Bewegung noch nicht angeschlossen, bezw. arbeiten vorläufig noch zu alten Bedingungen. Von beiden in Betracht kommenden Organisationen sind während des Streiks 180 Mann als Mitglieder beigetreten, so daß auch in dieser Beziehung ein erfreuliches Resultat zu verzeichnen

ist. Wie noch berichtet wurde, haben die Innungsmeister am Donnerstag eine Versammlung abgehalten. Im allgemeinen sollen die Meister mit den Forderungen einverstanden sein und sich bereit erklärt haben, mit der Lohnkommission in Verhandlung zu treten. Außerdem soll beschlossen worden sein, die Preise für alle Tapezierarbeiten um 20 bis 33 Proz. zu erhöhen, und zwar angeblich, weil die Löhne und die Preise für Rohprodukte erheblich gestiegen sind.

Nach einer längeren Diskussion, in der zur strengen Aufrechterhaltung des Tarifs und zum weiteren so einmütigen Vorgehen aufgefordert, und in der die schlechten Zustände bei den verschiedenen Firmen einer herben Kritik unterzogen wurden, wurde beschlossen, daß die erste Streikunterstützung am nächsten Montag zur Auszahlung gelangen soll. Bekannt gegeben wurde noch, daß die Sperre über die Firma K a l m b a c h, die in verschiedenen Zeitungen Kleber für dauernde Beschäftigung sucht, nicht aufgehoben ist.

Achtung, Kleber (Tapezierer)! Kleber die Firma K a l m b a c h ist für Wolfster und Kleber die Sperre verhängt. Die folgenden Firmen: Cronau, Marxburgerstr. 8, Möser, Fehrbellinerstraße 19, Schwarzer, Linienstr. 101, und Frester, Wilhelmshafenstraße 18, sind für Kleber gesperrt. Die Sperre über die Firma Schiedlich ist aufgehoben. Die Lohnkommission.

Die Tischler der Läden- und Comptoirbranche haben in ihrem Ausstand den Erfolg zu verzeichnen, daß bereits 19 Unternehmer mit 310 beschäftigten Arbeitern die Forderungen bewilligt haben. Ausständig sind noch 345 Tischler.

Sociale Rechtspflege.

Mangelhafte Lohnabrede mit einem Landstumm. Der Landstumm Schneider D. hatte seine Arbeitgeberin Frau Richter beim Gewerbegericht verklagt, weil er seine Arbeit für zu niedrig bezahlt hielt. Er beanspruchte einen angemessenen Stundenlohn, während die Beklagte behauptete, Kläger sei „auf Woche“ eingestellt worden. Der Geschäftsführer der Frau Richter wurde als Zeuge vernommen. Er bekundete, daß er dem Kläger einen Zettel hingehalten habe, worauf die Worte „Woche“ und „Stück“ gestanden hätten und D. habe auf das Wort „Woche“ geantwortet. Im Laufe der Verhandlung stellte die Dolmetscherin Frau Schenk fest, daß der Kläger die Bezeichnung „auf Woche“ überhaupt nicht verstehe. Hieraus wurde der Kläger mit folgender Begründung abgewiesen: Da D. den im Arbeiterleben üblichen Ausdruck „auf Woche“ als Landstummer nicht verstanden habe, wie durch Frau Schenk festgestellt worden sei, so müsse angenommen werden, daß eine Lohnabrede überhaupt nicht zu Stande gekommen sei. Es müsse deshalb auf den ordentlichen Tagelohn zurückgegriffen werden, der in Berlin 2,70 M. betrage. Der Kläger habe 3 M. erhalten und könne deshalb nichts mehr verlangen.

Verlassen der Arbeit. Der Ingenieur B. war rechtzeitig von seinem Chef, dem Techniker Kibel, zum 1. Januar gekündigt worden. Am 21. Dezember bat er Herrn Kibel, daß Bureau auf 2 bis 3 Stunden verlassen zu dürfen, damit er sich eine andere Stellung sichern könne. Der Chef wollte dies nur gestatten, wenn B. sich bereit erkläre, das Versäumte nachzuholen. B. gab eine solche Erklärung nicht ab und entfernte sich dennoch. Als er noch eine halbe Stunde wiederkam, wurde er entlassen. Inzwischen hatte aber Kibel schon einen Brief nach der Wohnung W.'s geschickt, worin er ausgeführt hatte, W. werde entlassen, wenn er nicht sofort ins Bureau komme. Dieser Brief war in einem Prozeß ausschlaggebend, den B. wegen unberechtigter vorzeitiger Entlassung beim Gewerbegericht anstrengte. Die Kammer VII verurteilte Kibel, dem Kläger für den Rest des Monats eine Entschädigung von 45 M. zu zahlen. Die Kammer nahm an, daß der Beklagte sich durch jenen Brief des Rechts, W. wegen unerlaubten Verlassens der Arbeit sofort zu entlassen, beraubt habe. Er habe in dem Schreiben ausgedrückt, er wolle ihn entlassen, wenn er nicht gleich wieder komme; B. sei aber alsbald wieder erschienen.

Versammlungen.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals legte in der Sitzung vom 10. Februar seinen Mitgliedern das Ergebnis der statistischen Umfrage vor. Nach den eingelangten Fragebogen sind in 11 Theatern 112 Tagesarbeiter und 25 Ausfühlführer vorhanden. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 10—14 Stunden täglich. Die Löhne betragen im Minimum 75 M. monatlich und steigen bis 150 M. Im Anschluß hieran besprach man einige Uebelstände in den Theatern und empfahl den Mitgliedern, recht fleißig für den Verband neue Mitglieder zu werben.

Eine Versammlung der Möbeltransport-Arbeiter tagte am 13. d. M. im Englischen Garten. Kahler referierte über: „Wie stellen sich die Arbeiter genannter Branche zu einer Lohnbewegung im Frühjahr?“ Redner schilderte die mißliche Lage der Arbeiter in den verschiedenen Betrieben und betonte, daß alle Vorteile, die vor zwei Jahren erlangt wurden, verloren gegangen seien. Ein großer Teil der Arbeiter seien der Organisation untreu geworden, nachdem sie die Vorteile ausgenutzt hätten. Es müsse Pflicht eines jeden Kollegen sein, das Ertragnis festzuhalten und dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Bureau Bischofstraße 13, beizutreten. Erwähnt wurde ein Rundschreiben der Unternehmer an ihre Kunden, in welchem höhere Transportkosten angekündigt werden. Demgegenüber wurde bemerkt, daß die Arbeiter von Lohnaufbesserungen nichts verspüren. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen dahingehend, mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten. Diese Aufgabe wurde einer Kommission übertragen.

Verband der Schuhmacher. Am 14. d. M. hatte der Verband seine Generalversammlung abgehalten. Herrmann erstattete zunächst den Bericht der Agitationskommission von Brandenburg und Borspommern für das Jahr 1899. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Agitation in der Provinz lebhafter betrieben wurde als in den vorausgegangenen Jahren. Es wurden 35 Versammlungen abgehalten und drei neue Zählstellen gegründet. Auch die Beiträge für die Agitation sind seitens der Zählstellen gegen die früheren Jahre erheblich gestiegen. Die Gesamteinnahme betrug 1767,42 M., die Ausgabe 1729,57 M. Hier anschließend berichtete Hildebrandt über den Verkauf der am 11. Februar in Berlin stattgefundenen Konferenz der Zählstellen der Provinz Brandenburg. Vertreten waren 29 Delegierten. Aus den Berichten der Delegierten war zu entnehmen, daß in den Provinzialstädten die mechanische Fabrikation immer mehr Platz greift und wöchentliche Löhne von 9—12 M. üblich sind. Es sei deshalb notwendig, daß alles versucht werde, um derartige schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beseitigen, da sie eine stete Gefahr für die Berliner Verhältnisse bilden.

Eine längere Diskussion schloß sich an diesen Bericht nicht an und wurden bei der nunmehr folgenden Neuwahl der Kommission Boggs, Herrmann, Hildebrandt, Rankow und Ulrich als Mitglieder gewählt.

Nachdem noch einige Anträge zur Generalversammlung ihre Erledigung gefunden, gelangten einige vom Vorstand und den Vertrauensmännern empfohlene Anträge einstimmig zur Annahme. Diese Anträge werden in einem Flugblatt zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden.

Die Postamentiere nahmen in ihrer Versammlung am 13. d. M. die Abrechnung vom Streik entgegen. Diese weist in Einnahme 3377,67 M. und in Ausgabe 8107,45 M. auf. Der Ueberdauß wurde dem Textilarbeiter-Verband überlassen und ein Antrag angenommen, für den Reservefonds pro Woche 20 Pf. zu sichern. Sodann wurde eine Agitationskommission gewählt, die aus den Mitgliedern Brandt, Voigt, Berger, Gramann und Stalinski besteht. Zum Delegierten für den Kongreß wurde Fritz Berger gewählt.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche hielt am 13. Februar seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Herr Rechtsanwalt Berg sprach über den Arbeitsvertrag nach dem neuen Recht. Redner erläuterte die wichtigsten Bestimmungen über Arbeitsverträge und Lohnverhältnisse und sand für seine interessanten Darlegungen reichen Beifall. In der darauffolgenden regen Diskussion gab der Referent bereitwillig auf die gestellten Fragen Auskunft. Der Beschluß des Vorstandes, in Beisehung eine Zählstelle zu errichten und Pawewall als Zählstellen-Kassierer einzusetzen, wurde von der Versammlung bestätigt. Am 3. März veranstaltet der Verein ein Vergnügen im Saale des Böhmischen Brauhauses. Billets sind bei allen Vertrauenspersonen, sowie im Arbeitsnachweis bei Dergt, Gollnowstraße, zu haben.

Der Verein der Plätterinnen hörte in der Sitzung am 7. Februar einen Vortrag der Frau Emma Schulz über die Geschäftsjunktur in der Wäschebranche. Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, der sich dann die Erledigung einiger interner Angelegenheiten anschloß.

Die Rissenmacher hielten am 12. d. M. eine Generalversammlung ab, in welcher zunächst Juchel den Geschäftsbericht vom vorigen Jahr gab. Aus selbigem ging hervor, daß insgesamt 16 Versammlungen stattgefunden haben. Der Arbeitsnachweis wurde von 310 Mitgliedern und 45 Nichtmitgliedern benutzt und 247 Stellen besetzt. Sodann legte der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1899 vor. Danach betrug die Einnahme 355,38 M., die Ausgabe 282,35 M. Die Versammlung erörterte dann die Arbeitslosenunterstützung und lehnte die Einführung dieses Unterstützungszweiges ab. Der Beitrag wurde auf 30 Pf. pro Woche erhöht und soll dieser Beschluß am 1. April in Kraft treten.

Charlottenburg. In der am 13. d. M. in der Sambrinusbrauerei tagenden Textilarbeiter-Versammlung referierte Genosse Klemming in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über die Gefahren der Arbeitslosigkeit. Partsch sprach in der Diskussion im zustimmenden Sinne des Referats und ermahnte zur regeren Agitation für den Verband. Zum Delegierten zur nächsten stattfindenden Generalversammlung des Verbandes wurde Rosenkranz-Rimmelsburg gewählt. Von einigen Rednern wurden noch etliche Mißstände in der Gebäuerschen Fabrik besprochen und dringende Abhilfe derselben erwünscht.

Waidmannslust. Am 11. Februar tagte hier eine gut besuchte Versammlung, in der Genosse Rankow über Volksschule und Junkerium in Preußen referierte. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende machte die Anwesenden auf das „Arbeiterrecht“ von Arthur Stadthagen aufmerksam, indem er die Bedeutung des Werks für die arbeitenden Klassen hervorhob.

Vom Kriegsschauplatz.

Das gestern bereits gemeldete Vordringen der Engländer gegen Kimberley hat zum Ziele geführt. Das Londoner Kriegsamt veröffentlicht am Freitag folgendes, vom Feldmarschall Roberts an den Sekretär des Kriegsamt's gerichtete Telegramm:

Jacobsdal, 16. Februar, 2 Uhr morgens.

French mit Artillerie, Kavallerie, berittener Infanterie in Kimberley eingetroffen.

Das Kriegsamt fügt hinzu, es sei bemerkenswert, daß obige Depesche aus Jacobsdal datiert sei, welcher Ort für die Boeren ein wichtiges Versorgungs-Centrum gewesen sei.

Kimberley liegt unfern der westlichen Grenze des Orange-Freistaats auf englischem Gebiet und war von den Boeren seit Monaten belagert und eingeschlossen. Ob bedeutende Kämpfe nötig gewesen sind, um den Vormarsch auf Kimberley und das Einrücken in den bisher eingeschlossenen Platz zu ermöglichen, darüber liegen vorläufig keine Meldungen vor. Deswegen, weil man über die näheren Vorgänge nichts weiß, wird man mit dem Urteil über diese Veränderung der Situation auf dem Kriegsschauplatz zurückhalten müssen. Keinesfalls haben die Engländer mehr erreicht, als auf jenem Teil des Kriegsschauplatzes die Situation wieder herzustellen, wie sie bei Ausbruch des Krieges bestand. Immerhin erscheint die Lage als für die Boeren ernst; denn nachdem nicht nur Frenchs Reiterei, sondern auch die Division Kelly-Kenny von Thebus, sowie die 7. Division an den Riet gezogen worden sind, können Lord Roberts Streitkräfte wohl an 50 000 Mann betragen. Das vorläufige Aufgeben des mittleren Kriegsschauplatzes seitens der Engländer ermöglicht den Boeren freilich, die hier entbehrlich gewordenen Truppen auf den westlichen Kriegsschauplatz zu werfen.

Herr Leids über den Eintritt Frenchs in Kimberley.

Aus Hrüssel wird uns von unserm Korrespondenten depeschirt: Herr Leids, der Gesandte der Transvaal-Republik am Brüsseler Hofe, erklärt den Einmarsch des General French in Kimberley — ohne Widerstand seitens der Boeren zu finden — dahin, daß die Boeren damit nur eine Kriegsliste angewandt hätten.

Auf dem mittleren Kriegsschauplatz

haben die Engländer den Vormarsch eingestellt. Einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus Kapstadt vom 14. d. M. zufolge haben die englischen Truppen Rensburg geräumt und sich auf Krundel zurückgezogen.

Aus dem Boerenlager vor Ladysmith

wird vom 13. d. M. gemeldet: Gestern hat General Botha mit einer kleinen Abteilung den Tugela überschritten, um die von den Engländern verlassene Stellung zu besichtigen. Botha stieß auf 40 Lanciers, die wahrscheinlich zurückgelassen waren, und kam mit ihnen ins Gefecht, wobei 13 Lanciers getötet, 5 verwundet und 9 gefangen genommen wurden. Einer der letzteren wurde zu den Truppen entsendet, um dieselben aufzufordern, die Verwundeten abzuholen. Gestern bewegte sich eine starke englische Abteilung auf Colenso zu und lagerte sich in der Nähe des Boskopps; um Ladysmith ist alles ruhig.

Ueber den Krieg in Zululand

(Stück von der Südafrikanischen Republik, nördlich von Natal) wurde am Donnerstag im englischen Unterhaus gesprochen. Verburgh fragt an, ob die Boeren in Zululand eingebrungen und Vorlebrungen getroffen worden seien, welche die Zulus in den Stand setzen, sich gegen einen solchen Angriff zu verteidigen. Chamberlain antwortet, er sei in Kenntnis gesetzt worden, daß in drei Fällen, von denen zwei sich kürzlich ereigneten, die Boeren ins Zululand eingebrungen seien und in einem Distrikt den Bezirksvorsteher mit seinen Unterbeamten, sowie den Polizeibeamten gefangen genommen, während sie in einem andern Bezirk alle Läden geplündert hätten. Es wird auch berichtet, daß ein Boerenkommando mit Kanonen im Zululand weiter vordringe. Diese Vorgänge hätten unter den Zulus große Befürchtung und Unruhe hervorgerufen, welche sich unter die Eingebornen von Natal fortpflanzte. Derartige Streifzüge auf dem Gebiete der Eingebornen müßten in ganz Südafrika ernste Folgen haben. Die Minister von Natal hätten mitgeteilt, daß sie keine Verantwortlichkeit mehr für die feindselige Haltung der Zulus übernehmen könnten und der Gouverneur der Kapkolonie Wimer, der in seinen Berichten die Einfälle der Boeren ins Zululand als tiefste Beflage, weise gleichzeitig darauf hin, daß diese Einfälle dem südafrikanischen Ueberkommen widersprechen, wonach die Eingebornen nicht in den Krieg hineingezogen werden sollen. „Ich kann hinzufügen“, sagt Chamberlain, „daß beschlossen worden ist, daß wenn die Boeren

abstüchlich ins Gebiet der Eingebornen der Kapkolonien eindringen, die Eingebornen aufgefordert werden, sich selbst zu verteidigen und hierbei auch von uns unterstützt werden.“ (Aunter Beifall.)

Englische Rüstungen.

London, 16. Februar. Die Abendblätter melden, in Portsmouth sei heute Befehl gegeben worden, daß drei Reserve-Schlachtschiffe, drei Kreuzer und ein Torpedobolzenboot sofort Mobil einnehmen sollten, sodas sie zur Indienststellung bereit seien. Durch diesen Befehl wird die ganze in Portsmouth liegende Reserveflotte sofort nach erhaltener Anweisung mobil machen kann.

Französische Hilfe.

Die „Eclairette“ will wissen, daß in Frankreich ein Corps von 2000 Freiwilligen zur Abreise nach Transvaal bereit sei. Die Einschiffung werde binnen kurzem erfolgen. Alle Freiwilligen seien gediente Soldaten; ihre Offiziere hätten sämtlich bereits im Feuer gestanden.

Letzte Meldungen.

London, 16. Februar. Ein neuterisches Telegramm aus Kapstadt von heute meldet, daß General French mit seiner Kavallerie in der Nacht zum 16. d. M. Kimberley entsetzt habe.

Kapstadt, 15. Februar. (Meldung des neuterischen Bureaus.) Die Boeren sind im Begriff, Magersfontein zu verlassen, um andere Stellungen zu verlären. Man schätzt die Zahl der Zurückbleibenden auf 7000 bis 10 000 Mann.

Lourenco Marques, 15. Februar. (Telegramm des neuterischen Bureaus.) Eine Depesche aus dem Lager der Boeren bei Collesberg vom 12. d. Mts. besagt: Die Verbündeten eröffneten heute früh den Angriff auf den rechten Flügel der Engländer. Es gelang dem General Lemmer, eine Gruppe von Boeren zu nehmen, welche einen Hauptpunkt der englischen Stellung bildeten. Der Kampf dauerte den ganzen Tag. Die Verbündeten verloren 9 Tote, 14 Verwundete und 5 Gefangene. Auch um die Stellungen des Generals Grobler und des Generals Delarey tobte ein heftiger Kampf. Letzterer drang in den rechten Flügel der Engländer ein, nahm ihnen eine wichtige Position und vertrieb sie aus ihrem Lager. Die Verluste der Engländer werden für schwer angesehen. Ein britisches Magazin-Geschütz wurde im Kampfe erobert, ein anderes war von den Engländern im Stiche gelassen. Die Engländer richteten auf die Stellung, welche ihnen abgenommen wurde, nunmehr ein heftiges Bombardement. General Smeemann erwidert aber entsprechend. Der Verlust der Engländer an der Stelle, wo General Lemmer steht, wird auf 200 Mann geschätzt.

Aus dem Brief eines deutschen Arbeiters in Johannesburg

geben wir nachstehend einige Stellen wieder, aus denen zu ersehen ist, daß sich die in der südafrikanischen Republik befindlichen deutschen Arbeiter entschieden auf die Seite der Boeren gestellt haben und in deren Reihen kämpfen. Auch sonst bietet der Brief manches Interessante, so die Mitteilung, daß die Stadt Johannesburg nacheinander weile dem Schutz eines deutschen socialdemokratischen Arbeiters unterstellt ist. In dem Briefe heißt es:

Werter Genosse!

Besten Dank für Ihren durch Genossen F. überfandten Gruß. Letzterer ist in seiner Eigenschaft als vollberechtigter Bürger wie so mancher unserer Genossen mit in den Krieg gezogen, um für die Unabhängigkeit der Republik zu kämpfen. Ich bin jedoch als temporärer Nachwächter zur Ueberwachung der Stadt kommandiert. Die Versammlungen des socialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ haben wir seit Ausbruch des Krieges einstellen müssen wegen Abwesenheit der Mitglieder, die sich im Felde befinden. Die paar noch gebliebenen Mitglieder stehen in engem freundschaftlichen Verkehr mit einander und wachen über den Fortbestand des Vereins. Die letzte Sendung Zeitungen einschließlich Volkskalenders und Protokolls vom letzten Parteikongreß in Hannover zc. haben wir erhalten.

Ueber die wahren Ursachen des Krieges sind Sie ja wohl unterrichtet. Das Geschrei über schlechte Behandlung der Ausländer ist gänzlich unbegründet. Niemand hat sich der arbeitende Teil der Bevölkerung besser gestanden als in Transvaal. Die Frage betreffs des Wahlrechts hätte in Handumdrehen geregelt werden können, wenn nicht die englischen Kapitalisten mit ihren unaufrichtigen Gegereien dazwischen gestanden hätten. Die englischen Kapitalisten wollten weiter nichts, als sich der Goldfelder Transvaals bemächtigen. Die Siegesgewinnlichkeit der Engländer hat jedoch einen argen Stoß erlitten; die vereinigten Truppen der Boeren haben die der Engländer bei jedem Zusammenstoß geschlagen.

Böhl sind die Boeren durch die Jingo-Presse in England, sowohl wie in Australien und andern englischen Territorien als Barbaren verschrien. Troy alledem haben sie es sich aber nicht nehmen lassen, den Engländern in den Treffen ihre Ambulanzen freiwillig zur Verfügung zu stellen und den zahllosen Verwundeten die erste Hilfe zu leisten. Selbst die Toten haben sie mit begraben helfen. In der That, unter dem schlichten Mittel der Boeren steht mehr Menschlichkeit, als unter den kostbaren Gewändern der Aristokratie in Großbritannien. Hierzu ein Beispiel. In der Komag County haben die Engländer die Kanonen zum Anstand gegen die Boeren getrieben. Sie sind gut bewaffnet, selbst die Magazin-Kanonen schießen nicht und sie werden durch englische Offiziere angeführt. Bei Deertepoort haben sie die schwache Besatzung der Boeren angegriffen, wobei sie Frauen und Kinder niedergeschossen, die Wohnhäuser niedergebrannt und den Rest in die Gefangenschaft geschleppt haben. Das ist englische Civilisation. Die Vereinarbeitung, daß in diesem Kampfe keine Schwärzen in Anwendung kommen sollten, hat England gebrochen. Troy alledem wird es wenig nützen und hoffentlich werden die Schuldigen ihren Lohn empfangen.

Mit Brudergruß an die Genossen in der Heimat!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

England und Rußland in Asien.

London, 16. Februar. Unterhaus. (W. L. B.) Der Staatssekretär für Indien Lord Hamilton teilt mit: Drei Offiziere der birmanisch-sinesischen Grenzkommission wurden im Dorfe Mengham am 9. Februar beim Besuche eines Bazars angegriffen, zwei von ihnen ermordet, der dritte verwundet. Mengham liegt etwas außerhalb des britischen Gebietes, das jetzt abgegrenzt wird. Die indische Regierung erwägt, ob sie nicht die Kommission vorläufig auf das britische Gebiet zurückborden solle; sie wird in Uebereinstimmung mit dem chinesischen Kommissar die etwa nötig erscheinenden Maßregeln treffen.

Blöwen, 16. Februar. (W. L. B.) Amtliche Meldung. Die Strecke Blöwen-Jabelberg ist wegen Schneeverwehung mindestens bis morgen mittag 12 Uhr gesperrt.

Hensburg, 16. Februar. (W. L. B.) Der vom Norden hier eintreffende Nachmittagszug liegt zwischen Wönsen und Rothenkrug im Schnee fest. Sämtliche Eisenbahnen Nordbischlewig haben den Betrieb wegen Schneeverwehungen eingestellt.

Paris, 16. Februar. (W. L. B.) Deputiertenkammer. Das Haus lehnt eine Anzahl von Anträgen ab, welche dahin gehen, die militärischen Uebungen in der Dauer von 28 und 13 Tagen abzukürzen, beziehungsweise abzuschaffen. Ein Antrag, betreffend Schaffung von Lagern, in welchen Rekruten und Mannschaften der Territorialarmee zu Uebungen zusammengezogen werden sollen, wird mit 307 gegen 215 Stimmen im Prinzip angenommen.

Washington, 16. Februar. (W. L. B.) Nachdem Schweden entschlossen ist, den Hafen Bluefields in Nicaragua solange zu besetzen und Zölle einzubehalten, bis die Regierung Nicaraguas Schadenersatz für die Beschädigung des schwedischen Schiffes „Condor“ leistet, hierdurch aber die amerikanischen Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden, so beschloß der Präsident Mac Kinley zu intervenieren.

Reichstag.

150. Sitzung vom 16. Februar 1900, 1 Uhr.

Von Bundesratssitz: v. Thielens. Die zweite Beratung des Etats der Reichs-Eisenbahnverwaltung wird fortgesetzt beim Extra-Ordinacium. Dasselbe wird debattiert und bewilligt. Ebenso die Einnahmen. Ferner beantragt die Kommission die Annahme folgender Resolutionen:

- a) Die verbündeten Regierungen um Aufhebung der auf den Eisenbahnen von Elbaf-Lothringen bestehenden, die Ausfuhr von Kohlen ins Ausland begünstigenden Tarifermäßigungen zu eruchen.
b) Die verbündeten Regierungen um eine Nachweisung über die tatsächliche Dienstzeit des Fahr- und Stationspersonals zu eruchen.

Die Abg. Riff (fr. Bg.) und Gauß (Eis.) beantragen, in der ersten Resolution die Worte „auf den Eisenbahnen von Elbaf-Lothringen“ zu streichen.

Abg. Müller-Gulda (C.):

Die Ausfuhrtarife bedeuten eine wesentliche Begünstigung der ausländischen Industrie. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo wir unter dem Druck der Kohlennot zu leiden haben, entspricht es nicht den wirtschaftlichen Bedürfnissen Deutschlands, wenn unsere Kohle noch zu ermäßigten Tarifen ins Ausland geführt wird. Die Industrie z. B. in Italien und der Schweiz bezieht die Kohle billiger als die süddeutsche Industrie. Es gab ja eine Zeit, wo diese Tarifermäßigungen durchaus berechtigt waren. Im gegenwärtigen Augenblick sind sie nicht mehr berechtigt. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich hoffe, daß der Herr Minister, dem ja immer die wirtschaftlichen Interessen der Industrie am Herzen liegen, auch dieser unserer Anregung folgen und damit den Wünschen der weitaus größten Mehrheit des deutschen Volks entgegenkommen wird. (Bravo! im Centrum.)

Minister v. Thielens:

Ich erkenne vollkommen an, daß die heutigen Zeitverhältnisse die Anregung dieser Frage rechtfertigen. Ich habe bereits Ermittelungen in die Wege geleitet, welche notwendig sind, um zu einer Beschlußfassung in dieser Frage zu gelangen. Jedenfalls kann Elbaf-Lothringen nicht allein in dieser Frage vorgehen, sondern die Frage muß gelöst werden im Einvernehmen mit sämtlichen deutschen Bahnen. Die Lösung dieser Frage ist keine leichte. Es bedarf in jedem Falle einer genauen Prüfung der wirtschaftlichen Folgen. So gehen z. B. die Kohlen aus Oberschlesien zu zwei Teilen nach dem Inland und nur zu einem Teile nach dem Ausland. Also die Frage kann nicht durch einen Maß gelöst werden, sondern bedarf der individuellen Prüfung. Diese ist in die Wege geleitet worden. Die Ausfuhrtarife sind ja zu allen Datums und seiner Zeit gegeben, um der Ueberproduktion der deutschen Kohle im Ausland einen Markt zu eröffnen. Dieser Grund liegt aber heute nicht mehr vor. Ein Teil der Ermäßigung hat seinen Grund auch darin, daß die Selbstkosten für die Eisenbahnen sehr gering sind. z. B. haben wir aus dem Abnehmer wöchentlich mehrere Sonderzüge mit Kohle nach Holland, die hauptsächlich als Schiffskohle verwendet wird. Diese Sonderzüge werden von den Preisen gebildet und haben kein Rangiermanöver auszuführen. Zur bestimmten Stunde rücken wir mit den Maschinen vor und fahren den Zug nach der holländischen Grenze. Alles das muß also berücksichtigt werden. Die Entscheidung kann aber nur gefällt werden durch eine gemeinsame Aktion der sämtlichen deutschen Eisenbahnverwaltungen.

Abg. Münch-Ferber (natl.):

Der Abg. Müller-Gulda hat schon darauf hingewiesen, daß das Ausland zum Teil unsere Kohle billiger bekommt als die deutsche Industrie. So bekommen die Schweizer Industriellen die Kohle auf eine gleiche Ermäßigung für 50 Mark billiger als die süddeutschen. (Hört! hört!) Infolge des Streiks, der schon vor langer Zeit im böhmisch-mährischen Revier ausgebrochen und nun auch in das Juidauer Revier hinübergetreten ist, haben verschiedene Fabriken ihren Betrieb einstellen müssen. Die bayerische Regierung hat bereits angeordnet, daß Konsumvereine und kleinen Haushalten Brennholz gegen Tagwert abgegeben wird. Aber alle diese Maßregeln helfen nicht. Aber wenn es sich bewähren sollte, daß die sächsische Staats-Eisenbahn nun auch noch den Personenverkehr vom kommenden Montag einschränken will, und daß in einzelnen Gegenden schon die Schulen haben geschlossen werden müssen, dann klingt es wie Ironie, wenn man jetzt noch die deutsche Kohle nach dem Ausland zu besonders günstigen Bedingungen befördert. Unter aller Anerkennung des Bedenkens des Ministers möchte ich ihn doch bitten, bei der gegenwärtigen Notlage der Resolution möglichst bald Folge leisten zu wollen. Zu erwägen wäre vielleicht, ob man den besonders notleidenden Bezirken dadurch entgegenkommen könnte, daß man Fahrtermäßigungen für die Kohle nach diesen Bezirken hin einführt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dabach (C.):

Ich hoffe, daß der Minister möglichst bald der Forderung unserer Resolution nachkommen wird und sich nicht beeinflussen läßt durch die Anschauungen, die der preussische Handelsminister im Abgeordnetenhaus am Februar d. J. vorgetragen hat. Dieser hat dort konstatiert, daß die Kohlenpreise sich seit 1894 in stetig aufsteigender Linie bewegt haben. Er meinte, diese Preisentwicklung sei eine ruhige und normale gewesen. Allerdings hat er zugeben müssen, daß die Steigerung der Preise im letzten Jahre über Erwartung hinausgegangen ist. Thatsache ist aber, daß sich alle Interessenten über diese Preisentwicklung beklagen. Die Kohlenwerke könnten auch ganz gut ohne Preisaufschlag auskommen. Der Herr Handelsminister meint, wenn ein Abgang zu beklagen wäre, würde das sehr schwer auf der Industrie und den Konsumenten lasten. Ich glaube nicht, daß außer den Besitzern der Kohlenwerke und den Vertretern der holländischen Kohlenwerke noch jemand diesen Standpunkt des Ministers teilt. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (L.):

Die Kohle ist heute das wesentlichste Element nicht nur für die Industrie, sondern auch für die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des Landes. Die Kohle stammen aus einer Zeit, wo die Industrie noch nicht genügend entwickelt war, und mögen damals eine wenn auch traurige Notwendigkeit gewesen sein. Es ist zu bedauern, daß nicht schon lange Ermäßigungen betreffs der Befreiung der Kohle angebracht sind. Sie wären bereits am Platze gewesen, als der gewaltige Aufschwung der Industrie eintrat, oder spätestens im September vorigen Jahres, wo die Kohlennot schon voranzuschreiten war. Den Vorschlag des Abg. Münch-Ferber, den notleidenden Bezirken dadurch zu helfen, daß man billige Kohlenfahrtsätze im Inland einführt, halte ich für ganz verfehlt. Die Folge würde nur sein, daß jeder Bezirk behauptete, er habe besonders unter der Kohlennot zu leiden.

Abg. Webel (Soc.):

Die Kohlennot ist ja wesentlich hervorgerufen durch Ausbruch des Streiks in Böhmen. Ich habe schon in der Kommission nachdrücklich hervorgehoben, daß es dringend wünschenswert gewesen wäre, wenn die Großindustriellen ihren mächtigen Einfluß dahin aufzubringen hätten, daß die Forderungen der Arbeiter in Böhmen bewilligt wurden. Damit wäre bereits ein erhebliches Moment für die Kohlennot beseitigt worden. Diese Forderungen sind so außerordentlich minimaler Art, daß sie von den in Betracht kommenden Herren Rothschild, Guttmann, v. Lützow, Baron Witzel etc. mit Leichtigkeit bewilligt werden können. Auf den geforderten Maximallohn z. B. würde sich kein deutscher Bergarbeiter einlassen.

Nun kommen ja dazu die Verhältnisse in Deutschland, wo Industrie und Staat Hand in Hand gehen. Der Staat hat die billigeren Ausfuhrtarife eingeführt und andererseits liefern die

patriotischen Kohlenproduzenten die Kohlen nach dem Ausland weit billiger als ihren eignen Mitbürgern. Ganz Beständliches haben wir auf dem Gebiete der Zuckerausfuhr. Der Zucker wird zu ungünstig billigeren Preisen nach dem Ausland geliefert, als nach dem Inland, und außerdem müssen die deutschen Staatsbürger noch 10 Pfennig pro Centner Zuckerausfuhr zahlen. Ferner haben wir die Branntwein-Ausfuhrprämien. Alle diese Maßnahmen sind überhaupt ein großer Widerspruch, denn unsere ganze Schutzpolitik enthält dadurch ein ganz gewaltiges Loch.

Es wurde schon darauf hingewiesen, wie wichtig die Kohle für unsere ganze Nationalwirtschaft, für Handel und Verkehr ist. Besonders leidet aber auch der Hausbedarf der Arbeiter unter der Kohlennot. Der Schweizer hat den Centner Kohle für den Hausbedarf um 40 Pf. billiger als der Deutsche. Es ist selbstverständlich, daß wir dieses kostbare Naturprodukt, von dem neuerdings behauptet wird, daß es eine sehr viel längere Zeit ausreichen wird, als man bisher angenommen hat und das auf der gleichen Stufe mit dem täglichen Brot steht, nicht dem Ausland zu billigen Preisen liefern können. Daß die Verhältnisse nicht so einfach liegen ist zugegeben. Der Minister hat schon auf Oberbeschleiten hingewiesen. Wenn das eine Drittel der Kohlenproduktion in Oberschlesien zum Normaltarif nach dem Ausland ginge, dann wäre dagegen nichts zu sagen. Jedenfalls muß möglichst bald Wandel geschaffen werden. Gegen den Wunsch des Abg. Münch-Ferber muß ich mich auch entschieden wenden. Graf Stolberg hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß dem schließlich jeder Distrikt sich als besonders bedürftig hinstellen würde. Auch wir schließen uns dem Antrage an und haben den dringenden Wunsch, daß die Erhebungen von Seiten der Reichs-Eisenbahnverwaltung einen möglichst raschen Abschluß finden mögen.

Abg. Dr. Stöckmann (Rp.):

Ich schließe mich der Bitte des Abg. Müller-Gulda um Beschleunigung von Ermittlungen über die Ausnahmetarife an. Durch die Erklärung der Regierung bin ich etwas enttäuscht. Die Graf v. Stolberg ganz richtig hervorgehoben hat, was die Kohlennot im September d. J. vorherzusehen. Es ist ja richtig, daß die Eisenbahn nicht von heute auf morgen ihre Tarife verändern kann, aber etwas weitwärtiger hätte sie sein müssen.

Abg. Schrader (fr. Bg.):

Ich mahne zu großer Vorsicht bei der Abschaffung der Ausnahmetarife. Das beste Mittel, die Kohlennot zu beseitigen, ist eine Verständigung mit den Arbeitern. Diese haben den berechtigten Wunsch, an den hohen Gewinnen der Aktionäre teilzunehmen.

Abg. Dr. Vadern (C.):

Ich bin nicht so ängstlich wie der Vorredner. Ich hoffe, daß nunmehr die Frage der Befreiung der Ausnahmetarife in Ruhe kommt, besonders im Hinblick auf die Einmütigkeit der Budgetkommission. Wir haben alles Interesse daran, daß uns das Kohlenhandels nicht über den Kopf wächst. Der Staat sollte diesem Syndikat ordentlich auf die Finger sehen. So wie der preussische Handelsminister die Kohlenpreise hoch halten will, so sollte auch der Eisenbahnminister für hohe Eisenbahn-Einnahmen sorgen. Er hat bei den Kohlen-Ausnahmetarifen die Allgemeinheit auf seiner Seite. Die Kohlenpreise sind sprunghaft bis zu unerschwinglicher Höhe gestiegen. Das Syndikat hat die Kohlennot gehörig ausgenutzt.

Minister v. Thielens:

Wenn wir morgen mit sechswochiger Kündigung die Ausnahmetarife in Elbaf-Lothringen aufheben, so werden die Kohlen entweder über Baden oder über Luxemburg und Frankreich nach der Schweiz und Italien befördert. Was aber an mir liegt, soll geschehen, um die Fragen einzeln zu regeln und nicht etwa oberflächliche Tarife mit den elässischen zu verquiden. Ich warne nur davor, zu glauben, daß mit der Aufhebung der Tarife die Kohlennot aufhören würde. Das wird nicht der Fall sein, denn die Kohlen, die gefördert werden, sind für lange Zeit verflochten. Für die nächste Zeit wird schwer irgend ein Abbruch möglich sein. Ich sehe den Kohlenmangel aber nicht so schwarz an. Der Umstand, der zu so umfangreichen Streiks geführt hat, wird in aller nächster Zeit als solcher auch von den Beteiligten erkannt werden. Dann werden sich die Verhältnisse wieder bessern.

Abg. Stolte (Soc.):

Aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Münch-Ferber ging hervor, daß bereits eine Anzahl Industrien von der Kohlennot erfaßt worden sind, die er in düsternen Farben schilderte. Er hat aber vergessen, zu schildern, wie der Kohlenmangel entstanden ist. Er ist entstanden durch die Streiks in Oestreich, im Königreich Sachsen und in der preussischen Provinz Sachsen. Der österreichische Streik ist ohne Einwirkung von irgend einer politischen Seite entstanden, nachdem die Arbeiter lange Zeit hindurch mit Lammesgebild sich haben auslassen lassen. — Schuld an dem Kohlenmangel sind sechs schwerreiche Leute, die bereits mein Freund Webel namhaft gemacht hat, sechs Leute, die über Leben und Tod, möchte ich sagen, von 45 000 Menschen zu kommandieren haben. Sind doch in wenigen Jahren mehrere Tausend Arbeiter in jenen Gruben verunglückt. — Die beiden anderen Anforderungen, die die Arbeiter an die Bergwerksbesitzer richteten, sind prolog zurückgewiesen worden; die Arbeiter sind wie Leibeigene behandelt worden. Da ist kein Wunder, daß sie in den Streik eingetreten sind. — Und was ist in Sachsen geschehen? In Juidau ist ein von den Arbeitern gewähltes Komitee einfach zurückgewiesen worden. (Zuruf rechts.) Meine Herren, ich werde mir das Recht nicht nehmen lassen, die Gründe, die nach meiner Meinung zum Kohlenmangel geführt haben, anzuführen. — Nach Zurückweisung also des gewählten Komitees seitens der Grubenbesitzer schlug man ihnen vor, mit den eigenen Leuten zu verhandeln. Auch dieser Vorschlag wurde von den Juidauer Bergwerksbesitzern abgewiesen; sie wollten eben überhaupt mit den Arbeitern nicht verhandeln, die sie als untergeordnete Klasse betrachteten. Am letzten Freitag haben die Arbeiter einen dritten Versuch gemacht, sie haben vorgezogen, die Hilfe der königlichen sächsischen Regierung anzusuchen; auch dieser Vorschlag ist zurückgewiesen worden. — Jetzt kommen die Herren und erklären, es seien an sie Anforderungen gestellt worden, die sie nicht erfüllen können. Was verlangen denn die Kohlenarbeiter? Ihre Hauptforderung ist die Achtstundensicht, die auf Beschluß des bayerischen Landtags in einigen Tagen in den dortigen Bergwerken eingeführt werden wird. Was in Bayern möglich ist, sollte doch wohl auch in Sachsen möglich sein sowie in Preußen und den andern Staaten. Im Zeitzer Revier haben die Bergwerksbesitzer ebenfalls die Vermittlung des preussischen Vergamts-Vorsitzenden nicht angenommen. In Oestreich, Sachsen, Preußen, überall haben sich die Herren, die auf ihren Geldbägen sitzen, prolog gegen den Arbeiterstand benommen.

Es ist schon dargelegt worden, daß die Befreiung der Ausfuhrtarife nichts hilft und augenblicklich nicht durchzuführen ist. Es giebt ein Mittel, welches zum Nutzen der Arbeiter wie der jetzt feststehenden Herren Fabrikanten sofort die Kohlennot beseitigt, wenn nämlich die sächsische, preussische und die österreichische Regierung sich herbeilassen wollten, mit den Herren Kohlenwerksbesitzern endlich einmal ein ernstes Wort zu sprechen, damit diese vernünftig mit ihren Arbeitern verkehren. Dazu haben die Regierungen die Macht, aber leider fehlt der Wille. Viel geholfen wäre schon, wenn die Bergwerksbesitzer zur Verbesserung des § 152 der Gewerbe-Ordnung angehalten würden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Koch einen andern Grund für die Verteuerung der Kohlen kann ich anführen. Das ist die Einführung des Holzjolls. Im Juidauer Revier ist durch die Erhöhung des Holzjolls eine Ausgabe von 600 000 M. für Grubenholz notwendig gewesen. Diese Mehr-

ausgabe nehmen die Grubenbesitzer nicht auf ihre Schultern, sondern wälzen sie auf das Produkt ab; daher die Preissteigerung. Die Arbeiter haben keinen Pfennig Lohnaufbesserung erhalten. Die Durchschnittslöhne zeigen keine Besserung, seit einer Reihe von Jahren. Der kleine Lohnaufschlag, den die Arbeiter verlangt haben, beträgt nicht einmal den zwanzigsten Teil des Vorzeils, den die Bergwerksbesitzer durch die Steigerung des Kohlenpreises in der ersten Woche für sich herausgeschlagen haben. Die Arbeiter haben noch nicht einmal die Prosamen bekommen, die von der Herren Kapitalisten Tische fallen. Die Regierung hat es in der Hand, der Kohlennot zu steuern. Sie braucht nur die Bergwerksbesitzer zu zwingen, sich mit ihren Arbeitern zu einigen, und sofort werden sich wieder tausend flehige Hände regen, die heute schände zurückgewiesen werden von den Kapitalisten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Riff (fr. Bg.):

Der Zweck der Resolution ist uns elässischen Abgeordneten sympathisch, aber wir fürchten, die Resolution wird nicht zu dem gewünschten Zweck führen. Wir beantragen, in der Resolution der Budgetkommission die Worte „auf den Eisenbahnen von Elbaf-Lothringen“ zu streichen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Personlich bemerkt

Abg. Münch-Ferber (natl.), daß er nicht Ausnahmetarife für notleidende Großindustrielle, sondern für notleidende Gegenden verlangt habe, daß ihn der Abg. Webel also falsch verstanden habe.

Die Abstimmung über die Resolutionen wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Damit ist der Etat der Reichs-Eisenbahnverwaltung erledigt. Es folgt die Beratung des Antrags Münch-Ferber (natl.) auf Errichtung von Handelskammern im Ausland.

Abg. Münch-Ferber (natl.):

Unsere deutschen Handelsinteressen im Ausland bedürfen nicht nur des Schutzes einer starken Flotte, sondern auch des Schutzes deutscher Handelskammern im Ausland. Oestreich hat mit dieser Einrichtung die besten Erfahrungen gemacht. Vor einigen Jahren hat bereits die Handelskammer in Mannheim einen derartigen Antrag auf Errichtung von Handelskammern gestellt und ihr haben sich 35 andere deutsche Handelskammern angeschlossen, ebenso der Verband deutscher Industrieller. Demals ging die Staatsregierung nicht auf diese Anregung ein, inzwischen hat sie aber durch die Anstellung der sogenannten Handelsattachés anerkannt, daß die Konsulin allein nicht in der Lage sind, die Interessen des deutschen Handels im Ausland ausreichend zu vertreten. Wie steht es denn mit der Tätigkeit dieser Konsulin? Sie holen sich ihre Informationen bei einem befreundeten Großkaufmann und erhalten auf diese Weise natürlich einen ganz einseitigen Bericht. Die Konsulin werden befragt über die Vertrauenswürdigkeit bestimmter Firmen, über die Einführung bestimmter Waren, gattungen usw. Die Konsulin können diese Frage gar nicht zweckmäßig beantworten; erstens fehlen ihnen die nötigen Informationen und zweitens sind sie viel zu wenig kaufmännisch gefärbt.

Der Konsul scheidet sich als Vertreter des Deutschen Reiches weit über den Kaufmann erhaben und behandelt ihn mit bürokratischer Kumothung. Dagegen sind in die Handelskammern in der Lage, sich viel genauere Informationen zu verschaffen und in allen kaufmännischen und landwirtschaftlichen Fragen genügende Auskunft zu erteilen. Deutschland besitzt bisher nur eine solche Handelskammer und zwar in Brüssel, die bereits sehr segensreich gewirkt hat. Sie wirkt als Schiedsgericht bei Streitigkeiten und erspart dadurch den Beteiligten die Prozesskosten, sie erteilt Gutachten über wünschenswerte Änderungen der kommerziellen Gesetzgebungen, über Fälschung und Nachahmung deutscher Erzeugnisse im Ausland usw. Weiter würden die Handelskammern ein gutes Verbindungsmittel der Deutschen im Ausland mit dem Mutterland bilden. Wir sind das zweitgrößte Exporland der Erde. Ueber und steht in dieser Beziehung allein England und die übrigen Engländer haben sich längst von der Bedeutung solcher Handelskammern überzeugt. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Biell (fr. Bg.):

Bei der Bedeutung, die unser auswärtiger Handel heute hat, ist die Einrichtung von Handelskammern im Ausland eine dringende Notwendigkeit. Fast alle auswärtigen Staaten haben eine derartige Einrichtung. Deutschland besitzt nur die eine auswärtige Handelskammer in Brüssel. Natürlich müssen die Konsulin Mitglieder dieser Handelskammern sein, während sich der Deutsche Konsul in Brüssel bisher noch gar nicht um die dortige Handelskammer gekümmert hat. (Hört, hört! links.) Die Initiative zur Errichtung solcher Handelskammern muß natürlich den Beteiligten im Ausland überlassen bleiben. Ich bitte Sie, den Antrag der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Cahendly (C.):

Auch ich halte die Errichtung solcher Handelskammern für dringend notwendig. Zu bedenken ist nur, daß die Kosten jedenfalls recht große sein würden. Zur näheren Prüfung der Angelegenheit bitte ich Sie ebenfalls, den Antrag der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Frese (fr. Bg.):

Ich kann mich voll den Ausführungen des Kollegen Biell anschließen. Gute Handelskammern können im Ausland sehr segensreich wirken. Freilich wird es schwer sein, die geeigneten Kräfte ausfindig zu machen. Die kaufmännischen Attachés werden nämlich den Juristen gegenüber, die in den Konsulaten sitzen, eine subalterne Stellung haben. Es wäre deshalb darauf hinzuwirken, daß die kaufmännischen Kräfte später in die Konsulate überführt werden können und dort eine gute Stellung bekommen. Eine Subvention halte ich nicht für möglich. Dafür könnten die Interessenten ihren Präsidenten auch selbständig wählen und die Regierung dürfte dann kein Bestätigungsrecht haben. Ich schließe mich dem Antrag auf Ueberweisung an die Budgetkommission an.

Dernit schließt die Diskussion.

Das Schlusswort für den Antrag hat Abg. Dr. Paasche (natl.), der die Berufungskonferenz gegen die Angriffe seines Fraktionsgenossen Münch-Ferber in Schutz nimmt.

Der Antrag wird der Budgetkommission überwiesen. Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Initiativanträge auf Aufhebung des Distriktparagraphen in Elbaf-Lothringen und Regelung der Wahlen zum Landesauschuß für Elbaf-Lothringen.)

Schluss 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Kommission

begann am Freitag ihre Sitzung mit einem Unfall des Centrum. Bekanntlich hatten die ultramontanen Abgeordneten in einer der ersten Sitzungen entschieden verlangt, daß solchen Verletzten, die bereits vor Ablauf der 13 Wochen geheilt sind und deshalb Krankengeld nicht mehr erhalten, trotzdem aber gänzlich oder teilweise erwerbsunfähig bleiben, die Invalidenrente von der Berufsgenossenschaft sofort nach Wegfall des Krankengeldes unter allen Umständen zuzuführen soll. Die Regierung hatte sich damals die größte Mühe gegeben, das Centrum von dieser „zu großen“ Belastung der Berufsgenossenschaften abzubringen und die Fassung ihres Entwurfs zu empfehlen, nachdem von jenem Zeitpunkt ab die Rente nur solchen Verletzten gewährt werden soll, die über die 13. Woche hinaus erwerbsunfähig bleiben. Das Centrum gab aber damals nicht nach, und so schien die Annahme seines Antrags gesichert. Die Abstimmung wurde jedoch vertagt.

Damit das Centrum den Antrag „besser“ formulieren könne. Dies ist inzwischen geschehen, aber so, daß den Berufs-
genossenschaften als Pflicht nur das auferlegt wurde, was
die Regierung beauftragt hatte. Außerdem aber wird in einem
Zusatz den Berufsgenossenschaften das Recht erteilt, sich selbst durch
ihre Statuten die frühere Anzahlgrenze der Renten auch an solche Ver-
letzte vorzuschreiben, die innerhalb der ersten dreizehn Wochen völlig
erwerbsunfähig werden. Natürlich war mit diesem „verbesserten“
Antrag die Regierung sehr zufrieden und so wurde derselbe von
allen bürgerlichen Mitgliedern der Kommission angenommen.

Hierauf wurde in der Beratung der auf den Rückzug an das
Reichs-Verkehrsamt bezüglichen Bestimmungen fortgefahren. Um
das Reichs-Verkehrsamt zu entlasten, soll diese Behörde in ihren
Entscheidungen nicht an die Anträge der Parteien gebunden sein. Hätte
z. B. ein Verletzter, der vom Schiedsgericht eine Rente von 50 Proz.
erzielt hatte, aber eine solche von 75 Proz. verlangt, Rückzug ein-
gelegt, so wäre das Reichs-Verkehrsamt auf Grund
der vorgesehenen Aenderung berechtigt, nicht nur den Antrag
des Arbeiters abzulehnen, sondern auch die vom Schiedsgericht fest-
gesetzte Rente selbst dann, wenn die Berufsgenossenschaft mit der-
selben einverstanden ist, nach eigenem Gutbefinden zu kürzen. Diese
Bestimmung, wodurch in der Praxis der Arbeiter vor jedem Rückzug
zurückgeschreckt werden würde, wurde mit großer Mehrheit gestrichen.

Um die Verschleppung der Auszahlung einer rechtmäßig ge-
wordenen Rente durch die Berufsgenossenschaften zu verhindern, ver-
langen die Sozialdemokraten, daß in solchen Fällen das
Zwangsvollstreckungsverfahren zulässig sein soll. Der Antrag wird
jedoch abgelehnt.

Für den Fall der „Veränderung der Verhältnisse“ ist die Ver-
besserung vorgesehen, daß die Herabsetzung der Renten nur innerhalb
der ersten zwei Jahre von der Berufsgenossenschaft jederzeit
vorgenommen werden darf. Nach Ablauf dieser zwei Jahre ist
die Herabsetzung der Renten nur in Zeiträumen von
mindestens einem Jahr zulässig. Die Sozialdemokraten ver-
langen, daß diese Beschränkung auch für die ersten zwei Jahre
gelten solle, da gerade in dieser Zeit der Verletzte einer ge-
wissen Schonung bedarf und deshalb nicht so oft durch Herabsetzung
der Rente ausgereizt werden dürfe. Staatssekretär v. Posadowsky
erklärt, daß die von der Regierung in ihrem Entwurf bereits vorge-
sehenen Verbesserungen das äußerste sei, was die Regierung zugehen
könne. Jede weitere Aenderung würde das Zustandekommen des Gesetzes
gefährden. Das genügt, um die bürgerlichen Abgeordneten zu veran-
lassen, den sozialdemokratischen Antrag wieder-
zukommen.

Ferner soll die Rente nur in den ersten fünf Jahren von der
Berufsgenossenschaft heruntergesetzt werden dürfen, später aber nur
durch Entscheidung des Schiedsgerichts. Die Sozialdemokraten ver-
langen, daß auf Antrag des Verletzten stets, also auch innerhalb der
ersten fünf Jahre, die Herabsetzung oder Aufhebung der Renten nur
durch Entscheidung des Schiedsgerichts erfolgen dürfe. Auch dieser
Antrag wird aus denselben Gründen wie der vorige abgelehnt.

Das Recht auf den Bezug der Renten soll ruhen, so lange
der Berechtigte eine die Dauer von einem Monat übersteigende
Freiheitsstrafe verbüßt oder in einem Arbeitshaus usw. unter-
gebracht ist. Die Sozialdemokraten beantragen die Streichung
dieser Bestimmung, weil ja derjenige Arbeiter, der eine Straftat
begangen hat, durch die im Strafgesetzbuch vorgesehene Strafe für sein
Vergehen büßen muß und deshalb der Fortfall der Rente für diese
Zeit als eine durchaus ungerade Zufallstrafe erscheint. Dies
sei um so weniger zu billigen, da heutzutage auch der ehrenhafteste
Arbeiter sehr leicht ins Gefängnis kommen könne. Trotzdem wird
auch dieser Antrag abgelehnt.

Ein weiterer Grund für den Fortfall der Rente soll der
Aufenthalt im Ausland sein. Hiergegen haben sich sogar die Berufs-
genossenschaften ausgesprochen. Die geringe Belastung der Berufs-
genossenschaften durch die Verleitung der Beträge im Aus-
land genüge nicht, um den rentenberechtigten Arbeiter zu
zwingen, unter allen Umständen im Lande zu bleiben
oder auf seine Renten zu verzichten. Ganz besonders
unbillig sei dies für diejenigen Arbeiter, welche von einem Unter-
nehmer ins Ausland geschickt werden, um dort gewisse Arbeiten aus-
zuführen. Die von der Regierung vorgesehene Ausnahmegestaltung,
daß durch Beschluß des Bundesrats für bestimmte Grenzgebiete
die vorgesehene Aenderung außer Kraft gesetzt werden kann,
genüge daher durchaus nicht. Die Regierung erkennt zwar an,
daß in manchen Fällen eine gewisse Härte gegen einzelne
Arbeiter auf Grund der vorgesehenen Aenderung ein-
treten könne, ist aber trotzdem gegen die Streichung
dieses Absatzes, empfiehlt vielmehr einen Ausweg zu
suchen, um die beanstandeten Fälle zu vermeiden. Die Kommission
geht jedoch hierauf nicht ein, sondern beschließt, die Bestimmung
gegen die im Auslande sich aufhaltenden Rentenberechtigten zu
streichen.

Nächste Sitzung Dienstag.

Partei-Nachrichten.

Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage wurden in
Bayern und Liegnitz abgehalten. Die zahlreich erschienenen
Arbeiter stimmten den Ausführungen der Redner lebhaft zu. Flotten-
professoren traten nicht auf. In beiden Versammlungen wurde die
Berliner Protestresolution angenommen.

Gemeindevahlen. Bei den Bürgervertreterwahlen in Berge-
dorf (hamburgisches Vorort) wurde unter vier zu wählenden Ver-
tretern ein Parteigenosse gewählt.

Partei-Preffe. Die Verbilligung des „Hamburger Echo“ wurde
in einer kombinierten Versammlung der sozialdemokratischen Vereine
der drei Hamburger Wahlkreise, entsprechend dem Antrage der Kom-
mission, mit 94 gegen 157 Stimmen beschlossen. Des weiteren
wurde ein Antrag angenommen, die Verbilligung am 1. Juli dieses
Jahres in Kraft treten zu lassen und mit diesem Zeitpunkt die
Ansprüche in Parteiregale zu übernehmen.

Partei-Organisation. Der sozialdemokratische Verein für den
3. hamburgischen Wahlkreis hatte im vorigen Jahr einen Mitglieder-
zuwachs von 559 und erreichte eine Gesamtzahl von 1976. Die
Einnahme betrug 40733 M., der Kassenbestand am Jahresschlusse
1919 M.

Das oberheinische Agitationskomitee beruft für die Oster-
ferien einen Parteitag des Bezirks nach Baden ein. Auf der
Tagesordnung steht auch der für die rheinländischen Genossen sehr
wichtige Punkt „Freie und christliche Gewerkschaftsbewegung“.

Totenliste der Partei. In Stuttgart starb im Alter von
44 Jahren der Schiffsever Jakob Chele an einem schweren
Nierenleiden. Er hat seine Kräfte seit vielen Jahren in den Dienst
der Partei gestellt und sich dadurch das Vertrauen aller Genossen
erworben.

Politisches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Verteilung von Flugblättern** am Montag v. J.
erhielten eine Anzahl Parteigenossen in Höchst a. M. Polizeistrafen
in Höhe von je 15 M. Sie sollten dadurch öffentlich bemerkbare
Arbeit ausgeführt, also die Sonntagruhe gestört haben. Auf er-
folgten Einspruch sprach das Schöffengericht die Angeklagten frei, da
in einer Verteilung von Flugblättern von Haus zu Haus keine
öffentlich bemerkbare Arbeit zu erblicken sei.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die
für den 19. Februar beabsichtigte Versammlung fällt aus. Nächste
nächste Versammlung ist die Generalversammlung, welche am 5. März
stattfindet.

Am 11. März ist die Feier unseres ersten Stiftungsfestes, zu
dem Willkür zu haben sind bei: Frau Pansera m., Pappel-Allee 138,
v. 1.; Frau Lotzsch, Koppentstr. 61, Hof IV; Frau Wauschke,
Kopferstr. 4a. Der Vorstand.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Nixdorf
hielt am 8. Februar im Apollo-Theater eine Mitgliederversammlung
ab. Herr Dr. Winter hielt einen Vortrag über: „Die Berufs-
kämpfe in den verschiedenen Berufsarten.“ Der Vortrag wurde
mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Unter Vereinsangelegenheiten
wurde Fr. Pause als stellvertretende Revisorin gewählt.

Jubiläum des russischen Frauenstudiums. Dieser Tage
vollendeten sich russischen Blättern zufolge 30 Jahre seit der Zu-
lassung der Frau zum Studium an den Universitäten in Rußland.
1869 wurde die Frage der höheren Bildung für Frauen von der
Regierung prinzipiell in günstigem Sinne entschieden und damit
begann das eifrige Bestreben der Frauen, an die Hochschulen zu
gelangen. Auf Betreiben des Grafen Tolstoi eröffneten im
Jahre 1870 die Universitäten Kasan, Kiew und St. Peters-
burg Kurse für Frauen. Im Jahre 1888 trat eine Reaktion ein.
Durch die freigeistigen und sozialistischen Tendenzen, die sich in den
Kreisen der russischen Studentinnen Bahn brachen, beantragte, schloß
die russische Regierung die weiblichen Kurse. 1889 wuchs die
Frauenbewegung derartig an, daß sie die Wiedereröffnung der Kurse
durchsetzte. Das Ministerium der Volksaufklärung nahm aber die
Vorlesungen unter seine unmittelbare Aufsicht und verlor das
Unterrichtsprogramm durch Ausschneiden des Studiums der Natur-
wissenschaften, der politischen Ökonomie und des Staatsrechts.
Jetzt werden in Rußland nur solche Kurse eröffnet, in
welchen die Studentinnen Kenntnisse zu praktischem Erwerb, d. h. in
der Medizin usw. erhalten können. Diese Beschränkung der Frauen-
rechte veranlaßt die russischen Frauen, in überaus starkem Maße
sich dem Studium an ausländischen Hochschulen zu widmen.
So beträgt die Zahl der gegenwärtig an den Universitäten Frank-
reichs studierenden Russinnen 60 Proz. der Ausländerinnen über-
haupt. In der Schweiz dürfte das Verhältnis ein ähnliches sein.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Wie denkbar größte kapitalistische Fürsorge aussieht,
schildert aus Anlaß eines schönen Angriffs der „Köln. Ztg.“ auf die
nennmehr in den Schacht zurückgekehrten Bergarbeiter des Bismarck-
reviers ein bürgerliches Blatt, das in Sachen erscheinende „Echo
der Gegenwart“. Die „Kölnische“ hatte gesagt, daß auch dieser
Ansturm gezeigt habe, daß auch die denkbar größte
Fürsorge der Arbeitgeber für die Arbeitnehmer nicht
alle zufriedenstellt. Das „Kölnische“ Blatt, welches den
Augenblick für gekommen hält, im Bismarckrevier für
den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Pro-
selyten zu machen, gibt einige der schlimmsten Mißstände zu, spricht
aber nichtsdestoweniger noch von einer Irreführung der Arbeiter
durch die Sozialdemokratie. Im Interesse der Bergarbeiter wollen
wir und hier nicht gegen diesen Anwurf, der uns nicht tangiert, ver-
wahren, sondern geben nur wieder, was das gewiß nicht im Geruche
einseitiger Arbeiterfreundlichkeit stehende „Echo der Gegenwart“ über
die Zustände im Bismarckrevier schreibt. Es heißt da:

„Wenn ein Bergmann unter Tag verunglückt, dann muß er
in der Regel erst weite Strecken in den Gruben forttransportiert
werden, ehe er an das Tageslicht gelangt. Das menschliche Mit-
gefühl verlangt, daß er dann nicht noch Stundenlang in seinen
Schmerzen daliegen muß, sondern ihm sobald wie möglich ärztliche
Hilfe zu teil wird. Es wird erzählt, daß bei einem un-
glücklichem, der sich abends gegen 10 Uhr ereignete,
erst am anderen Morgen gegen 10 Uhr ein Arzt bei
dem Verletzten erschien. Solche Zustände sind in der
Tat reformbedürftig. Rechnlich verhält es sich mit der zweiten
Forderung der wöchentlichen Krankengeldauszahlung. Gegenwärtig
wird monatlich einmal und zwar am 7. jeden Monats das
Krankengeld ausgezahlt. Unter Umständen kann es also
vorkommen, daß die Familie des Erkrankten
fünf Wochen auf die Unterstützung zu warten hat.“

So sieht also „die denkbar größte kapitalistische Fürsorge“ aus
nach den Aufzeichnungen eines Blattes, das so wenig arbeiterfreundlich
ist, daß es nicht einmal die Arbeitervereinigungen tabelt, welche die
Ursache der Streiks bilden, sondern dieselben lediglich für unglück-
aufreizend, unvorsichtig hält.

Ausland.

In Carmanz hielten die Grubenarbeiter am Donnerstag eine
Versammlung ab. Hierbei kam ein Schreiben der Bergwerksbesitzer
zur Sprache, worin dieselben die Arbeitsleistung für die Dauer
der Unterhandlungen abschnürten. Jaurds hatte die Rolle eines
Schiedsrichters, welche ihm von den Arbeitern angeboten wurde,
abgelehnt; doch bestätigten die Arbeiter in einer neu einberufenen
Versammlung das Votum, Jaurds zum Deputierten zu wählen.

Den Steinhauern in Schweden drohen Lohnherabsetzungen.
Bei einem Betrieb in Strömstad ist bereits eine solche um
10 Proz. erfolgt und bei allen weiteren der Beginn zu erwarten.
Auch in Stockholm ist zum 1. Mai der alte Preiscontant gekündigt,
ohne daß ein neuer angeboten wäre. Es ist eine merkwürdige
Tatsache, daß bei dem Steigen aller Preise es Betriebe giebt, die
Lohnherabsetzungen versuchen. Die Arbeiter werden wahr-
scheinlich zum Ausstand greifen.

Aus Rußland. Wie bekannt, wurde im Juni 1899 auf den
russischen Fabriken, welche mehr als 1000 Arbeiter zählen, eine be-
sondere Fabrikpolizei eingeführt, deren Aufenthalt auf Kosten der
Fabrikbesitzer erichtet ist. Die Hauptaufgabe dieser Polizei besteht
in der Beobachtung der Ordnung und in den Nachforschungen nach
den Ursachen, welche die Unzufriedenheit der Arbeiter hervor-
rufen, sowie in der Protokollierung der Unfälle während
der Arbeit. Tatsächlich aber äußert sich die Tätig-
keit dieser neuen Institution in einer Reihe von De-
munktionen nicht nur auf die „verdächtigen“ Arbeiter, sondern
auch auf die Fabrikinspektoren. Die Lage der Fabrikinspektoren ist
somit äußerst schwierig geworden, da sie gegen diese neue Tätigkeit
der Fabrikpolizei zu kämpfen haben. Die Leitung dieser neuen
Polizei übernahm der Ober-Fabrikinspektor Lebedew, der bereits an
die Fabriken ein Rundschreiben verfaßt hatte, ihm ein Verzeichnis
der „unzuverlässigen“ Arbeiter zuzustellen.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den fünften Reichstagswahlkreis, der
am Donnerstag im Quars Saal am Alexanderplatz eine Ver-
sammlung abhielt, sprach Dr. Alfred Bernstein über Tuberkulose
und Syphilis. Der Redner zeigte, daß diese beiden Krankheiten,
von denen die Tuberkulose besonders im Proletariat die meisten Opfer
erfordert, heilbar sind, und unter Beobachtung geeigneter hygienischer
Maßnahmen auch verhütet werden können. Eine wirksame Bekämpfung
dieser Feinde der Volksgesundheit habe jedoch ande gesellschaftliche Ver-
hältnisse zur Voraussetzung, als die heutigen. Was heute in dieser Hinsicht
durchgeführt werde, sei bei weitem nicht ausreichend und den kultur-
fördernden Bestrebungen der Sozialdemokratie bleibe es vorbehalten,
mit der Aenderung der gesellschaftlichen Verhältnisse auch diese Uebel
mit der Wurzel auszuwurzeln.

Unter Vereinsangelegenheiten beantragte Hjelwig: Mit Rücksicht
auf die Aufhebung des Verbindungsverbots in der nächsten Ver-
sammlung das Thema zu erweitern: Wie organisieren wir uns in
Zukunft. Der Antrag wurde nach kurzer Diskussion angenommen.

Eine mäßig besuchte Versammlung der Stickerarbeiter tagte
Mittwoch bei Jenerstein. Der Vertrauensmann Glucke referierte über
„Unre Zuzill und das Vertrauensmännerchystem“. Der Vortrag
wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen Kaplan
und Graul im Sinne des Referenten. Hierauf erstattete der zweite
Kassierer den Kassenbericht über den Streifonds vom 1. November
1899 bis 31. Januar 1900. Derselbe wies eine Einnahme von
385,70 M. und eine Ausgabe von 100 M. für die Wiener Stickerarbeiter
auf. Im Verschiedenen wurde die Ueberstundenarbeit gerügt, ein Beschluß
hierüber wurde nicht herbeigeführt. Damit hatte die Versammlung
ihre Ende erreicht.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am Mittwoch eine nur
schwach besuchte Versammlung ab, in der Kleinlein über die
Entwicklung der Musikinstrumenten-Industrie referierte. Alle An-
zeichen deuten darauf hin, daß der Höhepunkt der Entwicklung
bereits überschritten und namentlich im Export ein Rückgang erfolgt
sei. In Berlin seien bereits vielfach Entlassungen von Arbeitern
und Lohnherabsetzungen vorgenommen worden. Die Ver-
legung der Fabrikation in die Provinz bei Ankerst
niedriger Löhnen hat den Verdienst der Berliner
Musikinstrumenten-Arbeiter fortwährend geschmälert und die Arbeits-
bedingungen immer ungünstiger gestaltet. Um diesen Mißständen
einigermaßen Einhalt zu thun, sollten die Klavierarbeiter bei der
gegenwärtigen neuen Geschäftsjahre auf eine Verkürzung der
Arbeitszeit hinwirken, um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen,
sowie für Lohnarbeit und Beilegung der Accordarbeit
hinzuwirken. In der darauf folgenden sehr lebhaften
Besprechung wurden die Angaben des Referenten von
allen Rednern beifällig, seinem Vorschlag zugestimmt, gleich-
zeitig aber auch die große Ineffizienz unter den Musik-
instrumenten-Arbeitern getadelt. In einer einstimmig angenommenen
Resolution wurde zum Anschluß an die Organisation sowie zur
Sammlung von Beiträgen für den Streifonds aufgefordert.

Der Vertrauensmann Krenndt berichtet hierauf, daß im ver-
flohenen Jahre 10 öffentliche Versammlungen und 23 verschiedene
Sitzungen stattgefunden haben. Die Gesamteinnahme mit dem
übernommenen Bestand einschließlich für den Streifonds betrug 834,60 M.,
bei einer Ausgabe von 597,15 M., so daß ein Bestand von 237,45 M.
verbleibt.

Die Bauanschläger nahmen am Dienstag die Abrechnung der
Streikkommission entgegen. Die Einnahme stellte sich auf 5107,81 M.,
der eine Ausgabe von 2856,00 M. gegenüber stand, jedoch 2311,21 M.
als Bestand bleiben. Nach einer langen Debatte wurde beschlossen,
von der nächsten Woche ab die alten Arbeitsnachweise wieder in
Kraft treten zu lassen. Außerdem wird der Obmann Finke jeden
Dienstag und Freitagabend von 6—8 Uhr bei Buske zur Entgegen-
nahme von Beschwerden, Arbeitsvermittlung usw. anwesend sein.
Von verschiedenen Seiten war betont worden, daß es im Interesse
des Gewerkes liege, den Obmann sündig zur Stelle zu haben. Die
daraus entstehenden Kosten würden durch die glatte Entledig-
ung von Differenzen, die jetzt noch dem Streik um so
häufiger als vorher seien, wieder aufgehoben werden. Auch würden
die Erfolge bei Nichtanstellung eines sündigen Vertrauensmannes
bald wieder verloren sein. Andere Redner behaupteten, daß die
Kosten viel zu groß seien und daß die Bauanschläger selbst auf die
Durchführung des angenommenen Tarifs sehen müßten. Auch der
Vertrauensmann könne nicht die Mißbräuche unzuverlässiger Kollegen
beseitigen. Dann wurde darauf hingewiesen, daß noch viele Streit-
beiträge ausstehen und der neue Lohnstarif im West allert
unheimlich sei. Der Obmeister der Zunft habe ihn an sämtliche
Unternehmer verschickt, jedoch es jeder wissen müsse, was er seinen
Arbeitern zu zahlen habe. Der Spezialtarif werde auch in der
nächsten Zeit fertiggestellt.

Die Rabispammer erklärten sich in einer Versammlung, die am
Mittwoch tagte, gegen die Anführung von Buharbeitern durch die
Rabispammer. Der Referent hatte darauf hingewiesen, daß es von
den Unternehmern verlangt werde, die Rabispammer auch zu Buhern
auszubilden, um gegebenen Falls bei Differenzen die Spanner als
Arbeitswillige zu benutzen. Das laufe auf nichts weiter als eine
Vohndruckeri hinaus. In der Debatte war erklärt worden, daß
geringfügige, in das andre Fach gehörige Arbeiten wohl von beiden
Verursachern vorgenommen werden dürften. Die anwesenden
Spanner stimmten der Erklärung zu. Ferner wurde eine Resolution
angenommen, in der die Versammlung erklärte, daß sie mit der
vom Berliner Arbeitervertreter-Verein an den Reichstag zur Ab-
änderung der Unfallversicherungs-Gesetze gerichteten Petition ein-
verstanden sei.

Klein-Schönebeck-Nichtenau. Für beide Orte tagte am
11. d. M. eine Versammlung, die sich mit den Wahlen zum Ge-
meinderat beschäftigte. Das Referat hatte Genosse Sonnenburg
übernommen, der in seinem Vortrag sehr eingehend die örtlichen
Verhältnisse kritisierte, besonders die Zustände im Armenhause zu
Klein-Schönebeck einer eingehenden Schilderung unterwarf. Die
Versammlung entschied sich jedoch für die Aufstellung eines Kandidaten
und wurde hierzu der Töpfer Dühling bestimmt.

Nixdorf. Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung hielt der
sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ am 13. Februar ab. Theodor
Rehner hatte das Referat übernommen und sprach über: „Sittlich-
keit in der heutigen Gesellschaft.“ Redner schilderte die sittlichen Zu-
stände vom Beginn des Christentums bis in die gegenwärtige Zeit
und gab am Schluß seines Vortrages dem Gedanken Ausdruck, daß
nur die Sozialdemokratie veranlassen, menschenwürdige und damit
sittliche Zustände zu schaffen. — Die Diskussion gestaltete sich zu
einer lebhaften und nahm an derselben die Genossen Kimmrich,
Kossmann, Fischöder und Thomas teil. — Unter Vereinsangelegen-
heiten teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand die Bibliothek
einer Revision unterzogen hat und sich bei diesem Anlaß
die Drucklegung eines Katalogs als notwendig erwiesen
hat. Ehe dieselbe jedoch vorgenommen wird, sei eine Ver-
größerung der Bibliothek geplant, damit sich nicht gleich ein Nachtrag
erforderlich macht. Die Versammlung bewilligt 50 M. für diesen
Zweck. Der Kassierer Müller gab bekannt, daß die Zahlstelle III sich
nunmehr Reiterstr. 64a, Restaurant Ibbel, befindet. Es wird ferner
mitgeteilt, daß in der letzten Vollversammlung ein Vortrags-
genosse wurde und dieses beim Vertrauensmann Pause in Empfang
genommen werden kann. — Vom Referat wird beantragt, daß der
Vorstand des Vereins „Vorwärts“ sich mit den andern Vorständen
der Wahl- und Bildungsvereine des Kreises in Verbindung setzen
soll, bezw. Gründung eines einzigen Wahlvereins für den Kreis
Zeltow-Beesow.

Dreireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr,
im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstraße 76,
Versammlung, „Dreireligiöse Vorlesung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags eden-
derselbst: Herr Dr. Bruno Wille: „Giordano Bruno“. Feier zum 30-jährigen
Wiederkehr seines Todesjahres. (Giordano Bruno wurde am 17. Februar
1600 in Rom als Regier lebendig verbrannt.) Gäste, Damen und Herren
sehr willkommen.

Montag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, zu Gunsten unres
Baufonds in Kellers großen Festsaal, Kappelerstr. 29: „Giordano Bruno-
Gedenkfest“. Festmahl, Prolog, Ansprache des Herrn Prof. Dr. Gehre
und lebende Bilder. Nach der Feier: „Geistliches Besinnungsmahl“.

Humanistische Gemeinde. Wohnstraße 47, im oberen Saal des
Braunburger Hauses. Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr,
Herr Dr. Rudolf Penig über: „Giordano Bruno“. Gäste, Damen und Herren
haben freien Zutritt.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Abteilung Berlin.
Sonntag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses:
Monatsversammlung und Vortrag von Frau Adele Werbach: „Die Anstalts-
genossenschaften ein Faktor der ökonomischen und ethischen Entwicklung“.
Diskussion.

**Centralverein der im Adressenwesen und verwandten Branchen
Beschäftigten.** Sonntag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, bei Rempen,
Wallstr. 57, Versammlung.

Adhuner Klempner Noabits! Sonntag, den 18. Februar, vor-
mittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Fartz, Pflanzstr. 10, Morgenprache.
Ein Vortragaussteller ist anwesend.

Wahlverein. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15: Ver-
sammlung Vortrag des Herrn Marxwald.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 29
Hamburg), Filiale Berlin 3. Sonntag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
Mitgliederversammlung bei Bergener, Reichensbergerstr. 157.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 29
Hamburg), Filiale Berlin 5. Sonntag, den 17. Februar, abends 9 Uhr,
Mitgliederversammlung bei Koplin, Köpenickerstr. 68.

**Centralverband der Elektromonteur und Berufsge-
Deutschlands.** Sektion Berlin II. Heute 8 1/2 Uhr Sitzung bei Jmann-
dorfer, Sophienstr. 5.

Nixdorf! Die Auslöser, Mitfahrer, Gondolier und Pader haben am
Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Wercier,
Steinwegstr. 55, eine große öffentliche Versammlung, in welcher Kollege
Rein über „Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ referiert.

Vor den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 17. Februar. Cyrenhaus. Raim. Sinfel und Gretel. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Schind und Jan. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Die drei Töchter des Herrn Dupont. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Harold. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Radio Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Fröschweiler. Anfang 8 Uhr. Westen. Die Regimentstochter. Hierauf: Die schöne Galathee. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr. Heiden. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr. Nißen. Drei Paar Schuhe. Anfang 8 Uhr. Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr. Carl Weiss. Die Jagd nach dem Glück. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Rotkäppchen. Belle-Alliance. Sünden u. Nimmis. Fanne Rütts Abschied. Aufei Bewilgs legtes Ständlein. Joseph Käfel. Anfang 8 Uhr. Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädtsches. Klein in London. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Die Puppenfee. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Urania

Taubenstraße 48/49. In Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“. Hörsaal: Prof. Dr. Müller: „Naturgeschichte unserer Kleidung“. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Neu! Die Neu! Katakomben der Kapuzinermonche zu Palermo.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu! Ein Riese der englischen Armee Sergeant Th. Dalroy 2 m 30 cm hoch! Oberbayerische Sänger und Schubplattler-Gesellschaft.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Kolossaler Erfolg des neuen Februar-Programms. Neu! Scenen (Reit) vom Kriegsschauplatz in Transvaal. 8 1/2 Uhr. Neu incenter: 8 1/2 Uhr. Endlich allein. Ottomar Schumann: Dir. Rich. Winkler. Anfang 7 1/2 Uhr. Soperlauf II bis I Uhr. Heute abend noch der Vorstellung: Tanz. Befehle der Vorstellung: Fret-Tanz. Mittwoch, den 21. Februar: Benefiz Helene Voss. Einmalige Aufführung „Im weissen Rössel“.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr abends: Im Reiche des Indra. Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten. Um 1/8 Uhr: La Pagette. Schwestern Serini. Dell Oro. Acquanarino. Hill u. Hill. Diamantine. Ephraim Thompson. Dagmar Hansen etc. etc. Der Kosmograph. neueste Aufnahmen aus dem Transvaal-Kriege. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

Cirkus Schumann.

Heute, Sonnabend, den 17. Februar, abends präc. 7 1/2 Uhr: 13. Grande Soiree High-Life. Gala-Programm. 10 der besten Nummern, sowie Vorstellung der anerkannt unerreicht bestehenden Originaldressuren des Dir. Alb. Schumann. Zum Schluss, zum 16. Male: Dr. Faust.

Dr. Faust.

(Anfang der Pantomime 9 Uhr). Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Akten, mit teilweise Verknüpfung des Heintz. Feinischen Langweilens gleichen Namens und des Simeonschen Volksbuchs, von August Siems. In Szene geföhrt vom Dir. Albert Schumann und Balletmeister A. Siems. Regie Balletmeister Weisinger. Musik von H. Deuer. Sonntag: 1. gr. Festsch. nachm. 3 1/2 und abends 7 1/2 Uhr. Radm.: Kur allgemeines Verlangen: Im Weisnachtsbazar oder: Die Puppen-18 nigt. Nachm. 4 Uhr ein Kind frei. Abends 7 1/2 Uhr. Dr. Faust. Der Blickverlauf für die immer. Nähe zu der Sonntagabend-Vorstellung findet erst am Sonntag morgen von 10 Uhr ab an der Eintrittsfalle statt.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Ganze 50 Pennig. Soperlauf 40 Pf. Großartiges Programm!

W. Noacks Theater,

Branntschke 16. Heute, Sonnabend, den 17. Februar: Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung. Sonntag: Der jüngste Lieutenant. Sanssouci Kottbuserstr. 4a. Heute Sonnabend wegen Vereinfachlichkeit: Keine Soiree. Sonntag, den 18. Februar: Hoffmanns Norddeutsche Säger Hoffmann als Präsident Krüger. Dienstag, 27. Februar: Groß. Festsch. Ball.

Cirkus Busch.

Heute, Sonnabend, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr: High Life Evening. Jubiläums Fest-Vorstellung. Zum 100. Male: Die Camorra. Zum 1. Mal: Ein hippolog. Karnevalzug. Signor Ricardo mit sein. wunderbar dres. Quaden. Die Rahweef-Akrobaten-Troupe. Original-Weis-Jodex Akt.

Für Vereine!

Sonntag, den 25. Februar, und Sonnabend, den 17. März, frei geworden. Zeitsäle Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Kösliner Hof

Köslinerstr. 8. Jeden Sonntag: Ball.

Treptow Restaurant Karpfenteich.

Mit köstlicher Landküche. Jeden Sonntag: 3500* Großer Ball. Neuer Parkettboden. Kaffee in Vorzionskannen.

Mühd-Oberdönneweide.

Restaurant Sportsbaus. Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Zaaf. Garten, Regelm. u. Koch. Dobslaw

Hans Kayser

Görlinger Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Portwein Sherry Madeira

direkt bezogen vorzüglichste Qualität, empfiehlt glasweise vom Fass billigt. Paul Wein, Restaurateur, Chausseestrasse 113.

ZAHNSCHMERZ

besitzt ca. Kropp's Zahnwatte (20%) Carborazolw. in 1/2 Liter Flasche 4 SO.3. zu haben in allen Drogerien. Niem. keine Nachahmungen!

Laabs

Elsasserstr. 39. Behandl. aller Haut-, Horn- und Haisleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 1-2, 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2.

Schultze,

Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Hais- und Hornleiden ohne Berufsänderung. 3575L* Sprechstunden 9-2, 5-9. Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Achtung! Vereine.

Nonnenbergs Parkschlößchen, Treptow. 30282* empfiehlt sein Etablissement für alle vorkommenden Vereinsfestlichkeiten unter den coulantesten Bedingungen. A. Nonnenberg.

Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze

stets vorrätig bei Wilhelm Germer, N., Rauschenstr. 29.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M.

Schneidermeister, M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4. Rotb. 26. Streng feste Preise. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Cabliau,

der so sehr beliebt, zum Kochen wie zum Braten sehr empfehlenswert ist, pro Pfund im Ausschnitt 25 Pfg. Schellfische grosse 25, ohne Kopf 30 Pf. pr. Pd. Bratflundern 20-25 Pf. sowie Seeaal, Heilbutt, Scholle, Steinbutt, Seezunge, Rotzunge, Goldbars etc. ferner: geräucherte und marinierte Seefische, ebenfalls billig. empfiehlt die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ in ihren 6 Verkaufsstellen:

Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10. No. III. Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnhof 388, 9 (Centralgaleri). No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmsplatz. No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Hadaistr. 22. No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulendorferstrasse. No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst.

Wirklichen Kaffee-Geschmack besitzt Kathreiners patentierter Malzkaffee, nach wissenschaftlichem Urteil der beste und gesündeste Ersatz für Bohnenkaffee; als Zusatz allgemein beliebt.

Brauerei Germania Aktienges. in ca. 70 eigenen Lokalen Bockbier 4/10 Liter 10 Pf. 1/8 Tonne 3,50. 15 Flaschen 4/10 Liter 1,50 frei Haus. 3631L* Telefon VII 2645.

Stenographie.

Neue Unterrichtskurse des Arbeit-Stenogr.-Vereins „Stolze“ in der Vereinfachten deutschen Stenographie beginnen: Dienstag, 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Grupp, Annenstr. 16. Donnerstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Jahn, Gräferstr. 9, im Moab. Klubhaus, Deusselstr. 82. Sonntag, 25. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Giehnert, Schulstr. 29. Unterrichtsgeld 4 Mk. Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

Falbe,

44, Elsasserstr. 44. Behandlung aller Haut- u. Hornleiden ohne Berufsänderung. Sprechst. 9 Uhr bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz. 34342*

Maskengarderobe

von Adolf Runge, Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Großes Lager von Natural-Aufzügen.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Haisleiden, Frauen-Krankheit. sehr sicher ohne Berufsänderung. 34442* R. Wagner, 9-2, 5-9, 21-9-2

Möbel und Polsterwaren.

Neu! Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 34592* Franz Titzauer, Brunnenstraße 152. Herren- u. Konfirmantenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. 34592* prima Qualität 1,50 und 2,-. Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 1 Mk. früher Normm. 1 u. 5. Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Lesen Sie! Paradox- Lesen Sie! Tremolando-Spiral-Zitter-Harmonika!

Vielleicht die schönste Harmonika nur 5 Mark. Diese neue Tremolando-Harmonika, 23 cm hoch, hat einen gewöhnlich klingenden, schwingen, modulationsfähigen Orgelton. Wird bei neuen Instrumenten, welche mit getönter unregelmäßiger Spiralfederung aus Konkurrenz werden, ist und infolgedessen einen herrlichen Klangerfolg herbeiföhrt. Man kann die Harmonika zum Klittern und Tremolieren bringen, ähnlich wie bei den italienischen Zitterorgeln. Das Instrument leistet 64, 68, 72, 76, 80, 84, 88, 92, 96, 100, 104, 108, 112, 116, 120, 124, 128, 132, 136, 140, 144, 148, 152, 156, 160, 164, 168, 172, 176, 180, 184, 188, 192, 196, 200, 204, 208, 212, 216, 220, 224, 228, 232, 236, 240, 244, 248, 252, 256, 260, 264, 268, 272, 276, 280, 284, 288, 292, 296, 300, 304, 308, 312, 316, 320, 324, 328, 332, 336, 340, 344, 348, 352, 356, 360, 364, 368, 372, 376, 380, 384, 388, 392, 396, 400, 404, 408, 412, 416, 420, 424, 428, 432, 436, 440, 444, 448, 452, 456, 460, 464, 468, 472, 476, 480, 484, 488, 492, 496, 500, 504, 508, 512, 516, 520, 524, 528, 532, 536, 540, 544, 548, 552, 556, 560, 564, 568, 572, 576, 580, 584, 588, 592, 596, 600, 604, 608, 612, 616, 620, 624, 628, 632, 636, 640, 644, 648, 652, 656, 660, 664, 668, 672, 676, 680, 684, 688, 692, 696, 700, 704, 708, 712, 716, 720, 724, 728, 732, 736, 740, 744, 748, 752, 756, 760, 764, 768, 772, 776, 780, 784, 788, 792, 796, 800, 804, 808, 812, 816, 820, 824, 828, 832, 836, 840, 844, 848, 852, 856, 860, 864, 868, 872, 876, 880, 884, 888, 892, 896, 900, 904, 908, 912, 916, 920, 924, 928, 932, 936, 940, 944, 948, 952, 956, 960, 964, 968, 972, 976, 980, 984, 988, 992, 996, 1000.

Severing & Comp., Neuenrade i. W.

Zurück unsere eigenen großen Neubauten mit 500 Quadratmeter Hühnerstall sind wir in den Stand gelangt, alle Bedürfnisse unserer auswärtigen Herren mit 5 Pf.-Karte sofortige Lieferung von Preislisten über Gerätschaften.

J. Brünn

(Bahnhof Börse) Garfischer Markt 4. Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischzeug! Handtücher! Fertige Wäsche! zu sehr billigen Preisen zum Ausverkauf!!

Litterarische Rundschau.

Gustav Freytag und Heinrich v. Treitschke im Briefwechsel. Leipzig, Verlag von S. Hirzel. 1900. 207 Seiten.

Gäßen Freytag und Treitschke noch selbst darüber befinden können, ob ihr Briefwechsel gedruckt werden solle, so hätte der vorliegende Band schwerlich das Licht der Welt erblickt. Beide waren, was ihnen nur zum Verdienst angerechnet werden kann, entschiedene Gegner der, wie Treitschke sich einmal ausdrückt, „Inhabenhaften Sammelwut, die sich heute so oft an dem Andenken waderer Verstorbener vermindert.“ Während sich aber Freytag als behutsamer Bourgeois testamentarisch alle Veröffentlichungen aus seinem Nachlass verbieten hat, ist Treitschke unbekümmter gewesen, und so sind aus seiner literarischen Hinterlassenschaft in vier Jahren schon vier dicke Bände erschienen, die, um noch eins seiner Worte anzuziehen, nichts von jener „ernsten Pietät“ verraten, die „streng das Unfertige vom dem Dauernden scheidet.“ Sieht man von einem einzigen Essay ab, wie namentlich die Abhandlung über Pufendorf, die in den vergeblichen Bänden einer Monatschrift begraben war, obgleich sie zu Treitschkes besten Arbeiten gehört, so ist mit den posthumen Veröffentlichungen weder dem Andenken Treitschkes noch der historischen Wissenschaft ein Dienst geleistet worden.

Ob es notwendig oder nützlich war, den Briefwechsel zwischen Freytag und Treitschke herauszugeben, das hat der Herausgeber Alfred Dove in seiner etwas präcisen Vorrede am wenigsten zu entscheiden vermocht. Es sind im ganzen 62 Briefe, die weitans meistens davon freundschaftlich-privater Natur, so daß sie weder ein neues Licht auf die öffentlichen Charaktere Freytag und Treitschke werfen, noch auch neue Beiträge zur Zeitgeschichte enthalten. In dem letzten Briefe Treitschkes vom 12. Februar 1894, worin er sich sehr pessimistisch über die Zustände im Deutschen Reich äußert, findet sich sogar eine dreizehnte Seite, die der Herausgeber mit Gedankenstrichen ausgefüllt hat. Es ist vielleicht aus sehr triftigen Gründen geschehen, denn in diesem Briefe vergleicht Treitschke den Pöbelzustand mit den Anfängen Friedrich Wilhelms IV., von denen er sagt, daß sie bei aller Thorheit doch mehr Geist, mehr Hoffnung und mehr guten Willen gezeigt hätten. Allein der Leser empfindet es peinlich, wenn ihm an der demütlich entschuldigenden Stelle des ganzen Bandes die Thür vor der Nase zugeschlagen wird. Müßten die päpstlichen politischen Brocken des Briefwechsels wohl losstritt werden, dann hätte es mit seiner Veröffentlichung wohl gute Weile gehabt.

Am regsten war die Korrespondenz der beiden Freunde in den sechziger Jahren, und hier ist sie verhältnismäßig auch noch am interessantesten. Treitschke befehlt sich früher zu Bismarck, als Freytag, wobei er jedoch die bessere Figur macht. Er war ein ehrlicher und heißblütiger Patriot, aber kein Hosiann und kein Streber; die Unabhängigkeit seines Urteils hat er sich immer sorgsam gewahrt, und Bismarcks Angebot, im Jahre 1866 das preussische Heer der literarischen Hauptquartier ins Hauptquartier zu begleiten, hat er ebenso entschieden wie höflich abgelehnt. In dem etwas längeren Atem, den Freytag liberale Opposition zu haben schien, steckte viel malkontente Verbissenheit des Bourgeoisphilisters, ein gutes Stück sächsisch-sächsisch-gothaische Hofintrigue, endlich auch eine pfiffige Spekulation auf den preussischen Kronprinzen; mit dem Augustenburger hat Freytag noch gekramt, als Treitschke mit demselben längst fertig war. Die harten Urteile, die Freytag über die „militärische Unbrauchbarkeit“ des Prinzen Friedrich Karl fällt und manches andre freimütig ausgesprochene Wort sind doch nur sehr mit dem bekannten Körlein Salz zu verstehen. Freytag besah unter der Maske des gemüthlichen Wiedermann ein gerütteltes Maß von Bourgeoisüberlegenheit; als ein paar Jahrzehnte darauf andre Winde wehten, hat er den Kronprinzen als Heerführer ebenso herabgesetzt, wie er ihn in den Briefen an Treitschke über den Prinzen Friedrich Karl erhebt.

Hinter die Coulissen der damaligen liberalen Opposition fällt doch dieses oder jenes Streiflicht. Ueber den Rationalverein der Herren v. Demmig und Miquel, der die Welt mit dem Ruhm seiner Thaten erfüllte und durch furchtbare Revolutionen sowohl Kaffalle wie Bismarck in den Staub streckte, schreibt Treitschke am 18. November 1865: „Hat es je in einer großen Nation eine solche Wühlgarbe gegeben? Der Verein geht grundsätzlich darauf aus, immer neue, möglichst nichtsjagende Formeln zu finden, um Leute, deren Meinungen himmelweit auseinander liegen, scheinbar unter einen Hut zu bringen. Ebenso grundsätzlich sucht er nach Programmen, deren absolute Unbrauchbarkeit jedem Menschen mit gesundem Sinne einleuchten muß. Ob wohl einer in dem Verein wirklich heute an die Reichsvereinfassung glaubt? Und dies Inhabenhaft Treiben wird von einer christlichen Nation als höchwichtig angesehen, von den Regierungen als staatsgefährlich verfolgt!“ Darauf antwortet Freytag: „Seien Sie gegen den Rationalverein nicht zu streng! Er ist eine Kleinlinderbewahranstalt für zahllose Demokratie, die allmählich an die Idee Preussens gewöhnt werden soll und an ein parlamentarisches Selbstbestehen. Es ist gleichgültig, was er gerade formuliert, jeder solcher Kompromiß hilft wieder auf einige Zeit die Mitglieder den Händen der Trebert, Eckardt usw. fernhalten.“ Diese Urteile sind für den Rationalverein zu charakteristisch, wie für ihre Urheber. Während Treitschke dem Verein ehrlich absagt, um seiner gekauften Thorheiten willen, hält ihn Freytag noch für gut genug, den Philister einzuseifen und dadurch von der damaligen Demokratie zurückzuführen. Ehrlicher war Freytag, als er Treitschkes bekannnten Essay über das preussische Herrenhaus mit den Worten begutachtete: „Dem Herrenhaus ist treulich nicht zu helfen, und jeder neue Paarschub macht das Uebel nur ärger. Aber ich hoffe, wir werden seiner Zeit diesen Unfluth ruhig abschütteln, und die armen Tröpfe, welche dadurch borniert und gemeinschädlich geworden sind, wieder in den Stand setzen, als nützliche Staatsbürger unter ihren Mastochsen und Ästern zu entscheiden.“ Es ist nur der kleine Irrtum dabei, daß die „armen Tröpfe“ durch ihren Eintritt ins Herrenhaus „borniert und gemeinschädlich“ geworden sein sollen; so despektirlich möchten wir den Einfluß dieses hohen Hauses auf seine Mitglieder nicht einschätzen; weniger geachtet, als sie unter ihren Mastochsen und Ästern“ werden konnten, werden sie als preussische Paars auch nicht geworden sein.

In den sechziger Jahren schläft der Briefwechsel zwischen Freytag und Treitschke allmählich ein; nur noch gelegentliche Anlässe, mit jahrelangen Zwischenpausen, halten ihn aufrecht. Am 23. Februar 1899 wünscht Treitschke die Teilnahme Freytags an einer Verwahrung litterarischer „Notabilitäten“ gegen die „Korretei unserer Sprachreinger“, die „gemeinschädlich zu werden“ drohe. Die Verwahrung soll dem Kultusminister Gehler und namentlich auch dem jungen Kaiser zeigen, „daß gerade die Männer, denen unsre Sprache vertraut und lieb ist, ihr altes stolzes Erberungsrecht ihr nicht verliessen wollen.“ Treitschke meint, die Schriftsteller selbst brauchen ja nichts zu fürchten, „aber für die Schulen besteht eine wirkliche Gefahr. Schon bringen die Schulbücher täglich neue Wortumgebungen, die ihnen als Verberatungen für Revolution, Reduktion usw. eingebildet werden.“ Freytag antwortet umgehend, daß die Sprachreinger sich ja oft lächerlich machten, aber er fügt hinzu: „Die tausend kleinen Bedanten des Sprachvereins, meist Schulmeister, helfen dazu, das Verbummeln der Tagespresse und der Beamtensprache zu bändigen.“ Ich selbst verdanke dieser Politenwirtschaft, daß ich aufmerksamer auf den deutschen Ausdruck und Vorkommen im Gebrauch der Fremdwörter beim Schreiben geworden bin. Deshalb bin ich geneigt, ihre Abgeschmacktheit mit guter Laune zu betrachten. . . . Wenn die Mader aber für ihre Erfindungen Staatshilfe fordern, so höre allerdings der Spah auf, und ich bin gern bereit, eine Verwahrung dagegen zu unter-

schreiben.“ In dieser Auseinandersetzung scheint uns nicht über herauszukommen, was sich für und gegen die Fremdwörterjagd sagen läßt.

Fünf Jahre später folgt dann noch ein letzter Austausch von Briefen. Treitschke fragt am 12. Februar 1894 bei Freytag an, ob sich der schlesische Oberpräsident Merdel bei der Webernot von 1844 so völlig thöricht benommen habe, wie Zimmermann in seiner Geschichte der schlesischen Weberei behauptet, so daß er selbst einen damals von Freytag mitgestifteten privaten Hilfsverein verboten hätte. Mit seiner akademischen Kollegialität, die Treitschke selbst oft genug verspottet hat, kennzeichnet er dabei Zimmermanns Buch als „eine jener schrecklichen Excerpten-Handwärmer, welche dem geschwollenen Leibe der Schmöllerischen Schule von Zeit zu Zeit abgeben.“ In seiner Antwort schreibt Freytag: „Dem ersten Beamten Schlesens war es sehr gegen den Strich, daß ein Privatverein zur Abhilfe der Not unter den Webern und Spinnern helle Klagen erhob und Reformen forderte. Indes das Landgefährt hatte sich erhoben, der führende Menschenfreund war durch die plötzliche Einsicht in Zustände, die greulich waren, empört, und die Gutsbesitzer der ganzen Umgegend von Langenbielau und Peterswaldau waren nicht weniger empört, weil die Manufaktur von Hartmann und Ribben so sehr über das gewöhnliche hohe Maß hinausging, daß nur wenig übrig blieb. Dem vermochte kein Gendarm zu wehren, der Verein aber erwiderte sich bald als gemäßig; er hatte die Klugheit, durch das Anwerben von hohen Generalen — Brandenburg — dem König Vertrauen zu geben, und obgleich diese militärische Verstärkung dem regierenden Civil nicht wohl annehmbar war, so hatte sie doch die Wirkung, daß die fähige Temperatur des alten Oberpräsidenten nicht wesentlich hinderte, wo der Verein in gutem Rechte war.“ Mit dieser amnütigen Schilderung des Bourgeoisocialismus in vorwärtslicher Zeit, und nicht nur in ihr, schließt der Band.

Karl v. Hadenberg, Der rote Veder. Ein deutsches Lebensbild aus dem 19. Jahrhundert. Leipzig, Verlag von Julius Neudeler. 316 Seiten.

Als Guido Weiß vor Jahr und Tag gestorben war, wollten seine alten Freunde ihm ein biographisches Denkmal setzen durch eine Sammlung seiner besten Aufsätze, jedoch verweigerten die Hinterbliebenen ihre gefällig notwendige Zustimmung, da die Entel von Weiß, wenn sie zu ihren Jahren gekommen seien, seine Biographie zu schreiben gedächten. Wie gefährlich solch ehrenwerter Familienstimm der literarischen Produktion werden kann, zeigt Herr Hadenberg, der sich als Saviogeriobn oder Stiefschwiegervater seines Helben einführt. Sein Buch enthält einiges, nicht uninteressantes Material zur Zeitgeschichte, läßt aber die bescheidensten Ansprüche unbefriedigt, die an eine biographische Arbeit gestellt werden müssen.

Der „rote Veder“ hat ein ziemlich bewegtes Dasein geführt; im Jahre 1848, ein Genosse vom März, im Adhler Kommunistenprozesse zu fünf Jahren Festung verurteilt, dann noch lange durch bureaukratische Bilanen der rheinischen Metropole fern gehalten, ist er schließlich deren gefeierter Oberbürgermeister geworden und als solcher im Jahre 1885 gestorben, von allen Patrioten schmerzlich betrauert. Eine derartige Karriere mocht man nicht, ohne das Rückgrat des inneren Menschen mehr als einmal gebogen zu haben, und in den letzten Jahrzehnten hat es der „rote Veder“ mit dem Engantismus mitunter etwas arg getrieben. Will man ihm gleichwohl gerecht werden, so muß man psychologisch untersuchen, wie der Anfang demnach mit dem Ende innerlich zusammenhängt, eine Aufgabe, die nicht an sich, aber allerdings für Herrn Hadenberg völlig unlösbar ist. Dieser brave Mann schreibt die Berliner Revolution von 1848 „den französischen Emigranten, polnischen Aufwiegeln und dem revolutionären Gelfindel“ zu, das „aus aller Welt in die Hochburg der Monarchie geströmt“ sei und von der, durch Friedrich Wilhelm IV. geplanten, mühsigen Entwicklung nichts habe wissen wollen. Auf der Höhe dieser glorreichen Geschichtsauffassung stehen die Kapitel, die Herr Hadenberg der revolutionären Vergangenheit Veders widmet, nur daß er sich bemüht, seinen speziellen Wahren nach Kräften weich zu walchen, ihn namentlich weit von März zu rücken, den Herr Hadenberg nach der laudenswürdigsten Manier „maßloser Herrschaft und selbstgefälliger Telleit“ anknüpft.

Es lohnt nicht, dabei zu verweilen. Unfres Grauens ist Herrn Hadenbergs Bemühen, nachzuweisen, daß Veder in den Revolutionsjahren keineswegs der entschlossene und tapfere Revolutionär gewesen sei, den man bisher für diese Zeit in ihm gesehen hatte, keineswegs mit Erfolg gekrönt worden, aber wäre dem anders, so wäre es auch noch so. Da Veder es vorgezogen hat, später das schlechtere Teil zu erwählen, so ist die Spur von seinen Erdentagen heute schon verwischt, obgleich Herr Hadenberg im Motto des letzten Kapitels versichert, daß sie in Aeonen nicht untergehen werde. Weislich ist jedes Kapitel mit einem Motto aus Goethes Faust versehen, das zur Persönlichkeit Veders paßt wie die Faust aufs Auge. Die ungemaine Kindlichkeit des ganzen Buchs überdehnt uns der Mühe, mit seinen zahlreichen Schiefeiten und Unrichtigkeiten in einzelnen aufzuklären; sein einziges Salz sind die gelegentlichen Selbstironien des Verfassers, wie denn Herr Hadenberg das Kapitel, das Veders Umwandlung in einen liberalen Bourgeoispolitiker schildert, die „Kanaille der materiellen Interessen“ betitelt.

Hätte er dies, gelegentlich von Veder gebrauchte Schlagwort, richtig in Veders Sinn verstanden, so würde er seinen Helben gerechter geworden sein. In den Briefen aus seiner Festungshaft ist Veder noch ganz ein Schüler von Marx, wie er auch in dieser Zeit noch von Kaffalle als einem Gesinnungsgenossen pekuniäre Unterstützung angenommen hat. Nur schlie ß ihm die tiefere historische und politische Bildung —, und in der Einsamkeit seiner Festungszelle verschoben sich ihm die Dinge. Er verurteilte die Haltung der Bourgeoisie in der Märzrevolution ganz so und aus den gleichen Gründen, wie Marx und Kaffalle, aber nun sah er die feudale Gegenrevolution am Werke, und die revolutionären Aufgaben der Bourgeoisie drängten sich ihm auf. Er schreibt am 15. Februar 1857: „daß dem Feudalismus gegenüber die Bourgeoisie selbst eine Stufe in der Demokratie ist, hat die Bourgeoisie gar nicht verstanden; sich selbst hat sie nicht einmal begriffen. . . . Verleugnet nun die Bourgeoisie, wie Petrus, ihren Meister und Herrn, so sündigt sie gegen den Geist der Geschichte, als dem heiligen Geist; die einzige Sünde, welche nicht verziehen wird; und darum wird, wenn sie in dieser blödsinnigen Selbstsucht verharzt, die Geschichte auch über sie zur Tagesordnung gehen.“ Aber Veder fügt hinzu: „Ich glaube sagen zu können, daß es in Deutschland nicht Manchen giebt, welcher der Bourgeoisie eine so hohe Bedeutung zuschreibt, wie ich“, und bald darauf schreibt er: „So weit der Wahnwitz der Kanaille der materiellen Interessen dringt, so weit verandert sich das moralische Gesicht des Jumentums.“ Von dem beschränkten und einseitigen Standpunkt seiner Festungszelle aus, wo er allen Jammer der feudal-polizeilichen Zerkleinerung täglich in tausend Redelstücken spürt, wird ihm die durch die Bourgeoisie verlorperte Stufe der Demokratie immer bedeutungsvoller, und da er in seine theoretisch-wissenschaftliche Vergabung die härtesten Zweifel setzt, auch „laum etwas Klüglicheres und Aufrechteres kennt, als jenes wohlfeile Märtyrertum der am Boden schleichen den moralischen Schleichheit“, so macht er sich mit dem Gedanken vertraut, zur Ueberwindung — der Gegenrevolution wirkliches Mitglied der Kanaille der materiellen Interessen zu werden. Es ist leicht einzusehen, wie sehr sich diese Disposition bei Veder steigern mußte, als er auch nach seiner Entlassung den nichtswürdigsten politischen Verfolgungen ausgesetzt blieb, während die Bourgeoisie in der be-

ginnenden preussischen Konfliktzeit die „blödsinnige Selbstsucht“ endlich abzustumpfen schien.

Insofern ging es mit Veders Umwandlung in einen liberalen Bourgeoispolitiker sehr menschlich zu, und ein geschickterer Biograph hätte aus Veders Briefen und Manuskripten auch wohl ein menschlich ansiehendes Bild entwerfen können. Das Schlimme war nur, daß sich die „Kanaille der materiellen Interessen“ nicht mit einer ironischen Verbenung abspeisen ließ. Sie präferierte pünktlich ihren Schein, zum erstenmal, als Veder in der schäbigen Hege gegen Kaffalle mit seiner „Rheinischen Zeitung“ an der Spitze marschierte, dann wieder und wieder, bis Veder nach 1870 auch der liberalen Bourgeoisie in die Klanten fiel, durch „Verleihung hoher Orden“ ausgezeichnet, wiederholt im Berliner Schloß zur Tafel befohlen und sonst ein Trabant der Bismarckerei wurde, wie sein Biograph mit vollen Waden ausposaunt. Herr Hadenberg schließt salbungsvoll: „Jesus Christus, gestern und heute, und derselbe auch in Ewigkeit“, womit hoffentlich nicht gesagt sein soll, daß der „rote Veder“ auf seine alten Tage auch noch zum Mäder geworden sei.

Reinhold Koser, König Friedrich der Große. Zweiter Band, erste Hälfte: Friedrich der Große im siebenjährigen Kriege. Stuttgart 1900, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf. 398 Seiten.

Herr Koser ist der Direktor der preussischen Staatsarchiv und gebietet als solcher für seine Biographie Friedrichs II. über ein erschöpfendes Aktenmaterial. Er begann im Jahre 1886 mit einem kleinen Bande über Friedrich als Kronprinzen; dann folgte mit mehrjährigen Pausen der erste Band in zwei Hälften, von denen die erste die beiden schlesischen Kriege, die zweite die Friedenszeit von 1746 bis 1756 behandelte. Die eben erschienene erste Hälfte des zweiten Bandes bringt nun den siebenjährigen Krieg.

Sie verdient alles Lob sowohl wegen der klaren und übersichtlichen Zusammenfassung der meist sehr verwickelten diplomatischen und kriegerischen Ereignisse, als auch wegen ihrer durchaus ehrlichen und nächsten Darstellung. Wenn Herr Koser sich in der ersten Partie seines umfangreichen Werks manchmal noch allzu befangen in der preussischen Legende zeigt, so haben wir in den vorliegenden Abschnitten davon kaum noch nennenswerte Spuren gefunden. Seine ganze historische Auffassung ist eine andre, als die unsre, aber das hindert nicht, sondern gebietet vielmehr, anzuerkennen, daß er von seinem Standpunkt aus den Dingen mit subjektiver Wahrhaftigkeit gerecht zu werden sucht, und eine Menge patriotischer Märchen, die sich noch bei Treitschke und Freytag und ähnlichen Historikern findet, rücksichtslos über Bord geworfen hat, so den geweihten Hut und Degen, womit der Papst den österreichischen Feldmarschall Daun für den Ueberfall bei Podulitz ausgezeichnet haben soll, so den Briefwechsel zwischen der Marquise Pompadour und der Kaiserin Maria Theresia, so noch manches andre, was der alte Freytag unter richtiger Spekulation auf den beschränkten Unterthanenverstand seiner Vorleser erfinden hat, um seine Feinde lächerlich zu machen. Man darf wohl sagen, daß mit Kosers Arbeit alle früheren Darstellungen des siebenjährigen Krieges, so viele es ihrer geben mag, überholt werden sind.

Es geht trotz alledem und alledem vorwärts, und die Lage der federicantischen Legende, der noch Kaffalle gelegentlich seinen Tribut gezahlt hat, sind unabweislich gezählt. Sie hat in den letzten Jahrzehnten noch manche krampfhaften Anstrengungen gemacht, sich zu behaupten, sei es in der Fäulnis Verbarbis, wonach Friedrich die napoleonische Strategie und Taktik vorweg genommen, sei es in der Fassung War Lehmanns, wonach der preussische König den siebenjährigen Krieg nicht oder nicht bloß in der Verteidigung begonnen, sondern zugleich eine Eroberung Sachsens beabsichtigt habe. Krampfhaft waren diese Anstrengungen, weil sie im günstigsten Fall aus Friedhof nicht einen Helben, sondern einen todenden oder auch todlosen Thoren gemacht hätten. Koser läßt sich auf derlei phantastische Sprünge nicht ein; er schildert den siebenjährigen Krieg als das, was er gewesen ist, als einen Vertheidigungskampf um die Behauptung der schlesischen Eroberung, als einen Kabinetts- und Soldnerkrieg, der ganz in den Formen der damaligen Kabinetts- und Soldnerriege geführt wurde. Er war weder ein nationaler noch ein religiöser Befreiungskampf; nicht lag dem preussischen König ferner, als die nationalen und religiösen Interessen, die ihm so oft angedichtet worden sind. Ihm kam es allein auf die Erhaltung seiner Hausmacht an, und für diesen Zweck hat er zweifellos ein beträchtliches Maß von Seelenstärke aufzubieten gewußt, wobei man nur nicht vergessen darf, daß es amnütiger und für die gestiftete Menschheit unendlich fruchtbarere Arten von menschlichem Helben-tum giebt.

Koser meint, der siebenjährige Krieg habe die Großmachtstellung Preussens nicht geschaffen, aber wider alle Ansetzungen und Zweifel erhärtet und zur Anerkennung gebracht. Es sei die „erste nationale Kraftprobe“ gewesen, und habe als solche fortgewirkt; „in dem Augenblick, da Deutschland sich entschloß, der preussischen Führung zu folgen, sind die alten deutschen Ehren wieder allen Deutschen nach gleichem Maß zu teil geworden.“ Dagegen läßt sich nicht viel einwenden, wenn man in dem heutigen preussischen Reiche deutscher Nation die gipfelnde Entwicklungsstufe eines großen Kulturvolkes erblickt. Wer diese Auffassung nicht teilt, wird den siebenjährigen Krieg mit anderen Augen ansehen. Es seien hier nur zwei Gesichtspunkte hervorgehoben. Zunächst hat der siebenjährige Krieg die deutsche Nation, die sich eben von den Grenzen des dreißigjährigen Kriegs zu erholen begann, von neuem entsehrlich verheert, nach Friedrichs eigener Annahme sogar nicht weniger als der dreißigjährige Krieg; auch nach Kosers eigener ehrlicher Darstellung ist die „erste nationale Kraftprobe“ eine völlige Ausblutung und Andranbung der deutschen Nation gewesen. Es hat keinen Sinn, zu fragen: Ja, sollte sich Friedrich nicht verteidigen, wenn er angegriffen wurde? Die Frage wäre ohne weiteres durch die andre Frage abgetrunft: Weshalb hat Friedrich durch die Eroberung Schlesiens den ganzen Lanz bekommen? Mag man wie immer zur vorrussischen Hegemonie über Deutschland stehen, so ist daran kein Zweifel möglich, daß die deutsche Nation gleich die Anfänge dieser Hegemonie mit einem furchtbaren, bis auf den Tod erschöpfenden Werdach zu büßen gehabt hat, mit einem Werdach, der freilich auch erklärt, weshalb das deutsche Volk sich in dem Revolutionszeitalter mit einer so überaus Mäglischen Rolle bescheiden mußte.

Dann aber ist die vorrussische Hegemonie über Deutschland nicht zu haben gewesen ohne die russische Hegemonie über Europa. Im siebenjährigen Krieg konnte die russische Politik dem preussischen Könige mehr als einmal den Gnadenstoß geben, aber sie hat diesen Stoß nicht geführt, weil die Erhaltung des preussisch-österreichischen Dualismus ihren barbarischen Eroberungsinstenzen viel günstiger war, als die Zurückdrängung der preussischen Hausmacht auf die Grenzen eines ohnmächtigen Zwergdespotismus. Der siebenjährige Krieg hat dem asiatisch-barbarischen Jarentum querst die Thore der europäischen Politik geöffnet, und Friedrich ist aus diesem Krieg nur als russischer Vasall hervorgegangen, was er selbst oft genug schmerzlich empfunden hat. Wären die Verdienste der vorrussischen Hegemonie über Deutschland viel weniger fragwürdig als sie thatsächlich sind, sie wären dennoch zu teuer erlanft worden durch die russische Hegemonie über Europa, die den europäischen Kulturvölkern ein Meer von Blut und Thränen gekostet hat und noch unendlich viel kosten wird, ehe sie für immer der historischen Vergangenheit angehört.

Prozess v. Kriegsheim und Genossen.

Fünftehnter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Böcker wird noch ein vom Rechtsanwalt Schneider geladener Zeuge vernommen, von dessen Aussage die Verurteilung Wiemann wegen Untreue in dem einzigen vom Staatsanwalt aufrechterhaltenen Fall der Untreue abhängt. Wiemann soll einen Wechsel des Zeugen, den er diskontieren sollte, nicht seinem Auftrag entsprechend verwertet haben. Da die vorgestern erfolgte Aussage des Zeugen zu Ungunsten Wiemanns ausgefallen war, hatte Rechtsanwalt Schneider die nochmalige Vernehmung des Zeugen für notwendig erachtet, weil er meinte, daß ein Mißverständnis obwaltete. — Die nochmalige Vernehmung des Zeugen fällt zu Gunsten des Angeklagten Wiemann aus. Der Zeuge behauptet insbesondere, daß er mit Wiemann wiederholt solche Gespräche gemacht habe und es ihm gleich gewesen wäre, was Wiemann mit dem Wechsel gemacht hätte, wenn er nur sein Geld bekomme. — Staatsanwalt Dr. Kleine erklärt, daß es trotz dieser Zeugen-aussage seinen Ausführungen nichts hinzuzusetzen habe. Es sei sehr auffallend, daß Wiemann mit seinem Gewande, der nur oberflächlich und entscheidender Bedeutung sei, in letzter Stunde gewissermaßen vor Thronschläg komme. — Hierauf richtet der Vorsitzende noch einmal eindringliche Worte an den Angeklagten v. Kriegsheim, um ihm nochmal einen

Nat. in letzter Stunde

zu geben. Sie sind — so bemerkt der Vorsitzende — meinem Erachten, und die volle Wahrheit zu sagen, nicht wackelhaft. Sie wissen, welche Strafe der Staatsanwalt gegen Sie beantragt hat, und das Gericht wird darüber zu befinden haben, wie weit die von der Verteidigung bezüglich der Strafart geltend gemachten Gründe zutreffen. In den leitenden Gesichtspunkten wird aber auch Ihre Verhältnisse gegenüber den jungen Offizieren zu berücksichtigen und Sie werden sich selbst sagen müssen, daß die Strafe für jemand, der Geld hehlt und doch Leute in betrügerischer Absicht schädigt, höher ausfällt, als gegen jemand, der aus Not handelt. Nun behaupten Sie, daß Sie bei der Gründung der Bank das Geld zur Einzahlung des Stammkapitals gehabt haben. Sollte Ihnen dies geklärt werden, so würden Sie vielleicht dadurch von einigen Wochen Gefängnis befreit werden, auf der andern Seite könnten Sie vielleicht Monate und Jahre mehr erhalten, wenn man erkennt, daß Sie als ehemaliger Offizier sich nicht gekümmert haben, junge ehemalige Kameraden auszubilden, obwohl Sie Geld besaßen; dies könnte möglicherweise auch für die Fragen von Einfluss sein, ob Ihnen für eine andere, allerdings längere Zeit zurückliegende Straftat mildernde Umstände zuzubilligen sind. Ich will Sie keineswegs hineinlegen oder auf eine bestimmte Forderung festlegen, aber ich möchte Ihnen doch raten: Enden Sie nicht alles auf eine Karte zu setzen, spielen Sie nicht va banque, der Verlust könnte für Sie unermesslich sein! — Der Angeklagte bleibt dabei, daß er das Geld tatsächlich eingelegt habe, daß aber in dieselbe Zeit größere Zahlungen seien, die er leisten mußte. — Rechtsanwalt Böcker plädiert nochmals für Billigung mildernder Umstände.

Das Urteil.

Die Verurteilung des Gerichtshofs dauert sechs Stunden. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Böcker verkündet das Urteil dahin:

Der Angeklagte v. Kriegsheim ist schuldig des Betrugs in 3 Fällen, der schweren und der einfachen Untreue fälschung, der Untreue und des Vergehens gegen das Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und der Unterschlagung in je 1 Fall und wird zu 6 Jahren Gefängnis unter Aufsicht von 1 Jahr Untersuchungshaft, 500 M. Geldbuße event. noch 30 Tagen Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt;

Der Angeklagte Wiemann ist der Untreue in einem und des Betrugs in zwei Fällen schuldig und wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, diese Strafe aber für verflücht erachtet.

Zur Strafmäßigkeit und zur Strafmäßigkeit äußert sich der Vorsitzende dahin: Der Gerichtshof hat lange erwogen, ob v. Kriegsheim wegen des Verbrechens der schweren Untreue fälschung mildernde Umstände bewilligt werden sollen. Das Gericht hat nicht verkannt, daß das Ergebnis der Hauptverhandlung ihn in einem ganz besonders ungünstigen Lichte hat erscheinen lassen. Er entstammt einer angesehenen Familie und hatte allerdings das Unglück, seinen Vater früh zu verlieren, und das zweifelhafte Glück, das Verlöbtekind seiner Mutter zu sein. In seiner Erziehung mag daher wohl manches verfehlt worden sein; aber er war Offizier und ist in den Instanzen, die er bekleidete, in den Grundfragen der Ehrenhaftigkeit erzogen worden. Er ist durch die allerdings selbst verschuldeten miltären Verhältnisse, durch seinen leidenschaftlichen Lebenswandel in Schanden und dann auf die Höhe der stolzen Handlungen gedrängt worden. Obwohl er das seiner Mutter auf dem Sterbebett gegebene Versprechen, ein ordentlicher Mensch zu werden, pietätlos gebrochen und den ihm von seinem Vater hinterlassenen aufständigen Namen mit Schmutz und Schmach bedeckt hat, hat der Gerichtshof doch erwogen, daß der Angeklagte, wenn er zur rechten Zeit abgewandt worden wäre, damals zweifellos mildernde Umstände erhalten haben würde. Der Gerichtshof will den Angeklagten nicht darunter leiden lassen, daß seine Vergehungen erst nach einer Reihe von Jahren abgeurteilt werden, und hat ihm deshalb mildernde Umstände bewilligt.

v. Kriegsheim erklärt sich fider die event. Einlegung eines Rechtsmittels nicht, Rechtsanwalt Schneider erklärt namens des Angeklagten Wiemann, daß dieser gegen das Urteil Revision einlege.

Die Verhandlung ist hiernit beendet. Die Sitzung wird geschlossen.

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung vom Freitag. In der gestrigen Magistratsitzung, welche infolge der Erkrankung des Oberbürgermeisters Kirschner unter Vorsitz des Stadtrats Haack stattfand, lag dem Kollegium eine Petition von einigen dreißig Bau-Arbeitern der Hochhaus- und Tiefbau-Verwaltung, sowie der städtischen Feuer-Societät vor, in welcher die Bitte ausgesprochen wird, der Magistrat wolle Vorträge über Elektrizität, wie solche von dem Direktor der ersten städtischen Handwerker-Schule, Professor Dr. Schumanns, dieselben vor städtischen und städtischen Komitees gehalten werden, einrichten lassen. Das Magistratskollegium hat beschlossen, dem Antrag nachzugeben und die erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Mit dem Neubau der 74/79. Gemeindefchule in der Lychenstraße soll durch Beschluß des Magistratskollegiums die Errichtung eines neuen Ständesaals verbunden werden. Der Ständesaal-Bezirk 10 B zählt jetzt bereits 100 700 Einwohner und werden dort jährlich ca. 8500 Ständesamts-Alte vollzogen. Es soll daher dieser Ständesamts-Bezirk geteilt werden in einen westlichen und östlichen Teil, welche alsdann 51 200 und 49 500 Einwohner zählen werden.

Infolge der Petition zahlreicher Bewohner des Halleschen Thorbezirks, dort ein Gymnasium zu errichten, hat das Magistratskollegium beschlossen, die Prüfung dieser Frage einer Magistratskommission zu überweisen. Derselben Kommission ist auch die Petition betreffend die Errichtung einer höheren Mädchenschule im Norden Berlins zur Vorprüfung überwiesen worden.

Nun Direktor der 12. Realschule hat das Magistratskollegium den Oberlehrer Professor Dr. Welter an der 1. Realschule gewählt.

Der Kaiser hat nunmehr zu der von den städtischen Behörden beantragten Forderung von Zuschüssen für eine in der Abteilung VII des Bebauungsplanes (Moabit) in der Verlängerung der Wissnauerstraße zwischen der Straße III-Moabit und

dem Gelländer Ufer anzuliegenden neuen Straße 15a die Genehmigung erteilt.

Der Verein der Berliner Grundbesitzer „Erdbe" strebt die Herstellung einer Dampfer-Anlegestelle am linken Spree-Ufer im Zuge der Pflaferstraße an und hat zu diesem Zweck die Mitwirkung der zuständigen Behörden angeregt.

Lokales.

Die Berliner Lokalkommission

besteht aus folgenden Mitgliedern:

- I. Wahlkreis: W. Manasse, Neue Grünstr. 15.
- II. Wahlkreis: H. P. Müller, Hohenstraße 51, Oranienb. IV.
- III. Wahlkreis: H. P. Müller, Hohenstraße 51, Oranienb. IV.
- IV. Wahlkreis: W. News, Grünstr. 6, 2. H. I. Aufg. 1.
- V. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Weinbergstr. 66, v. IV.
- VI. Wahlkreis: Emil Hofin, Reichshagenstr. 29, v. IV.
- VII. Wahlkreis: (S. D.) Karl Scholz, Wronkestr. 110, part. (Erdbe.)
- VIII. Wahlkreis: (für Treptow.) Richard Gabelbach, Grenzstr. 16, Seitenstr. II.
- IX. Wahlkreis: (S. D.) O. Blume, Gubenstr. 6, part.
- X. Wahlkreis: O. Galle, Köpenickerstr. 8, vorn II.
- XI. Wahlkreis: Wilhelm Spät, Weinstr. 28, part.
- XII. Wahlkreis: Gustav Niße, Gohlisstr. 28/29.
- XIII. Wahlkreis: Karl Fischer, Weinstr. 9 (für Moabit).
- XIV. Wahlkreis: J. Kaiser, Plöbnerstr. 20, part. (für Oranienburger Vorstadt und Wedding).
- XV. Wahlkreis: W. Gahmann, Grünhaldenstr. 65, (für die Köpenicker Vorstadt und Gesundbrunnen).
- XVI. Wahlkreis: O. Wilmann, Weidenerstr. 11, Seitenstr. III, (für die Schönhauser Vorstadt).

Alle Anfragen sowie Briefsendungen sind an den Obmann Karl Scholz, Wronkestr. 110, part. zu senden.

Der Reichstag im Wintergarten.

Dankbarkeit ist auch in Spezialitäten-Theatern eine schöne Tugend. Höchst wirkungsvoll hatten einige Reichstoten bei Beratung der Lex Heinze reichlich in Ermangelung eines tauglicheren Objekts der zehnten Minute eine Szene gemacht. Dafür zeigten sich die Direktoren Dorn und Baron erkenntlich. Sie sandten jedem Abgeordneten ohne Respektierung der Fraktionszugehörigkeit zwei Eintrittskarten sowie ein höfliches Schreiben zu, das in beschönerter Fassung die Bitte enthielt, sich durch Anwesenheit an einer Vorstellung persönlich davon zu überzeugen, wie folgend sich auch das Urteil in den affizierten Gedanken des Reichstages wiederfinden würde.

Einzelne Reichstoten ließen die Bitte einfach liegen. Stuhl, sagten sie, wenn keine Separatvorstellung ist! Mit dem einfachen Wintergarten konnten wir doch am Montag selbst den Vorlesung des Bundesrats nicht mehr imponieren. Sollten einige mirer vorlebenden Brüder doch gar den Salzhessert der Amoralie in der trauten Heimat viel bequemer und vor allem viel billiger genießen können.

Die Reichstoten, die so dankbar und danach handelten, waren in der Minderzahl. Allerdings, vom Centrum wollte man anfangs auch in diesem Falle nicht, wie es sich stellen werde. Im allgemeinen aber wurde das freundliche Schreiben der Direktion als Gelegenheit angesehen, auch der Familie einmal etwas zukommen zu lassen; und als Resultat zeigte sich Donnerstagsabend, daß die ausgedehnte Terrasse, die für den Reichstag reserviert gehalten wurde, nicht allein von erlauchten Männern, sondern auch von holden Frauen und Jungfrauen bis auf den letzten Platz besetzt war.

Es ist eine reife, hausbackene Wahrheit: Was im allgemeinen heute in unsern vornehmen Spezialitäten-Theatern geboten wird, kann auch die letzte Duetto hören und sehen, ohne ihre Tugend im geringsten zu komponieren. Zu lieber Himmel, gewiß wird hier und da einmal ein leicht gewieftes Couplet vorgetragen. Aber dieser Hauptgout ist raffiniertes Parterre, und das liegt auch der höheren Tugendbildung zu hoch. Inger solchen Versuchen mit unzulänglichen Mitteln am meist unzulänglichen Objekt giebt es ein bühnen englisches Genie in Kostümen, die auf einem aristokratischen Maskenball gewiß wegen ihrer Decenz belächelt würden. Tropen- und Verrenkungsstücke in mannigfachen Variationen, einen Taktspiel, der wegen seiner Fähigkeit, Händmarckende aus der Luft zu greifen, von Reich wegen zur Deduktion der Notentlofen konfiszieren werden sollte, und am Schluß der Biographien mit ganz neuen Bildern von geradezu überausendem Patriotismus.

Schon längst waren die Reichstoten in gelindes Gähnen verfallen. Teilweise wurde die Mühseligkeit durch robusches Schelten auf die in der That keinen Bierpreise in Gang gehalten; bei anderen Gemütern knirschte ebrlicher Verlegenheit darüber, daß sich auf einer derart in Betreff gebrochene Bühne eine so bedeutliche Fleischnot kundgab.

Am besten, so hieß es, habe sich das Centrum wieder von seinem Zustinkt leiten lassen, nachdem bekannt geworden war, daß hier die Karteihäupter nach langem Hin und Her ihre Getreuen durch das Kundschiltel einer Fraktionierung vor einer zu Entwürdnung führenden Veramtschaft mit dem Satan bewahrt hatten. Die wenigen Centrumsmittglieder, die der Reingilde ihres weiblichen Anhangs zuliebe das Gebot der Oberen übertreten hatten, stimmten steigend der Beledigung ihrer Fraktion bei.

Unabhängig lernte sich die Terrasse, deren Psychonomie übrigens, wie ausdrücklich bemerkt sei, von der der übrigen Plage kaum merkbar abfiel.

Ueber die Bemerkung des Wintergartens war man sich in allen Fraktionen einig:

„Und für den See haben wir solche Kellame gemacht!“

Vom Gewerkschaftshaus.

Die Gesellschaft m. b. H. Gewerkschaftshaus hielt am Mittwoch ihre zweite ordentliche Generalversammlung ab. Sassebach erstattete als Geschäftsführer den Jahresbericht. Die Bilanz wurde auf Antrag des Aufsichtsrats einstimmig genehmigt. Aus den Kundschilteln von Sassebach ist erwandendwert, daß der Bau so weit gefördert ist, daß die Eröffnung sicher am 1. April erfolgen kann. Auf die Zile sind Beschreibungen bereits für die Osterfeiertage angenommen, ja es sind Bestellungen schon bis zum Oktober 1901 eingegangen. Dagegen läßt die Vermietung noch zu wünschen übrig. Wenn auch bei weitem die Mehrzahl der Räume bereits vermietet sind, so ist doch noch eine ganze Anzahl ungelegener Räume zu belegen. Es wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß zunächst ein großer Saal so eingerichtet werden soll, daß eine ganze Anzahl von kleineren Gewerkschaften dort ihre Arbeitsnachweise aufschlagen können. Der Preis für den Platz soll inkl. Heizung, Beleuchtung und Heizung 10 M. pro Monat betragen. Der in das Auge springende Vorteil für die Arbeitsnachweiser besteht darin, daß sie nicht mehr unter dem Druck stehen, etwas zu verzehren, wie bei den Arbeitsnachweiser, die in Wirtschaften ihren Sitz haben. Esandach hob hervor, daß die Gewerkschaften, die noch der Gesellschaft beitreten wollen, sich möglichst umgehend melden sollen, damit sie mit den bereits gemeldeten gemeinschaftlich zur Eintragung in das Handelsregister gebracht werden können. In den Aufsichtsrat werden die bisherigen Mitglieder Gehold und Krons wiedergewählt. An Stelle von Niße, dem die Leitung der Herberge übertragen ist und der als Angestellter der Gesellschaft nicht wieder wählbar ist, fiel die Wahl auf Sillier. Zum Schluß forderte der Geschäftsführer Willarg zur Bewilligung des Gebäudes auf. Am geistigsten, besonders für Gruppenbesuche, ist der Sonntagvormittag. Meldungen nimmt der Geschäftsführer Hagen, Mustanersstr. 14, entgegen.

Berlin im Schnee.

Ein Schneesturm, wie es seit Jahren nicht dagewesen, hat am Freitag die Reichshauptstadt heimgesucht. Von der zehnten Stunde an wirbelten die Wolken dicht vom Himmel hernieder, und ein heftiger Sturm trieb den Schnee in den Straßen bald zu dichten Haufen zusammen. Selbstverständlich versagte auch in diesem Fall der Straßenbahnverkehr der Großen Berliner vollständig. Die Straßen waren sogar noch weit ausgebeutet und furchtbarer als diejenigen im Dezember. Nachdem es am Donnerstag bereits geschneit hatte, versagte nachmittags die Akkumulatoren fast völlig den Dienst. Gegen 3 Uhr sammelten sich lange Wagenkolonnen vom Potsdamer Platz aus die Leipzigerstraße entlang an. Bald darauf blieben zwei Akkumulatorenwagen in der Friedrichstraße an der Kochstraße hängen und eine solche Reihe verschiedener Straßenbahnwagen wühlte sich die Koch- und die Charlottenstraße entlang bis zum Gendarmenmarkt an. Um 1/2 12 wurde der Verkehr von der Potsdamerstraße aus nach der Leipzigerstraße eingestellt und zu derselben Zeit reichte sich eine Wagenkette, bestehend aus 22 Akkumulatorenwagen, vom Spittelmarkt aus durch die Leipziger- und die Charlottenstraße bis zur Zimmerstraße auf. Am diese Zeit war jeder elektrische und Pferdebahnverkehr im Innern der Stadt für mehr als eine halbe Stunde unterbrochen.

Um 4 Uhr wurde vom Orde gegeben, daß der Akkumulatorenbetrieb durch die Leipziger, Charlotten-, Bernauer- und Köpenickerstraße völlig einzustellen sei. Die für diesen Betrieb in Frage kommenden Linien wurden einerseits bis zum Spittelmarkt, andererseits bis zum Wilhelm-Platz resp. Potsdamer Thor geführt. Gegen 1/2 12 Uhr konnte dann der Pferdebahnverkehr durch die Leipzigerstraße in der Richtung nach dem Leipzigerplatz wieder aufgenommen werden, im entgegengesetzten Richtung blieb jedoch der Betrieb bis gegen 6 Uhr gesperrt.

Die Schuld an diesen schandvollen Vorläufen trägt auch diesmal wieder zweifellos die Betriebsleitung. Die Pferdebahnwagen führen zum größten Teil bis gegen 1 Uhr ohne Vorspann. Da die ernannten Tiere sich vielfach nicht mehr vorwärts zu schleppen vermochten, mußten zahlreiche Wagen auf offener Straße ausgesetzt werden. Auch die Salzfremaschinen sind wiederum nicht in Thätigkeit getreten, wenigstens verfügten zahlreiche Schaffner und Wagenführer, daß die Salzwagen nicht gefahren hätten. Insbesondere war auch keine Spur auf den Gassen von dem Schneeschmelzmittel zu erblicken.

Auch die Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft hatte außerordentlich unter dem Schneesturm zu leiden.

Der einzige Betrieb, der glatt aufrecht erhalten werden konnte, gehörte der Straßenbahn Siemens u. Halsted. Diese hat freilich eine gewisse Maschine einlegen müssen, da die von einer einzigen erzeugte Kraft (300 Volt) nicht ausreichte. Dies hat allerdings einen Kostenanwand verursacht, der die Einnahmen weit übersteigt; dafür hat aber die Bahn die Genugthuung der großen Leistungsfähigkeit.

Besondere Vorkommnisse sah man nachmittags auch bei der neuen Omnibus-Gesellschaft, die etwa die Hälfte Wagen aussetzte, die einspannigen zweispännig und die zweispännigen dreispännig fahren ließ. Die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft legte dagegen den für die Pferde nicht zu bewältigenden Betrieb fort, mußte sich dafür aber gefallen lassen, daß Mitglieder des Tierzüchtersvereins mit polizeilicher Hilfe Fahrgäste zum Aussteigen zwangen und die ernannten Gespanne nach den Wagenplätzen hinwegfahren ließen. Auch die Droschken-Führer zogen eine große Anzahl Wagen ein, um zweispännig wieder auf der Straße zu erscheinen.

Der Eisenbahnverkehr fungierte im ganzen ohne erhebliche Verhinderung. Nur der aus Hannover früh eintreffende D-Tag hatte eine solche von 70 Minuten.

Zahlreiche Unfälle durch die Glätte wurden gemeldet. Der rechte Oberarmel brach vor seinem Hause auf dem Bürgersteige der 70jährige Arbeiter Karl G. aus der Spreestraße zu Charlottenburg. In der Friedrichstraße erlitten zwei Personen durch Sturz auf dem glatten Pflaster Arm- und Beinbrüche. Alle Verunglückten fanden in der nächsten Unfallstation die erste Hilfe.

Der deutsche Kaiser und die deutsche Kunst. Ueber das Schicksal des Schillerpreises, der am 10. November v. J. wieder nach Ablauf von drei Jahren fällig gewesen wäre, hatte bisher nichts verlautet. Wie nun das „Lit. Echo“ mitzuteilen weiß, hat die im November in Berlin verammelt gewesene Kommission mit großer Stimmenmehrheit Gerhart Hauptmanns „Verjüngte Wölfe“ zur Preisbewerbung vorgeschlagen, daß hier Antrag die kaiserliche Genehmigung nicht gefunden. Der Preis kommt jedoch, wie schon öfters, überhaupt nicht zur Verteilung und wird dafür im Jahre 1902 in doppelter Höhe — 6000 M. — vergeben werden, vorausgesetzt, daß sich dann ein deutscher Dichter findet. Vor drei Jahren war bekanntlich Gulda mit seinem „Talisman“ in derselben Lage, wie heute Gerhart Hauptmann.

Das ärztliche Jüngertum. Uns wird geschrieben: Der Geschäftsanführer der ärztlichen Landesvereine wandte sich im vorigen Jahre an das Polizeipräsidium mit einer Beschwerde darüber, daß im Verzeichnis der Krankenkasse des Hilfsvereins für weibliche Angestellte drei im Auslande approbierte weibliche Ärzte verzeichnet seien. Jetzt geht der Geschäftsanführer abermals gegen die Beschäftigung weiblicher Ärzte bei dieser freien Hilfskasse vor. Er sahnte den Beschluß, das Polizeipräsidium, als Aufsichtsbehörde der freien eingeschriebenen Hilfskassen, darauf aufmerksam zu machen, daß trotz der laut Mitteilung an den Geschäftsanführer vom 1. September 1899 erfolgten Anweisung an den Vorstand der Krankenkasse des Hilfsvereins für weibliche Angestellte (eingeschriebene Hilfskasse Nr. 105) zu Berlin, die im Verzeichnis der Kasse mitaufgeführt sind drei Damen zu streichen, das Verzeichnis der Mitgliederarten des Vereins für das I. Quartal 1900 die Namen der drei Damen enthält. — Dieser, der „Voss. Ztg.“ entnommenen Nachricht ist ergänzend hinzuzufügen, daß die Krankenkasse des Hilfsvereins gegen die Anweisung des Polizeipräsidiums vom 1. September 1899 sofort Meines erhoben hat, der zwar abfahlig beschleiden, jedoch in erweiterter Form alsdann an das Handelsministerium gerichtet worden ist. Von dort aus ist bisher keine Entscheidung erfolgt, folglich ist der Hilfsverein für weibliche Angestellte berechtigt, bis zum Erlaß einer solchen die weiblichen Ärzte in seiner Krankenkasse beizubehalten. Der Hilfsverein bietet seinen Massenangehörigen seit langen Jahren der Wohlthat weiblicher Ärzte; die Motive, welche die Vertreter der ärztlichen Landesinteressen dazu führen, ihm diese Möglichkeit zu verweigern, liegen klar zu Tage; es sind dieselben, welche auf Verletzung und in anderen Berufsversammlungen häufig einen so „idealen“ Ausdruck gefunden haben. Der Verein für Frauenstudium bringt am 29. Februar die Angelegenheit vor das Forum einer öffentlichen Volksversammlung.

Die Stadtverordneten Läden und Genossen haben in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung beantragt, den Magistrat zu ersuchen, eine Summe von 50 000 M. bereit zu stellen, um Beamte, Techniker, Arbeiter und Handwerker aus den städtischen Betrieben nach Paris zur Beschäftigung der Weltausstellung schicken zu können. Was hier erst erstrebt wird, ist in der jungen Nachbarstadt Schöneberg belamlich schon durchgeführt worden.

Die Kammer des Reiches. Gingen die Behörden gegen kapitalistische Unternehmungen vom Schlage der „Großen Berliner“ auch nur annähernd mit dem Ufer vor wie gegen die Kultur-Bewegung der Massenbewegten Arbeiter, so hätten sich gewiß schon zahlreiche Gelegenheiten gefunden, die Direktion des größten Verkehrs-Instituts der Verwaltungsmänner zu entgehen und den Betrieb zum Wohle des Publikums wie der Angestellten in kommunale Regie zu nehmen. Die Erfahrung aber, daß die Behörden hier aus erklärlichen Gründen einen belagerten Mangel

an Energie zeigen, hat die Straßenbahndirektion so übermäßig gemacht, daß sie eine unerkennbare Freude darin findet, auch den Fernenden den Fuß — in diesem Falle einen schmerzhaften Pfedelitz — auf den Boden zu legen.

Wegen Umbauung des Pferdebahnbetriebs in elektrischen Betrieb hat die Direktion der Straßenbahnen kürzlich die Gemeinde Zeitzense um Mitteilung von der Gemeinde zu bestimmten Bedingungen ersucht. Derselben Verlangen kam die Gemeinde nach kurzer Hand beizutreten die Gesellschaft darauf die gezielten Bedingungen als unannehmbar und partei die Gemeinde wie folgt an:

„Sollte die Gemeindeverwaltung auf dem von ihr eingenommenen Standpunkt beharren, so wird die Gesellschaft nicht dabei zurückzuführen, von der Weichbildgrenze ab den Pferdebahnbetrieb aufrecht zu erhalten. Des aus § 70 der Gewerbeordnung hervorgehenden Rechts, bei der Festsetzung der Fahrpreise mit zu bestimmen, hat die Gemeinde sich durch den 1892 mit der Gesellschaft geschlossenen Vertrag begeben.“

Frühere Ländchen sind jetzt schwer. In der That hat sich damals die Gemeinde, so weit die durch die Langhausstraße gebundene Linie in Betracht kommt, jedes Rechts, auf die Gesellschaft einzumischen, bis zum Jahre 1922 entäußert.

Worin ist jetzt eine Kommission eingesetzt worden, um durch mündliche Verhandlungen das Aussehen der Gemeinde zu retten, aber das wird ohne Nutzen sein. Frohlockend wird die Gesellschaft auf ihren Schein bestehen.

Auf diesem Wege ist der Direktion, die in anderer Weise standlos ihrer Pflichten verfährt, nicht beizukommen. Dazu bedarf es rücksichtsloser Energie vor allem von Seiten der Berliner Kommunalbehörde, und diese ist bekanntlich für so etwas nicht zu haben.

Und daher werden wir wieder das erbärmliche Schauspiel erleben, daß die „Große Berliner“ nicht allein mit Substanz und Angehörigen, sondern auch mit den Behörden Handball zu spielen sucht. Sie kann sich's leisten.

Bei der Ermittlung der Bevölkerungszahl Berlins durch Fortschreibung muß zu den gemeldeten Fortzügen wegen der Unvollständigkeit der Meldungen ein bestimmter Zuschlag gemacht werden. Dieser Zuschlag war, nachdem die Volkszählung von 1895 eine weit hinter dem Fortschreibungsergebnis zurückbleibende Bevölkerungszahl ermittelt worden war, für die männlichen Fortgezogenen von bisher 12,910 Proz. auf über 22 Proz., für die weiblichen von 2,095 Proz. auf über 16 Proz. erhöht worden.

Die Vergleichung des Fortschreibungsergebnisses mit den Ergebnissen der im Herbst jedes Jahres durch die Steuerbehörde veranlaßten Personenstandsnahmen hat gezeigt, daß dieser Zuschlag wieder zu hoch war. Er wurde daher nach der Personenstandsaufnahme von 1906 auf 20 Prozent für die männlichen und 14 Prozent für die weiblichen Fortgezogenen, nach der Aufnahme von 1907 auf 18 Prozent für die männlichen und 13 Prozent für die weiblichen erniedrigt. Die Ergebnisse der Personenstandsnahmen der letzten Jahre haben es jedoch, wie in dem eben erschienenen 24. Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ angeführt wird, wahrscheinlich gemacht, daß der Zuschlag in der zuletzt festgesetzten Höhe etwas zu gering, die danach berechnete Bevölkerungszahl also zu hoch ist. Es soll aber das Ergebnis der Personenstandsaufnahme von 1909 abgeändert werden, bevor eine neue Umrechnung erfolgt.

Das Verbrecher-Album der Berliner Kriminalpolizei ist nach dem statistischen Jahrbuch zu einer statistischen „Handbibliothek“ von 17 Bänden angegliedert. Es enthält jetzt über 17000 Photographien von Verbrechern aller Art, darunter sind über 70 Mörder, ca. 3500 Einbrecher, 1200 Taschendiebe, 700 Landdiebe, 1000 Schlafstiehlende, 1000 Betrüger und Hochstapler, 300 internationale Verbrecher etc. Mit Hilfe dieses „Albums“ wurden im Berichtsjahre Einbrecher in 20 Fällen, allerlei Diebstehdelin in 38 Fällen, Betrüger und Hochstapler in 45 Fällen etc. erkannt. Die Gesamtzahl der Verbrecher, welche durch das Album ihre Aufklärung fanden, bezifferte sich auf 174; im Vorjahre vermittelte das Album nur 92 Recognoscierungen.

Ueber einen bedauerlichen Fall von Vergiftung durch Rosenvenenik wird uns aus dem Städtischen Krankenhaus Wobitz berichtet: Am letzten Sonntag erhielten eine Anzahl Patienten Corned Beef zum Abendessen. Als zwei Stunden nach der Mahlzeit vergangen waren, wurden die in Betracht kommenden Kranken von furchtbarem Uebelkeit befallen. Alle erbrachen sich. Der schnell herbeigerufene Arzt Dr. Senator verordnete Gegenmittel; aber bei mehreren Patienten hielt der Brechreiz auch den Montag, ja zum Teil noch die folgenden Tage über an. Die Untersuchung ergab, daß das Fleisch, welches ein durchaus normales Aussehen hatte, giftige Eigenschaften besaß. Möglicherweise ist durch die Beschädigung metallische Vergiftung erfolgt.

In der Verhaftung des Postbeamten Hundertmark, der bei der verurteilten Mutter in der Maxstr. 18 wohnte, wird berichtet, daß Hundertmark, der auf dem Postamt 18 in der Landesverwaltungsstelle als Hilfsbriefträger angestellt war, in mehreren Abteilungen gearbeitet und sich während seiner dreijährigen Dienstzeit verschiedene Unregelmäßigkeiten hatte zu schulden kommen lassen. Er besaß nicht das Vertrauen seiner Vorgesetzten, wurde aber nur deswegen, nicht entlassen, weil sein Vater ein alter, braver Postbeamter gewesen war. Zuletzt mußte Hundertmark die Briefkästen leeren, wurde aber beobachtet, daß er ungeachtet der Warnungen die Unregelmäßigkeiten mehrten. Dabei bemerkte ein Polizeibeamter, daß er beim Leeren von Briefkästen Briefe in seine Tasche verschwinden ließ. Das kam zur Anzeige. Während S. gestern auf der Dienststelle thätig war, nahm ein Postinspektor Handlung bei ihm in der Wohnung vor und fand namentlich Umschläge von Soldatenbriefen. In diesen hatte S. Marken und Geld vermischt und das Befundene an sich genommen. Er wurde sofort der Polizei überliefert und hat ein Geständnis abgelegt.

Aus den Flammen gerettet wurde Donnerstagabend das 14 Tage alte Kind des Kleiners Lesche, der Lützenstraße 6 eine Mansardwohnung inne hat. Während gegen 7 Uhr Lesche einen Geschäftsgang unternahm, bemerkt seine Frau auf kurze Zeit eine Flammhochheit, nachdem sie das kleine Kind gebettet hatte. Jedenfalls war nun die Tischlampe explodiert und hatte die Möbel in Brand gesetzt. Dieser wurde von der Straße aus bemerkt, worauf die durch den Feuerlärm aufmerksam gewordene Frau L. nach ihrer Wohnung stürzte. Hier schlugen ihr bereits die Flammen entgegen, doch gelang es ihr noch, sich und das Kind unter Schutz zu bringen.

Wertvolle Beute haben Einbrecher gemacht, die in mehreren Räumen dem Decaturgeschäft von Lachmann in der Stallbreiterstraße 27/28 Besuche abstatteten. Den Eingang in das Keller-geschloß verschafften sie sich, indem sie eine eiserne Gitterstange durchschneiden und dann das Fenster öffnen. Sie haben verschiedene Rollen Double- und Glimmstoffe im Werte von circa zehntausend Mark unbenutzt fortgeschafft, wobei sie sich eines Handwagens bedienten. Im Geschäft wurden die Raubzüge nicht gleich bemerkt. Die Kriminalpolizei hat nun inzwischen ermittelt, daß am letzten Sonntag früh eine Droßke in der Königsstraße oder am Rollenmarkt von Männern gekommen und zum Fortschaffen der Waren benutzt wurde. An die Droßke wurde der von den Einbrechern benutzte Handwagen von dem Kutscher selbst angebunden, ohne daß er eine Ahnung gehabt zu haben scheint, wenn er seine Dienste leistet. Die Fahrt ging früher nach der Kleinen Arnsstraße. Eine Festnahme hat bereits stattgefunden. Der Droßkenschiffer ist dagegen noch nicht bekannt. Im Interesse der Sache ist aber seine Verhaftung wertvoll, und es wird gewünscht, daß er sich im Zimmer 37 des Polizeipräsidial-Gebäudes melde.

Selbstmord eines Greises. Erschossen hat sich ein 71-jähriger Greis, der früherer Bodenmeister Rudolf Dammann, der Letzter. 7 bei seinem Adoptivsohn wohnt. Seit drei Jahren wurde der alte Mann von einem innern Leiden geplagt. Als er gestern Morgen

in der Stube allein war, packte ihn die Verzweiflung und er schoß sich mit einem Revolver in die rechte Schläfe. Die Schwieger-tochter fand ihn um 8 1/2 Uhr tot im Bett, die Waffe neben ihm.

Ein schwerer Unglücksfall, der sich gestern Morgen um halb 10 Uhr in der Lützenstraße zugetragen, verurteilte viel Arbeit. Von einem Flaschenbierwagen der Haase-Brauerei brach die Hinterräder; der Wagen brach zusammen, der jüdische Kog im Wagen von seinem Platz und der Passagier Johann Grunert aus der Fiedrichstraße 10 geriet im Fallen unter den Wagen und die entstandenen Flaschen-scherben. In der Nähe haltende Droßkenschiffer sprangen hinzu und befreiten den hilflosen Mann aus der bedenklichen Lage. Ein Schuttmann vom 5. Polizeirevier brachte ihn in einer Droßke nach der Charité, wo an ihm schwere innere Verletzungen sowie Quetschungen an Brust und Schulter festgestellt wurden und er der ärztlichen Behandlung übergeben wurde.

Neun Straßen werden in diesem Jahr mit neuem Pflaster versehen, während nicht weniger als 63 Straßen ganz oder teilweise zur Umplasterung angezeichnet sind. Von den letzteren erhalten 33 Asphalt und 22 definitiv Stempelpflaster. 3 Straßen erhalten auf kürzere Strecken, und zwar nur insoweit, als Steigungen in Betracht kommen, Holzpflaster. Das Bestreben der Straßen-bauverwaltung, das Holzpflaster möglichst aus den Straßen Berlins zu beseitigen, zeigt sich auch bei den projektierten Umplasterungen. Der Plan vor dem Opernhaus und vor dem Zeughaus bis zum Denkmal Friedrichs des Großen, woselbst seit vielen Jahren Holz-pflaster liegt, wird nun endgültig mit Asphalt versehen werden.

Der Arbeiter-Stenographenverein „Stolze“ (Einigungs-system) zu Berlin (Mitglied des Verbandes der Arbeiter-Stenographenvereine Deutschlands) eröffnet neue Unterrichtsstunden in der vereinfachten deutschen Stenographie nach dem System Stolze-Schrey am Dienstag, den 20. Februar, bei Gruppe, Annenstraße 16; Donnerstag, den 22. Februar, bei Zahn, Großstraße 82; am denselben Tage im Meißner Klubhause, Neustädterstraße 6; am Sonntag, den 25. Februar, bei Meißner, Schmalstraße 20. (Näheres siehe Inserat in heutiger Nummer.) J. K.: Hubert Kreier, Adalbertstraße 66.

Eine neue Lebenswürdigkeit hat das Passage-Vanoptikum gestern eröffnet. Wen der Weg nach Sizilien geführt hat, der kennt Valermos Katalomben. Seit Jahrhunderten wurden sie bis zur allerjüngsten Zeit als Begräbnisstätte benutzt; wie diese unter den besondern klimatischen Verhältnissen angelegt werden konnte und sich noch heute dort, das schließt die Reinschöpfung des Passage-Vanoptikums. Was wir können, ist, wie ich schon es auch erweisen mag, eine getreue Wiedergabe nahter Wirklichkeit. Ein weites Gewölbe umgibt uns; in seiner gedämpften Beleuchtung erstrahlen wir, daß es mit entsetzten Stille erfüllt ist. An den Wänden sind Hunderte von lebensgroßen plastischen Figuren aufgestellt, bekleidet mit dem Gewande der Kapuzinerwände, in deren Kloster sie ruhen. Um den Hals oder an dem die Hüfte umhängenden Stiel ist eine Kuffstift befestigt, die Rampe und Stand des Toten sowie Geburts- und Sterbedat. Dabei ist zu erkennen, daß die Art der Bekleidung nur den Vornehmern gewidmet war. Den Weislichen ist die priesterliche Tracht geblieben. In Gruppen sind Weisliche und Laien an den Wänden verteilt. Aufrecht ist die Haltung und extensibel sind noch vielfach die Gesichtszüge; das Klima hat die irdischen Hülsen vor Zerfall bewahrt. Doch nicht alle, die zum ewigen Schlaf hier gebettet sind, sind frei aufgestellt. Längs der Mauer und am Boden stehen Särge, in allen Größen und Formen, vom rohen laienartigen Behältnis bis zu dem prächtigen Sarkophag. In lapidaren Nischen sind einzelne Sarkophage besonders aufgestellt. Da und dort schmücken Kreuze und Kränze aus Blumen und Blumen die Särge. Die, welche Valermos Katalomben durchwandeln haben, werden bezugen, daß hier nicht ein Künstler phantastischen Ems getrieben hat. Direktor Remann, aus dessen Hand die Anlage hervorgegangen ist, hat nur nachgebildet, was er in jenem Kloster gesehen.

Feuerbericht. Ein Brand des Modenschneiders-Geschäfts von Thomas, Friedrichstraße 22, beschäftigte die Wehr heute früh mehrere Stunden. Als gegen 6 Uhr das Feuer bemerkt wurde, schlugen die Flammen bereits aus den Fenstern, und die beiden im ersten Stock des Seitenflügels belegenen Arbeits- und Lagerräume bildeten mit ihrem leicht brennbaren Inhalt in kurzer Zeit ein Flammenmeer, so daß die Feuerwehr hauptsächlich auf den Ems der oberen Etagen bedacht sein mußte. Ein unmittelbar über dem Brandherde wohnender älterer Mieter hatte von der ihm drohenden Gefahr keine Ahnung, denn er erwachte erst aus dem Schlafe, als seine Zimmerthele durch Wärmestöße ausströmten erbrochen wurde. Der durch den Brand verursachte Schaden ist erheblich. Kurz vorher mußte Thierstraße 7 ein Dachstuhlbrand abgelöst werden, der einen großen Teil des Dachstuhls von Quergebäude einäscherte. Gegen Mitternacht brannten Lindenstraße 20 Papierabfälle im Keller und Wackerstraße 9 Regale in einer Bäderei. Früh 5 Uhr entstand Voltastraße 5 infolge Explosion einer Lampe ein kleiner Zimmerbrand. Bald darauf gingen Kastanien-Allee 90 Regale und Kisten in Flammen auf, während gleichzeitig Oedergerstraße 46 Rauch auf dem Hofe brannte. Grüner Weg 52 war außerdem ein Schuppenbrand und Krausenstraße 18 ein Wohnungsbrand zu besichtigen.

Aus den Nachbarorten. Parteiveranstaltungen etc. in den Vororten. Weiskens Dienstadt, den 20. Februar, finden bei Sannelle, Feinersdorfer Weg 56, sowie im Pralaten, Leberstraße- und Königshaussee-See, abends 8 Uhr, zwei öffentliche Versammlungen statt, in der die aufgestellten Kandidaten zur Gemeinderatswahl referieren werden. Außerdem erüchten wir die Genossen, an der am 18. d. M., morgens 8 Uhr, stattfindenden Verbreitung von Flugblättern, welche für den 1. Bezirk bei Sorrer, Strahlungsstr. 56, für den 2. Bezirk bei Gary, Leberstr. 5, und für den 3. Bezirk bei Kraft, Gustav Wolffstr. 143, zur Ausgabe gelangen, zahlreich teilzunehmen. Um persönliches Erscheinen ersucht das Wahlkomitee. J. K.: G. Weiser, Königshaussee 45a, I. — In Reinickendorf findet am Montag bei Reuber, Hansotterstr. 81, eine öffentliche Versammlung der Kommunalwähler statt. Stadterordneter Augustin aus Berlin spricht über die Bedeutung der Kommunalwahlen. Auch erfolgt die Auffstellung der Kandidaten. — In der Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Friedrichsfelde, die Sonntagmorgenmittag bei Uebe stattfindet, spricht Reichstags-abgeordneter Rosenow über die Flottenvorlage. — Da um 10 Uhr weg. In einer Felleverbreitung werden die Genossen gebeten, sich recht zahlreich am Sonntag früh 8 1/2 Uhr im Lokal von Staffeld einzufinden.

Handlegen. Aus Pankow wird und geschrieben: Neben dem schon bestehenden vaterländischen Frauenverein hat sich am Ort ein neuer bürgerlicher Frauenverein aufgethan, der an der Lösung der sozialen Frage durch Gründung von Volksstätten mitarbeiten will. Das ist gewiß ein immerhin anerkennenswertes Ziel. Sehr schade ist es aber, daß die bürgerlichen Frauenvereine sich anscheinend so selten noch anderer Richtung hin mit der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung beschäftigen. Darum wird ein Hinweis darauf, daß es in unsem Orte manches Gland gibt, gegen das die Volksstätte nur einen sehr problematischen Schutz bietet, immerhin am Platze sein. Vor und liegt z. B. ein Lohnbuch, das über die Arbeitsverhältnisse in der Hauslegen-Strickerie einen sehr traurigen Aufschluß gibt. Wir wollen einige Zahlen herausgreifen. In einem Fall wurden 13 Hauslegen geschäft, wofür die Arbeiterin 4,90 M. Lohn erhielt. Davon konnten 2,85 M. für die vom Unternehmer gelieferten Ausgaben in Abzug, so daß für eine Arbeit, die zwei Arbeitstage voller Anstrengung erforderte, an eigenem Verdienst 1,11 M. herauskommen. Generell sei, daß vielfach Kinder mit dieser Hausarbeit beschäftigt werden. Morgens Uhr vier heißt es aufstehen und dann wird von Mir und Jung angestrengt gearbeitet,

um am Ende für die Familie einen Wochenverdienst von 5 bis 6 M. zu erzielen. Da ist es kein Wunder, wenn die armen Kleinen in der Schule vom Schlaf überwältigt werden und wenn sich Zustände ergeben, die denen der Thüringer Handindustrie zum Vergleich stellen können. Segen bringt die Arbeit dem Unternehmer, der sich ein Minimum über das andere kauft; für die Arbeiterin aber ist es ein Fluch. Es könnte den organisierten bürgerlichen Frauen wahrlich nichts schaden, wenn sie diesen Ems eingehende Aufmerksamkeit widmeten.

Ein Schienenbruch, der leicht vorzunehmende Folgen nach sich ziehen konnte, wurde gestern früh auf der Gortitzer Eisenbahn zwischen den Stationen Adlershof und Grünau bei dem Weidener Ueberrang festgesetzt. Ein Beamter bemerkt den Schienenbruch noch so rechtzeitig, daß der heranbrausende Zug zum Stehen gebracht werden konnte. Sämtliche Rüge müssen nach dem Neben-gelände übergeführt werden, wodurch sie zum Teil erhebliche Ver-mietungen erleiden.

Reinickendorf. Bedeutende Grundstücks-Verkäufe sind in den letzten Tagen erfolgt. Unter andern ist das an der Scharrnweberstraße belegene, bisher dem königl. Militär-Büro als geschützte Terrain an den Landtags-Abgeordneten Maxat Wolffbragt zu Hammer übergegangen. Außerdem hat der Kommerzienrat Gilla zu Berlin 42 an der neuen Maschdorffstraße belegene Baustellen zum Preise von mehr als eine Million Mark von dem Vanter Hofer erworben. Die Gemeinde zieht aus den in den letzten Tagen abgeschlossenen Verkäufen eine Aufschauer von etwa 20000 M. ein. Wegenwärtig sieht außerdem noch eine größere Baustellenfabrik zu Berlin mit einem hiesigen Grundbesitzer wegen Verkauf eines umfangreichen, zwischen der Kremmenstraße und Nordbahn belegenen Terrains im Werte von 100000 M. in Unterhandlung. Die Wobnung dieses Terrains wird voraussichtlich schon im Frühjahr erfolgen. Hoffentlich geht es dann dem Wohnungsmangel am Orte ein wenig zu Leibe.

Die Charlottenburger städtische Armenpflege ist im Jahre 1898/99 erheblich stärker als im Vorjahre in Anspruch genommen worden. Sowohl die Zahl der Unter-stützungsfälle als auch die Summe der Ausgaben ist sehr beträchtlich gestiegen. Im Jahre 1898/99 (bzw. im Vorjahre 1897/98) belief sich die Zahl der Unterstützten auf 4189 (2983), das sind 240 (176) auf je 10000 Personen der Einwohnerzahl, die gesamte Auf-gabe ohne die Erstattungen an andere Armenverbände auf 488 178 (378 781) M., das sind 2,80 (2,32) M. pro Kopf der Ein-wohnerzahl. In der Frage nach den Ursachen dieser außer-ordentlichen Steigerung wird in dem eben erschienenen Ver-mögens-Report pro 1898/99 ausgeführt, daß, soweit es sich um die offene Armenpflege, also den Haupt-teil der Tätigkeit der Armenverwaltung handelt, auf der einen Seite das Auftreten zahlreicher schwererer Krankheitsfälle, andererseits aber der Mangel an kleinen Wohnungen von nicht unerheblichem Einfluß gewesen ist. Besonders der letzteren Ursache widmet der Bericht eine eingehendere Betrachtung, und sie darf in der That ein hervorragendes Interesse beanspruchen. Während von den für die ärmeren Bevölkerung fast ausschließlich in Betracht kommenden Wohnungen von einem Zimmer in Charlottenburg im Mai 1898 noch 221 leer standen, war diese Zahl im November 1898 auf 87 gesunken und ist dann, wie die am 1. Mai bezüg-l. 1. November 1899 erfolgten Aufnahmen gezeigt haben, noch weiter bis auf 30 bezug 19 heruntersunken. Solange Ueberfluth an kleinen Wohnungen herrscht, war es selbst bei zwangswiseer Räumung der bisherigen Wohnung nicht schwer gewesen, eine neue zu finden. Im Jahre 1898/99 dagegen hat der Rückgang des Angebots und die bei dem unverminderten Zuzug auch der Arbeiterbevölkerung steigende Nachfrage dahin geführt, daß nicht genehme Mieter aus dann abgewiesen wurden, wenn die pünktliche Mietzahlung einigermassen geübt erschien. Familien mit größerer Kinderzahl, sagt der Bericht, konnten vielfach nur unter großen Schwierigkeiten Aufnahme finden. Infolge dieser Zustände reichten die zu Unterbringung obdachloser Familien eingerichteten Räume nicht mehr aus, so daß im Winter 1898/99 die zur Aufnahme etwaiger Obdachloser bestimmten, bis dahin leer stehenden Baracken zu sehr, seitdem stets gefüllten Wohnungen für obdachlose Familien eingerichtet werden mußten. Außerdem mußte, um die drohende Emission abzuwenden oder um bereits obdachlos gewordenen Familien die Aufnahme in eine neue Wohnung zu ermöglichen, in einer großen Zahl von Fällen mit Unterstützungen eingegriffen werden. Nur selten gelang es, die Betroffenen zu veranlassen, sich in den nördlichen oder östlichen Teilen Berlins oder in einem nörd-lichen oder östlichen Vororte eine Wohnung zu suchen. Das ist be-greiflich; denn es handelte sich, wie der Bericht selber zugeht, überwiegend um Familien, die in Charlotten-burg ortsangehörig waren und zum Teil seit vielen Jahren hier wohnten.

Der öffentliche Arbeitsnachweis der Stadt Nixdorf wurde im Januar von 80 Arbeitgebern benutzt, die 111 männliche, 92 weibliche und 8 Personen unter 16 Jahren verlangten, also zu-sammen 151 Personen. Davon sollten sein 20 Handwerker, 0 Fabrikarbeiter, 91 sogenannte gewöhnliche Arbeiter, 15 Dienst-mädchen, 10 Fabrikarbeiterinnen und 7 andere Arbeiterinnen. Von den acht jugendlichen Arbeitern sollte nur einer in die Lehre kommen. Der Nachfrage nach 151 Per-sonen stand gegenüber ein Angebot von 323 Arbeitskräften, darunter 34 weiblichen. Von diesen Arbeitskräften waren 33 Hand-werker, 230 einfache Arbeiter aus den verschiedensten Berufen, 26 jugendliche Personen unter 16 Jahren, wovon eine „Jungen“ wollte, 16 Dienstmädchen, 10 Fabrikarbeiterinnen und 8 andere Arbeiterinnen. Arbeit nach g e w i e s e n erhielten nur 123 Personen, und zwar 12 Handwerker, 62 Arbeiter verschiedener Berufe, 11 Dienstmädchen, 9 Fabrikarbeiterinnen, 2 andere Arbeiterinnen und 8 jugendliche Personen unter 16 Jahren, von denen 5 in Fabriken kamen, während die übrigen 3 zu einfachen Hilfsleistungen von anderen Gewerbetreibenden angenommen wurden.

Stadterordneten-Versammlung in Spandau. Eine dringliche Magistratsvorlage, die Vorschläge für die Errichtung einer Güter-bahn nach dem „Kornedamm“ (Eisenbahn u. Hallesche Straße) haben Herr Kayser in Berlin zu übertragen, wird genehmigt. Als-dann wird die für die „Erhöhung und Regelung der Löhne der städtischen städtischen Arbeiter“ eingesetzte Kommission damit beauftragt, die auf den sozialdemokratischen Antrag hin beschlossene Prüfung und Verbesserung der Lohn- und Arbeits-verhältnisse der städtischen Arbeiter vorzunehmen. Rieger (Soz.) ersucht die Kommission, ein beschleunigtes Tempo einzuschlagen, da dieselbe schon im Januar 1899 gewählt, bisher aber noch mit keinem bestimmten Vorschlag zu Tage getreten sei. Nach längerer Debatte wird hierauf der vom Magistrat vorgelegte Plan-Plan nur für das Jahr 1900 von der Versammlung genehmigt; hiernach soll die Havel, Breite-, Charlotten-, Vahnhof- und Neuen-dorferstraße noch in diesem Jahre und zwar mit „Reichspflaster“ gepflastert werden. Außerdem beschließt die Versammlung, die Havelnagenerstraße provisorisch mit „Cement-Macadampflaster“ zu belegen und behält sich die Beschlußfassung darüber vor, ob für die Straßen, für welche „Reichspflaster“ bestimmt ist, eine „Unterplasterung“ zur Verwendung kommen soll. Für die Pflasterung wird ein Betrag bis zu 203 000 M. und für den Ankauf von Vor-schwellen 25 000 M. aus der siebenten Anleihe bewilligt und im übrigen die Magistratsvorlage, welche insbesondere noch einen größeren Betrag zum Ankauf alter Berliner Steine enthält, ab-gelehnt. Der Antrag der sozialdemokratischen Stadterordneten, „das gegenwärtige Betrageverhältnis mit dem Friedrichs-Inspektor zu lösen und denselben gegen festes Gehalt anzustellen“, wird von unserm Genossen Schröder damit begründet, daß Spandau hierzu gegenüber den Nachbarorten eine An-nahme mache, indem es den Friedrichs-Inspektor nicht gegen ein bestimmtes Gehalt beschäftige, sondern ihn durch die von den Unter-

bliebenen Verstorbenen an ihn zu zahlenden Gebühren entschädigt, deren Höhe sich gar nicht kontrollieren lasse (nach einer Version soll das jährliche Einkommen des Friedhofs-Inspektors aus diesen Gebühren 12 000 bis 15 000 M. betragen). Stadtb. Jenne (lib.) erklärt sich gegen den Antrag aus moralischen Gründen, da dem zeitigen Friedhofs-Inspektor Bergemann vor mehreren Jahren von der Stadtverwaltung versichert worden sei, daß in seinem Verhältnis zur Stadt, so lange er die Stelle verwaltete, keine Veränderung eintreten solle. Seine, des Herrn Jenne, Freunde seien bereit, bei Neuabsetzung der Stelle des Friedhofs-Inspektors dem Antrag Schröder näher zu treten. Der Antrag wird hierauf mit allen gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt. In die Fortdeputation wurde schließlich der Genosse Haller gewählt; auch wurde das monatliche Gehalt der Schulamtskandidaten von 80 M. auf 102,22 M. erhöht.

Schöneberg. Recht schlecht scheint es den hiesigen Haus- und Grundbesitzern zu gehen. Nachdem die Herren in Anbetracht der vorhandenen Wohnungsnot gezwungen waren, die Mietpreise bedeutend zu erhöhen, sehen sie sich jetzt in die unangenehme Lage versetzt, beim Magistrat zu beantragen, die Umsatzsteuer für bebauete Grundstücke auf 1/2 Proz. zu ermäßigen. Hoffentlich hat der Magistrat für den Kostendruck unserer Hausbesitzer das erforderliche Verständnis. — Der vom Stadtbaurat G. v. G. für das Westgelände der Stadt Schöneberg entworfene Bebauungsplan hat die Zustimmung der Behörde gefunden.

Braundenburg a. S. Einen Mordversuch und Selbstmord verübte Donnerstagsabend gegen 7 Uhr auf der Polizei-Hauptwache im Rathaus ein Mann, der wegen Verurteilung fahrläcker Geldstücke verhaftet worden war. Dieser Tage entdeckten einige Geschäftsleute in ihren Kassen falsche Einm., Zweim., und Fünfm.; sie benachrichtigten die Polizei und dieser gelang es, den der Thal verdächtigen Mann in einem Restaurant am neustädtischen Markt festzunehmen. Als der Verhaftete auf der Wache durchsucht werden sollte, zog er plötzlich einen Revolver hervor und gab auf den Polizei-Wachmeister Lemme einen Schuß ab, der diesen glücklicherweise nur leicht am Kopf verletzte. Jedenfalls hatte der Verbrecher geglaubt, bei der dadurch entstehenden Verwirrung zu entkommen; ein noch anwesender anderer Polizeibeamter sprang jedoch schnell hinzu und mußte gegen den Mann den Revolver sich an die Schläfe und drückte los, ehe dies verhindert werden konnte. Er brach sofort leblos zusammen. Ueber seine Person war noch nichts festzustellen.

Weißensee. Der Etat für unsere Gemeinde ist letztes Jahr in Einkommen um rund 83 000 M., in Ausgabe um rund 92 000 M. überschritten worden. Eine Mehreinnahme wurde u. a. erzielt: 6211 M. an direkten Steuern, 2015 M. an Grundwertsteuern, während die indirekten Steuern einen Anfall von 5123 M. aufwiesen. Mehrausgaben waren erforderlich u. a. für ungenügende Lieferung von Lehrmitteln 479,40 M., für Fortbildungsschule 592 M., für Armenverwaltung 4062 M., die Schulen erforderten einen Mehraufwand von 14 513 M. Künftig sollen die Jahres-Abrechnungen den Gemeindevertretern gedruckt zugehen.

Im Aufhebung oder Aenderung der Landhaus-Bauordnung in Pankow war eine Anzahl Eigentümer bei der zuständigen Behörde vorstellig geworden. Darauf ist der Bescheid eingegangen, daß die Landhaus-Bauordnung nicht geändert werde; den Interessenten müsse anheimgegeben werden, in Einzelfällen Dispens nachzusuchen.

Gerichts-Beitrag.

Die Unterschlagungen des Bankiers Sally Elias, die seiner Zeit so großes Aufsehen erregten, beschäftigten gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Der seit dem August vorigen Jahres in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte ist des betrügerischen Bankrotts in der Form der Verheimlichung von Vermögensständen und der unordentlichen Buchführung, ferner der Unterschlagung in zehn Fällen beschuldigt. Den Vorsitz im Gerichtschof führt Landgerichtsrat Liedtke, die Anklage vertritt Staatsanwalt Roman, die Verteidigung führt Justizrat Kleinholz. Der Angeklagte betrieb in Gemeinschaft mit seinem inzwischen verstorbenen Bruder Eduard seit 20 Jahren in der Potsdamerstraße ein Bankgeschäft unter der Firma „S. Elias, Bank- und Wechselgeschäft“. Der Umfang der Geschäfte war kein übertrieben großer. Das Geschäft soll seit dem Jahre 1890 dauernd mit Verlust gearbeitet haben, es geriet in Schulden und diese wuchsen mehr und mehr an, so daß schon am 31. Dezember 1896 eine Interbilanz von mehr als 18 000 M. vorhanden war. Der Angeklagte suchte sich über die Schwierigkeiten dadurch hinwegzuhelfen, daß er Depots angriff und lombardierte. Im Jahre 1897 und 1898 klagte die Schuldlast auf 350 000 M. Nach Ansicht der Anklagebehörde ist der Grund hierzu zu finden, daß der Angeklagte seit Jahren unglücklich spekulierte und sowohl er als auch sein Bruder zu großen persönlichen Aufwand trieb. Nach den stattgehabten Feststellungen sollen die beiden Socien für ihren Privatbedarf jährlich zusammen 40 000 M. gebraucht haben. Im Februar 1899 war sich der Angeklagte darüber klar, daß ein Zusammenbruch unvermeidlich war und er bereitete sich deshalb zur Flucht vor. Am 1. Februar v. J. verließ er unter dem Vorwand, eine Geschäftsreise nach Bremen machen zu müssen, Berlin, tatsächlich wandte er sich aber nach Paris, wo er sich verborgen hielt, während in Berlin der vollständige Zusammenbruch des Geschäfts erfolgte. In Paris wurde er am 15. Juni 1899, von allen Mitteln entblößt, nach Verübung eines Selbstmordversuchs aufgegriffen und durch Vermittelung der deutschen Botschaft festgenommen. Nach der Flucht des Angeklagten versuchten die Anverwandten, sich mit einigen Gläubigern, namentlich mit dem Hauptgläubiger, der über 100 000 M. verlor, zu einigen. Die Versuche gescheiterten sich aber und so meldete Eduard Elias den Konkurs an. In dem Konkursverfahren wurden die Passiva auf 452 145 M. festgestellt, denen eine Aktivmasse von nur 107 428 M. gegenüber stand. Nach der Schätzung des Konkursverwalters werden für die Gläubiger 19-20 Proz. herauskommen, worauf 13 Proz. verteilt sind. Ehe Elias die Flucht ergriff, hatte er durch seinen Buchhalter von der Bank des Berliner Bankvereins die Summe von 15 000 M., bestehend in 15 Tausendmarktscheinen holen lassen. Von diesem Gelde hat er gefändlich 5000 M. und 500 Fr. mit auf die Flucht genommen. Der gerichtliche Bücherrevisor Kruse bemerkt, daß der Zustand der Bücher darauf hindeute, daß sie in dieser Fassung absichtlich gehalten worden sind, um keine Uebersicht über das Vermögen des Geschäfts zu ermöglichen. Obgleich zahlreiche Depots durch den Angeklagten angegriffen worden sind, haben nur zehn Fälle der Unterschlagung festgestellt werden können, da sich der Angeklagte zumeist für die in seiner Verwahrung befindlichen Wertpapiere von seinen Kunden die Ermächtigung hatte erteilen lassen, darüber nach eigenem Ermessen zu verfügen, und nur verpflichtet zu sein, ihnen gleichwertige Papiere zu übermitteln. Er hat dann auch bei Einkäufen für seine Kunden diesen bei der Einreichung der Abrechnung gewöhnlich die Nummern der gekauften Papiere nicht mit angegeben. Die Gesamtsumme der Beträge, um welche die Geschäftskunden geschädigt worden sind, ohne daß infolge des erwähnten Umstandes eine Unterschlagung nachzuweisen ist, beläuft sich auf 350 000 M. Die Summe der direkt unterschlagenen Depots wird auf etwa 40 000 M. berechnet. — Der Angeklagte giebt in zwei Fällen die Unterschlagung zu, beauptet aber im übrigen, daß er nach den den Kunden eingehenden Geschäftsbedingungen nach seiner Meinung berechtigt gewesen sei, über die Papiere zu verfügen. Er will auch nur 5000 M. bei seiner Flucht mitgenommen haben. Die Beweisaufnahme ist eine sehr umfangreiche. Unter den vernommenen Zeugen befindet sich auch die Gattin des Angeklagten, die seiner Zeit auch in Haft genommen worden war, weil sie der Mithäterschaft in der Form des übertriebenen Aufwandes verdächtig war. Das Verfahren gegen sie ist alsdann eingestellt worden. Sowohl die Ehefrau, als auch ein anderer Verwandter des Angeklagten ver-

weigerten ihre Aussage. Die Beweisaufnahme kam gestern noch nicht zu Ende, sie wird heute, Sonnabend, fortgesetzt werden.

Ein arges Mißgeschick ist dem bekannten antisemitischen Oberlehrer Dr. Henting passiert. Er war vor Jahren in der Presse heftig wegen seiner Geldgeschäfte mit einem armen Eisenbahnbeamten angegriffen worden. Ein Redacteur, welcher von Henting verklagt wurde, war deswegen schon 1895 zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden; infolge eines Verfehls war aber vom Gericht dem Angeklagten, der vor der Strafkammer nicht persönlich erschienen, sondern nur durch einen Anwalt vertreten war, das Urteil nicht zugestellt worden. Nunmehr aber, nachdem inzwischen Verjährung eingetreten war, legte der Redacteur Revision beim Kammergericht ein, obgleich er längst die Strafe bezahlt hatte. Das Kammergericht entschied auch zu Gunsten des Redacteurs auf Einstellung des gerichtlichen Verfahrens wegen eingetretener Verjährung und legte dem Kläger die Kosten des Rechtsstreits zur Last, welche sich auf über 300 M. belaufen sollen. Es ist anzunehmen, daß Henting den betreffenden Beamten regreppflichtig machen wird, welcher es unterlassen hat, das Urteil zugestellt zu lassen.

Vertrag des Prozeßes gegen Graf Arnim und Genossen. Aus Stettin wird telegraphisch gemeldet: Die Prozeßverhandlung gegen die frühere Dilektion und den Vizepräsidenten der Nationalhypothekengesellschaft ist wegen rechnerischer Irrtümer eines Richterrevisors auf unbestimmte Zeit vertagt worden, da eine Nachprüfung erforderlich ist, die mehrere Monate in Anspruch nehmen dürfte.

Aus der Dresdener Gesellschaft. In der Hauptstadt des bürgerlichen Mittelstandes erwidert die Wochenchrift „Dresdener Rundschau“. Eine Specialität dieses Blattes ist, Scandalgeschichten aus den höheren Gesellschaftskreisen ans Licht zu bringen. Als das Blatt kürzlich den Mitinhaber des Bauhauses Günther u. Rudolf, Kommerzienrat Palmié, heftig angegriffen hatte, hielt der Staatsanwalt ein öffentliches Interesse für vorliegend und stellte nicht allein den verantwortlichen Redacteur des Blattes, sowie den Mann, der den Artikel verfaßt und unterzeichnet hatte, unter Anklage, sondern ging auch noch gegen zwei andere Leute, nämlich gegen Drüder und Perleger, vor. Die Verleibigten schlossen sich als Nebenkläger an, traten in der Hauptverhandlung aber auch zugleich als Zeugen gegen die Angeklagten auf. Aber merkwürdig — bei Eröffnung der Hauptverhandlung erklärte der Vorsitzende des Gerichts, daß er nach Durchsicht der Akten zur Uebergangung gekommen sei, daß es besser wäre, wenn die Sache nicht öffentlich vor Gericht ausgetragen und durch Richterpruch entschieden werde. Und nun geschah das Jeltame, daß ein Vergleichsversuch gemacht wurde, aus welchem Grunde die Verhandlung eine halbe Stunde vertagt wurde. Der Vergleich kam nicht zu Stande, und die Verhandlung hat in zwei Tagen vieles ergeben, was auf die Geflogenheiten der Vriem- und Kaufmänner ein sehr gewisses Licht wirft, obwohl die Angeklagten juristisch den Beweis der Wahrheit nicht erbringen konnten, was ja auch ganz in der Natur der Sache lag. Festgestellt wurde z. B., daß der Verfasser des Artikels 120 000 M., ein anderer 60 000 M. und eine Anzahl Personen auch ganz beträchtliche Summen bei Günther u. Rudolf verloren haben. Freilich auf ganz „legale“ Weise, die nach dem Gesetz nicht strafbar ist. — Charakteristisch ist auch das Urteil. Die nach dem Gesetz zwei Hauptschuldigen, der Unterzeichner des einen Artikels und der verantwortliche Redacteur belamen 1500 bezw. 750 Mark Geldstrafe, während der eine Verleiger, Sawing, dem keinerlei Mithäterschaft an dem Artikel nachgewiesen wurde, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, der andre aber freigesprochen wurde.

Vermischtes.

Das Unwetter, von welchem Berlin gestern heimgeschüt wurde, war über einen großen Teil Deutschlands ausgebreitet. Aus dem Westen, Nordwesten und Südwesten des Reichs laufen zahlreiche Meldungen über Schneefürne und sehr starke Schneefälle ein, die in der Nacht zu gestern eintraten und große Verleschigungen herbeiführten. Vom Oberrhein und der Mosel wird starkes Steigen der Gewässer gemeldet. — In Mülhausen (Elsas) wurde in der letzten Nacht bei furchtbarem Sturm ein heftiger Erdstoß verspürt; in vielen Häusern öffneten sich die Thüren und Fenster, auch in Sausheim machte sich der Erdstoß bemerkbar.

Ueberschwemmungen meldet der Telegraph aus Odenburg, 15. Februar: Infolge anhaltenden Regens ist der Repezeleisch ausgegessen und die Ortschaften Groß- und Klein-Geres unter Wasser gesetzt. — Der Oberrhein und die Nebenflüsse des Mittelrheins, besonders die Mosel, steigen gleichfalls weiter. Trier liegt bereits wie eine Insel in den Fluten.

Wieder ein Grubenunglück. Auf dem Richterschat der Grube „Charlotte“ in Gersy stieß bei der Einfahrt eine mit Vergleuten besetzte Schale so stark auf der Sohle auf, daß sämtliche auf der Schale befindlichen zwölf Mann mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten.

Ein Revolver-Untat auf den Direktor des Gymnasiums in Rheine, Dr. Föhler, verübten zwei von der Anstalt entlassene Schüler. Sie hatten sich zunächst Mut angetrunken, zertrümmerten dann die Fenster an der Turnhalle und veranlaßten den Direktor, vor die Thür seines Hauses zu kommen, wo er sofort mit einem Schuß empfangen wurde. Glücklicherweise verfehlte die Kugel ihr Ziel und zertrümmerte eine Wanduhr im Korridor. Die jugendlichen Revolverhelden, von denen der eine aus Münster, der andre aus Paderborn ist, sitzen hinter Schloß und Riegel.

Verhaftet wurde in München der Kaufmann Friedrich Sattler aus Rannheim, der nach Verübung von Unterschlagungen geflüchtet war. Er hatte in der von ihm geleiteten Mannheimer Filiale der Engelhardt'schen Tapetenfabrik 25 000 Mark unterschlagen.

Ein Schauspieler- und Schriftsteller-Duell in Dänemark. Der bekannte Kritiker und Romanchriftsteller Edoard Brandes hatte über einen jungen Schauspieler des Hoftheaters in der Rolle des Leander in Holbergs „Meister Gert Westfaler“ die spöttische Bemerkung gemacht: Herr Schyberg habe als Leander einen wunderlichen vorsichtigen Gang gehabt, man könnte nicht andeuten, woran man dabei hätte denken müssen. — Ueber diese Kritik war der junge Herr Schyberg so empört, daß er am vorigen Montag dem Dr. Brandes vor der Redaktion der „Politiken“ auflauerte und auf ihn mit einem Stod losließ, nachdem er ihn gefragt hatte, ob er Dr. Brandes sei. Brandes suchte sich mit seinem Schirm zu schützen, der dabei zerlöchelt wurde, und nach kurzem Stodscharmügel trennte man die Festenden. Ein Kommissar kam endlich auch hinaus und fragte den nur noch anwesenden Schyberg aus, der zugab, Brandes überfallen zu haben. Brandes wollte keine Anzeige erstatten, gab aber dem Kommissar doch die entsprechenden Auskünfte. Dagegen erstattete die Redaktion der „Politiken“ Bericht an den Theaterdirektor, der eine Rüge des Schyberg zusagte und ihm zunächst die Rolle des Leander fortnahm. Da dann aber in einigen Blättern hämische Bemerkungen, daß Brandes sich bei der Sache feige benommen habe, gemacht wurden und ähnliche frühere Ereignisse erwähnt, hat Brandes dem Schauspieler Schyberg seine Schuldanten, die Schriftsteller Peter Ransen und Erli Stram, geschickt und ihn fordern lassen. Das Duell auf Pistolen hat Sonnabend in Ermelund stattgefunden, ohne daß einer verwundet wäre. Schybergs Schuldanten waren die Hofschauspieler Manhus und Paul Rielsen. Aber das Duell wird die Folge haben, daß

sechs Kopenhagener Verurtheilten ins Gefängnis wandern da nach dänischem Gesetz sowohl die Duellanten als die Schuldanten mit Gefängnis bestraft werden. Da es ohne Schädigung abgelaufen ist, wird die Strafe nur einige Tage betragen. Herrn Brandes hätte man für verständigere halten sollen.

Russische Bauern als Kulturträger. Diejenigen russischen Bauern, die aus dem Süden Rußlands nach dem Kaukasus, nach Sibirien und Centralasien überfiedeln, erweisen sich als Kulturträger, obwohl der russische Bauer selbst kaum auf einer höheren Stufe der Aufklärung steht als die Bevölkerung dieser Gebiete. Durch die Sitten und Anschauungen der russischen Ueberfiedler erfahren nämlich die ethnisch verwahten Bewohner der erwähnten Landesteile immerhin eine Einwirkung, die sie ein besseres Leben ahnen und verstehen läßt. Die in Petersburg erscheinende Zeitschrift: „Nachrichten der Gesellschaft für Archäologie, Geschichte und Ethnographie“ teilt von dem kulturellen Einfluß der russischen Ansiedler im Gouvernement Ika auf die heidnischen Völkchen und die getauften Tartaren folgendes druckische Beispiel mit: „Die Völkchen und Tartaren glauben an böse Geister, die Krankheiten verursachen sollen. Jetzt sind aber russische Ansiedler in das Gouvernement gekommen und schon ist der Glaube an Geister bei der indigenen Bevölkerung im Schwänden begriffen. Die Völkchen und Tartaren sehen, daß die Russen Geister nicht fürchten und bei ihnen Krankheitsfälle, da sie eine gesündere Lebensweise führen, seltener vorkommen und so meinen sie, daß die Geister die Russen fürchten und sich gefürchtet haben. — Wenn das unangefährte Volk auch nicht durch die richtige Erkenntnis von Aufgaben des finsternen Aberglaubens gelangt ist, so ist es doch dazu gelangt und so wird es unter fortgesetzter Einwirkung der Kolonisten weitere kulturelle Fortschritte machen.“ — Schulen würden dies freilich viel schneller besorgen. —

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

S. S. 4. Das City-Hotel steht der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung.

H. R. Charlottenburg. Wir wissen nicht, was die Frage, ob man sich in eine Lebensversicherung einlassen soll, mit dem socialdemokratischen Standpunkt zu thun hat. Die Hauptfrage ist doch, ob die Gesellschaft, der man beitreten will, leistungsfähig ist, und ob man voranschrittlich im Stande sein wird, die Prämien zu zahlen.

Streitende 87. Ein ähnliches Unternehmen, wie die neu gegründete Spielmann-Gesellschaft bestand bereits vor etwa drei Jahren. Die Portion Essen kostete damals 25 Pf.

Sonnenbetrumm. Von den weniger brechbaren zu den brechbareren Strahlen gezählt heißen die Farben: Rot, Orange, Gelb, Grün, Hellblau, Indigoblau, Violett. Reverding hat man der Blau vorn Dunkelrot und hinter Violett Vordend hinzugefügt, so daß der Regenbogen jetzt neun Farben zählt. Nichtbestimmbarer sieht er noch so aus wie früher.

W. A. Buxing war 1875 in Preußen am 21. April. Was der Transpantler im Englanden bis jetzt gekostet hat, ist nicht bekannt.

10 lex Heine. Was vor der Ehe passiert ist bildet nie einen Scheidungsgrund. Das von Ihnen Vorgelegene bildet einen Grund zur Aufhebung der Ehe, wenn die Anheftungslage innerhalb 6 Monaten nach Kenntnis von dem Vorfall erhoben ist, und der Richter zu der Uebergangung gelangt, daß Sie bei Kenntnis der Sachlage und der verbindlicher Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgesehen wären. Ein Strafantrag ist zulässig, es würde aber das Strafverfahren gegen beide zu eröffnen sein und Buchhandelsstrafen nach sich ziehen können. Für anständig kann die Stellung eines Strafantrags gegen seine Frau wegen eines vor dem Ehestand begangenen Hehlritts nicht erachtet werden.

S. S. 3333. Ja. — C. S. Wie die Entscheidung ausfallen wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls würden wir Sie eruchen, falls Sie zu Gunsten der Kasse ausfallen sollte, was wenig wahrscheinlich ist, und Abschrift des Urteils zugehen zu lassen. — **Fr. Verrent.** Sie könnten die Betreffende nur beim Amtsgericht auf Zahlung verklagen.

M. S. Wieviel ein Prozeß kosten kann, läßt sich nicht im Voraus sagen. Ob viel oder wenig gerichtliche Termine stattfinden, ist auf die Gebühren ohne Einfluß. Die Höhe der Gebühren richtet sich danach, ob verhandelt worden ist und ob eine Beweisaufnahme stattgefunden hat. Die gerichtlichen Reingebühren ohne Porto, Schreibgebühren (die Schreibgebühr beträgt pro Seite 10 Pf., die Seite zu 20 Zeilen a 12 Silben gerechnet) und ohne Zeugen- oder Sachverständigengebühren betragen, wenn eine mündliche Verhandlung stattgefunden hat, eine Beweisaufnahme angeordnet und eine Einreichung getroffen ist, bei einem Streitgegenstand bis 20 M. = 3 M.; von 20-30 M. = 7,20 M.; 30-120 M. = 13,80 M.; 120-200 M. = 22,50 M.; 200-300 M. = 33 M.; 300-450 M. = 45 M.; 450-650 M. = 60 M.; 650-900 M. = 78 M. — In diesen Gerichtskosten treten die Rechtsanwaltskosten. Diese betragen ohne Porto und Schreibgebühren für jeden Anwalt, falls eine Verhandlung und eine Beweisaufnahme stattgefunden und darauf nochmals verhandelt worden ist — gleichviel, wie viel Termine stattgefunden haben — bei einem Streitgegenstand bis zu 20 M. = 6 M., bei einem solchen von 20-60 M. = 9 M.; 60-120 M. = 12 M.; 120-300 M. = 21 M.; 300-300 M. = 30 M.; 300-450 M. = 42 M.; 450-650 M. = 57 M.; 650-900 M. = 72 M.; hinzu treten die Zwangsvollstreckungskosten.

Marktpreise von Berlin am 15. Februar 1900

nach Ermittlungen des hies. Polizeipräsidenten.		Schweinefleisch 1 kg		1,60	1,10
*) Weizen	15,20 14,-	Schmalz	1,60	1,-	
*) Roggen	14,30 13,80	Rindfleisch	1,80	1,-	
*) Futter-Weizen	13,80 13,-	Dammfleisch	1,60	1,-	
*) Hafer gut	15,- 14,20	Butter	2,00	2,-	
*) mittel	14,10 13,40	Gier	60 Stck	6,-	3,-
*) gering	13,50 12,60	Korpsen	1 kg	2,20	1,-
*) Rindfleisch	4,32 3,82	Hale	2,80	1,40	
*) Heu	7,10 4,50	Hamber	2,50	1,-	
*) Erbsen	40,- 25,-	Sechse	1,80	1,-	
*) Preisbeohnen	45,- 25,-	Barche	1,60	0,80	
*) Linen	70,- 30,-	Schleie	2,80	1,20	
*) Kartoffeln, neue	7,- 4,50	Werte	1,40	0,80	
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60 1,20	Ärbeje	per Schot	12,-	3,-
*) do. Vauoh	1,20 0,90				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralkette der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungshelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. *) Kleinhändlerpreise.

Produktenmarkt vom 16. Februar. Auf den Getreidepreisen wirken das stärkere Frostwetter und anbauender Schneeeinbruch in ganz Europa in hohem Grad besitzigend. Wenn auch der reichliche Schneefall keine unmittelbare Gefahr für die Staaten mit sich bringt, legt derselbe die Befürchtung eines schweren Nachwinters nahe. Die Ackerer für Brotgetreide denken sich auherst reserviert. Einige Vorken Weizen wurden wiederum nach den Rheinländern verschlossen, wo sich starke Nachfrage geltend macht. Am hiesigen Platz wurden daraufhin vielfach Rückfälle angestrebt, wobei für Weizen und Roggen 1-1/2 M. mehr bewilligt wurden. Die Umsätze nahmen unter den gegebenen Verhältnissen keinen großen Umfang an. Hafer war auf Gesamtrendenz ebenfalls etwas fester. Rüböl 0,10 M. angehend.

Am Spiritusmarkt wurden 15 000 Liter loco 70er mit 47,20 M. (+ 0,10) gehandelt.

Witterungsübersicht vom 16. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. u. G. °C
Spinnende	758	SO	6wolfig	-12	Paparanba	775	R	2wolken	-25
Danzburg	748	SO	6Schnee	-6	Petersburg	770	R	3 Dunst	-33
Berlin	750	SO	4bebedt	-8	Lort	743	R	5St. bed.	-6
Wiesbaden	747	SO	1Regen	1	Aberdeen	—	—	—	—
München	752	SO	4Regen	0	Paris	745	SO	—	-10
Wien	761	SO	2bebedt	-3					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. Februar 1900. Etwas gelinder, zunächst noch trübe mit Schneefällen und frischen (ab-östlichen) Winden; nachher aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Restaurant Kiekemal, Bahnstation Hirschgarten, Inh.: Wilh. Bräsewitz.
Sonntag, den 18. Februar: Großer Wiener Maskenball verbunden mit Schlachtfest, Wurfessen und Boctier-Anstich.
Einen genussreichen Abend verbringend, erlaube ich mir alle lieben Freunde, Bekannte und werthen Stammgäste mit Ihren Familien ergehen einzuladen.
W. Bräsewitz, Cassimir.